Impressum

Redaktion / Editors

Jens Beckmann, Peter Birke, Thomas Funk, Sarah Graber Majchrzak, Max Henninger, Dagmar Lieske, Norbert Meder, Christiane Mende, Gottfried Oy, Hartmut Rübner, Lars Stubbe, Rhena Stürmer, Johanna Wolf

Anschrift der Redaktion / Contact Address

SGO@janus-projekte.de

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e. V.
z. Hd. Redaktion Sozial.Geschichte Online
Cuvrystraße 20a, Briefkasten 30
D–10997 Berlin

Webseite / Website

https://sozialgeschichte-online.org

Erscheinungsort / Place of Publication

DuEPublico, Duisburg-Essen Publications Online
Universität Duisburg-Essen
https://duepublico.uni-duisburg-essen.de

Satz / Typesetter

Thomas Funk und Jens Beckmann, Berlin; Norbert Meder, Köln

Sozial.Geschichte Online

Social History Online /
Histoire sociale en ligne

28 (2020)

ISSN 1869-4748

Inhalt / Contents

Editorial **5**

Forschung / Research **11**

Sylvia Wagner / Burkhard Wiebel „Verschickungskinder“ – Einsatz sedierender Arzneimittel und Arzneimittelprüfungen. Ein Forschungsansatz 11

Simon Schaupp Jenseits der Austeritätsökologie. Einführung in eine Umweltpolitik von unten 43

Diskussion / Discussion **69**

Herbert Obenland Das Dieselauto. Eine Geschichte von Illusion und Betrug 69

Thomas Gehrig Das Sozialistische Büro und die Wiederkehr der Organisationsdebatte 87

Michael Becker / Gottfried Oy / Christoph Schneider Die Welle als Muster. Sechs Thesen zur anhaltenden Bedeutung der „antisemitischen Welle“ 1959/1960 119

Zeitgeschehen / Current Events **147**

John Holloway A Cascade of Angers. My Covid 19 Fantasy 147

John Holloway / Lars Stubbe (Übers.) Eine Kaskade des Zorns. Meine COVID-19-Fantasie 153

Buchbesprechungen / Book Reviews **159**

Katharina Karcher Sisters in Arms. Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968 (David Templin) 159

Bernhard Nette Ausplünderung: Bergedorfer Juden und das Finanzamt. Beispiele von NS-Verfolgung und „Wiedergutmachung“ (Lara Raabe) 165

Abstracts **171**

Autorinnen und Autoren / Contributors **175**

Editorial

Wir freuen uns, euch/Ihnen, liebe Lesende, diesmal ein im Umfang zwar etwas kürzeres, aber dafür umso spannenderes und vielfältigeres Heft vorstellen zu dürfen.

Vor rund vier Jahren veröffentlichte *Sozial.Geschichte Online* in Heft 19 (2016) einen Artikel von Sylvia Wagner zu Arzneimittelstudien an Heimkindern,[1] der auf großes Interesse und ein breites mediales Echo stieß.[2] Seitdem ist einiges passiert, was die politische Aufarbeitung dieses Themas betrifft.[3] Nun veröffentlichen wir im vorliegenden Heft einen weiteren Forschungsaufsatz von Sylvia Wagner, den sie zusammen mit Burkhard Wiebel verfasst hat. Im Artikel „‚Verschickungskinder' – Einsatz sedierender Arzneimittel und Arzneimittelprüfungen" zeigen die beiden Autor*innen, dass Misshandlungen in der Kindheit in den 1950er bis 1970er Jahren in der BRD nicht „nur" diejenigen Kinder betraf, die in Kinderheimen aufwuchsen, sondern ein Massenphänomen mit vermutlich einigen Millionen Betroffenen war. In zahlreichen Betroffenenberichten über Aufenthalte in Erholungsheimen und „Heilstätten" der sogenannten „Verschickungskinder" wird von entwürdigender Behandlung, Gewalt und medikamentöser „Ruhigstellung" berichtet. Mediziner*innen der damaligen Zeit forderten für jedes Großstadtkind einen mehrwöchigen Aufenthalt an einem Kurort.

[1] Sylvia Wagner, Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte: Arzneimittelstudien an Heimkindern, in: Sozial.Geschichte Online, 19 (2016), S. 61–113, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00042079/ 04_Wagner_Heime.pdf].

[2] Vgl. den Überblick bei Sylvia Wagner, Ein nicht länger unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte?, 25. Juni 2017, [https://sozialgeschichte-online.org/2017/06/25/ein-nicht-laenger-unterdruecktes-und-verdraengtes-kapitel-der-heimgeschichte/].

[3] So hat bspw. die nordrhein-westfälische Landesregierung mehrere Studien angeregt, die die Medikamentenversuche in Kinderheimen, Einrichtungen der öffentlichen Erziehung und heilpädagogischen und psychiatrischen Anstalten in Nordrhein-Westfalen untersuchen, und hat angekündigt, nach Veröffentlichung der Studien weitere „Maßnahmen" zu ergreifen, siehe: [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-2967.pdf].

Kinder mit spezifischen Krankheiten wie Tuberkulose oder Asthma wurden für einen längeren Zeitraum „verschickt". Vor allem heimwehkranke Kinder erhielten zur Sedierung Psychopharmaka. Kinder mit physischen Krankheiten wurden nicht nur mit entsprechenden Arzneimitteln behandelt, sondern es wurden unter Umständen auch Medikamente an ihnen getestet. Einige Kinder starben im Rahmen dieser Versuche.

Bis vor kurzer Zeit war hierüber in der Öffentlichkeit kaum etwas bekannt. Die historische Forschung über dieses Thema hat erst jetzt begonnen. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über das uns heute zu dem Thema Bekannte und wirft einige Fragen zu den (gesundheits-)politischen und ökonomischen Hintergründen des damaligen Massenphänomens auf.

Einem ganz anderen Thema widmet sich der zweite Artikel in diesem Heft von Simon Schaupp, der einen anderen Blick auf die „ökologische Krise" einfordert. In seinem Forschungsaufsatz „Jenseits der Austeritätsökologie. Einführung in eine Umweltpolitik von unten" zeigt Schaupp auf, dass die gängigen, in der Politik und Öffentlichkeit diskutierten Konzepte der Nachhaltigkeit ein großes Defizit haben: Sie ignorieren systematisch die soziale Ungleichheit und deren Auswirkungen auf die ökologische Krise. Er argumentiert weiter, dass das, was allgemein unter ökologisch nachhaltiger Entwicklung propagiert wird, nicht nur unterschiedliche Möglichkeiten der Menschen, „nachhaltig" zu leben, missachtet, sondern im Endeffekt eben genau die Ungleichheit „nachhaltig" verschärft und somit das Problem perpetuiert. Aufgrund dieser Analyse schlägt er eine Umweltpolitik von unten vor, in welcher zentrale Forderungen der Arbeiter*innenbewegung, wie etwa die Verkürzung der Arbeitszeit oder mehr Wirtschaftsdemokratie, mit der Klimabewegung verknüpft werden.[4]

[4] Ein kürzlich entstandenes Projekt „Klimagerechtigkeit und Arbeitskämpfe" hat genau dies zum Ziel: die Handlungsfähigkeit von Klimabewegung und Gewerkschaften zu fördern: Initiative United for fight, siehe [http://unitedforfight.org/], sowie Elisa Hüller / Benjamin Körner, „United for System Change!" – Klimabewegung und Gewerkschaften, in: express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 7 (2020), S. 1–3, siehe [https://express-afp.info/wp-content/

In der Automobilindustrie gibt es für diese Ziele sehr konkrete Anknüpfungspunkte. Der Artikel von Herbert Obenland, „Das Dieselauto. Eine Geschichte von Illusion und Betrug“, weist auf ein Paradebeispiel hin, bei welchem es sich zeigt, dass das Agieren der bundesdeutschen Politiker*innen in Sachen Klimaschutz alles andere als nachhaltig und sozial gerecht ist und dass ein Zusammengehen von Arbeits- und Klimakämpfen in der Automobilindustrie dringend Not tut. Obenland zeichnet die Versuche von Volkswagen seit den 1970er Jahren nach, das Dieselauto als ökonomisch und sparsam zu präsentieren. Obwohl mittlerweile wegen fortgesetztem Betrug zu Schadenersatzzahlungen verpflichtet, fahren die Betrugsdiesel auf deutschen Straßen weiter, während sie in den USA – vom Konzern zurückgekauft – auf Parkplätzen in der Wüste stehen. Das erfolgreich hergestellte positive Image des Diesels und eine Politik, die sich zwischen Nachlässigkeit und Komplizenschaft bewegt, haben dazu beigetragen, dass wirksame Maßnahmen zur Emissionsreduzierung bis heute ausgeblieben sind.

Der zweite Beitrag in der Rubrik „Diskussion“ ist von Thomas Gehrig und beschäftigt sich mit dem wiedererwachten Interesse am „Sozialistischen Büro“ (SB), einer die Entwicklung der Neuen Linken der alten Bundesrepublik prägenden Organisation. Genauer: Der Beitrag setzt sich mit der Organisationsdebatte im SB auseinander, die eng mit Oskar Negt verknüpft ist. Gehrig nimmt die aktuelle Rezeption und vermeintliche Neubewertung der Organisationsdebatte zum Anlass, diese zu rekonstruieren, politisch einzuordnen und sich kritisch zu positionieren.

Der Beitrag „Die Welle als Muster. Sechs Thesen zur anhaltenden Bedeutung der ‚antisemitischen Welle‘ 1959/1960“ von Michael Becker, Gottfried Oy und Christoph Schneider beleuchtet heute weitgehend unbekannte Ereignisse der Geschichte des Antisemitismus in der postnazistischen Bundesrepublik an der Jahrzehntwende zu den 1960er Jahren. Ausgehend von Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge in der Weihnachtsnacht 1959, fanden bis in das Frühjahr 1960 hinein

uploads/2020/07/hueller-koerner_united-for-system_express072020.pdf].

nahezu 900 Nachahmungstaten statt – bis hin zur Bedrohung von Jüd*innen. In Thesenform – zurückgehend auf eine Veranstaltung der Autoren im Februar diesen Jahres in Frankfurt am Main – stellen sie zur Diskussion, dass der Umgang mit diesen Taten als Muster für den Umgang mit Antisemitismus in der Bundesrepublik gesehen werden kann.

In unserer Rubrik „Zeitgeschehen" ist John Holloway mit einem Text vertreten, der zweisprachig deutsch / englisch schon im Juni auf unserem Blog vorveröffentlicht wurde und jetzt auch im Heft erscheint: „A Cascade of Angers. My Covid 19 Fantasy" / „Eine Kaskade des Zorns. Meine COVID-19-Fantasie". Die Übersetzung besorgte unser Redaktionsmitglied Lars Stubbe. Holloway diskutiert die sozialen und ökonomischen Folgen der Krise, einschließlich der Perspektiven, die sich daraus für eine Überwindung des Kapitalismus ergeben.

Dieser Beitrag ist Teil unserer Reihe zur Corona-Krise, in der wir schon Artikel der Gruppe Blauer Montag über den Notstand der Arbeitsgesellschaft, von Wolfgang Völker über Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe, von Peter Birke zu Arbeit und Migration sowie ein Interview mit Lou Marin und Willy Hajek über die sozialen Kämpfe in Frankreich veröffentlicht haben. Über weitere Beiträge zu diesem Thema würden wir uns freuen.

Zu guter Letzt möchten wir euch / Sie auf die beiden sehr lesenswerten Rezensionen zum Buch „Ausplünderung: Bergedorfer Juden und das Finanzamt. Beispiele von NS-Verfolgung und ‚Wiedergutmachung'" von Bernhard Nette und zum Buch von Katharina Karcher „Sisters in Arms. Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968" in diesem Heft aufmerksam machen.

Wir danken allen Beitragenden herzlichst für ihre Mitarbeit. *Sozial.-Geschichte Online / Offline* würde ohne die umfangreiche ehrenamtliche Arbeit auch über die Beiträge unserer Autor*innen hinaus nicht existieren. Wir freuen uns über Unterstützung jeglicher Art, auch durch Abonnements, Mitgliedschaften im Trägerverein der Zeitschrift oder Spenden. Wie bereits die letzten Ausgaben, kann auch die vorliegende Zeitschrift wieder in einer Papierversion erworben werden. Das Heft

kann per Mail bei der Redaktion bestellt werden;[5] eine Liste der Buchhandlungen, in denen die Zeitschrift erworben werden kann, findet sich auf unserem Blog.[6]

Viel Erkenntnisgewinn beim Lesen wünscht

die Redaktion

[5] [sgo@janus-projekte.de].
[6] [https://sozialgeschichte-online.org/].

Dies ist eine Veröffentlichung der ***Sozial.Geschichte Online***
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

Sylvia Wagner / Burkhard Wiebel

„Verschickungskinder" – Einsatz sedierender Arzneimittel und Arzneimittelprüfungen. Ein Forschungsansatz

Einführung

In der Bundesrepublik Deutschland wurden vor allem in den 1950er bis 1970er Jahren Klein- und Schulkinder sowie Jugendliche aufgrund ärztlicher Überweisungen in Kindererholungsheime und Kinderheilstätten „verschickt". Auf Initiative der Sonderpädagogik-Dozentin und Publizistin Anja Röhl (*1955) fand im November 2019 ein erster Kongress ehemaliger „Verschickungskinder" auf Sylt statt. Röhl hatte schon einige Jahre zuvor damit begonnen, auf ihrer Internetseite verschickungsheime.de[1] „Berichte zu sammeln und ehemalige Opfer miteinander zu vernetzen".[2] Auf der Seite berichten hunderte Betroffene über Strafen wie Prügel, Isolation und eiskalte Duschen, aber auch über sexuelle Gewalt, ungenießbares Essen, Zwangsfütterungen und den Zwang, Erbrochenes aufessen zu müssen.[3] In Anbetracht der großen Resonanz organisierte Röhl den Kongress auf Sylt, wo die ca. 70 Anwesenden die „Initiative Verschickungskinder" gründeten.[4] Als Ziele der Initiative gaben sie an: „Öffentliche Aufmerksamkeit, einen Forderungskatalog entwickeln und verabschieden, Beginn des Aufbaus einer arbeitsfähigen Organisationsstruktur der Initiative Verschickungskinder, sowie das Anschieben einer selbst bestimmten Forschung".[5] Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte die-

[1] Siehe [https://verschickungsheime.de/].

[2] Christoph Gunkel, Misshandlungen in Ferienheimen. „Macht was. Bitte! Bitte!", in: Der Spiegel, (2019), vgl. [https://www.spiegel.de/geschichte/verschickungskinder-misshandlung-im-ferienheim-a-1297086.html].

[3] Vgl. ebd.

[4] Pressemitteilung der Initiative Verschickungskinder, Verschickungskinder organisieren sich (24.11.2019), vgl. [https://verschickungsheime.de/pressemitteilung-24-11-19/].

[5] Ebd.

ser „Verschickungen“, gibt es bislang offensichtlich nicht. Da auf der Internetseite Betroffene zudem von einer medizinisch nicht indizierten Verabreichung von Arzneimitteln berichtet hatten, wurde auch diese Problematik und darüber hinaus die Thematik etwaiger Arzneimittelprüfungen auf dem Kongress erörtert.[6]

Dieser Beitrag befasst sich mit der Frage, inwiefern es solche medikamentösen Praktiken in den Einrichtungen der damaligen Zeit gegeben hat, das heißt es wird Hinweisen auf den Einsatz medizinisch nicht indizierter Arzneimittel, vor allem Sedativa (Beruhigungsmittel), sowie auf durchgeführte Arzneimittelprüfungen bei Verschickungskindern nachgegangen. Basierend auf einer historischen Kontextualisierung des Phänomens Verschickung werden die Ergebnisse in einen ethischen und rechtlichen Kontext eingeordnet. Da der Umgang mit den Verschickungskindern einige Parallelen zum Umgang mit Heimkindern der damaligen Zeit aufzuweisen scheint, soll eine vergleichende Betrachtung erfolgen. Es werden, orientiert an dem, was über den Einsatz von Arzneimitteln und deren Prüfung an Heimkindern der damaligen Zeit erforscht ist,[7] erste Erklärungsansätze formuliert und sozialhistorisch abgeleitet. Arzneimittelprüfungen an Heimkindern wurden erstmals 2016 in einem umfassenderen wissenschaftlichen Rahmen thematisiert[8] und öffentlich wahrgenommen.

Auch in der ehemaligen DDR gab es „Verschickungen“ von Kindern in Einrichtungen wie beispielsweise das Kinderkurheim in Wiek auf Rügen. Kinder, die an Asthma oder chronischer Bronchitis litten, wurden unter Umständen auch an die kroatische Adriaküste „ver-

---

[6] Vgl. ebd.

[7] Z. B. Sylvia Wagner, Arzneimittelversuche an Heimkindern zwischen 1949 und 1975, Frankfurt 2020; Sylvia Wagner, Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte: Arzneimittelstudien an Heimkindern, in: Sozial.Geschichte Online, 19 (2016), S. 61–113, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00042079/04_Wagner_Heime.pdf]; Jan Bruckermann / Jürgen Eilert / Burkhard Wiebel, Operationalisierbarkeit des Eigenstandsschadens. Begründung von Schadensersatzpflichten durch Verletzung von Art. 1I und Art. 2I GG, in: SozialRecht aktuell, 23 (2019), 4, S. 125–141.

[8] Wagner, Kapitel (wie Anm. 7).

schickt".[9] Zu der speziellen Thematik der Verabreichung von Arzneimitteln in Einrichtungen der DDR wurden bislang keine Hinweise gefunden. Die folgenden Ausführungen beziehen sich deshalb ausschließlich auf Einrichtungen der alten BRD.

Historischer Hintergrund der Verschickung von Kindern und Jugendlichen

Wann genau die erste Einrichtung für Verschickungskinder entstand, kann hier nicht gesagt werden, da die Einrichtungen stets auch unterschiedlich bezeichnet wurden. In einer Jubiläumsschrift des „Seehospiz ‚Kaiserin Friedrich' Norderney" heißt es 1986, dass gegen Ende des 18. Jahrhunderts in England die ersten Kinderheilstätten an der See errichtet wurden.[10] Das „Seehospiz ‚Kaiserin Friedrich' Norderney" sei 1876 als „erste Einrichtung dieser Art" in Deutschland als „Ev. Diakonissenanstalt zur Pflege skrofulöser[11] Kinder zu Norderney" entstanden.[12] Der Mediziner Friedrich Wilhelm Beneke (1824 bis 1882), der zur medizinischen Wirkungsweise der Nordseeluft und des Nordseebades forschte, hatte einen maßgeblichen Anteil an der Gründung dieser Einrichtung, in der „besonders die Skrofulose und die beginnende Schwindsucht Jugendlicher behandelt werden"[13] sollten.

Zeitgenössisch wurde unterschieden zwischen der Verschickung gesunder, nur erholungsbedürftiger Kinder in Kindererholungsheime und der Verschickung von Kindern mit speziellen Krankheiten und Schäden in Kindersanatorien, Kurkliniken oder Kinderheilstätten[14] (in diesem Beitrag wird vereinfachend entweder von Kindererholungs-

[9] MDR (2013). Zur Kur an die Adria: DDR-Kinder in Jugoslawien, [https://www.mdr.de/zeitreise/ddr-kinder-kur-jugoslawien-adria-100.html].

[10] Vgl. Wilfried Wiegand / Wolfgang Menger / Burkhard Schmidt-Redemann / Hermann Flake (Red.), Wo Leid und Liebe sich begegnen. 1886–1986. 100 Jahre Kinderkrankenhaus. Seehospiz „Kaiserin Friedrich" Norderney, Kinderkrankenhaus Seehospiz „Kaiserin Friedrich" (Hg.), Bad Harzburg 1986, [http://www.norderney-chronik.de/download/sonder/100jahre-seehospiz.pdf], S. 5.

[11] Die Skrofulose ist eine bei Kindern auftretende tuberkulöse Erkrankung, bei der sich an der Haut und an den Lymphknoten Geschwülste bilden.

[12] Vgl. Wiegand et al., Leid (wie Anm. 10), S. 5.

[13] Ebd., S. 6.

heimen oder Kinderheilstätten gesprochen). Bereits Anfang der 1960er Jahre bemängelten Mediziner jedoch, dass der Forderung nach einer strengen Unterscheidung „nur an wenigen Stellen entsprochen“[15] werde und Kinder somit „immer wieder“[16] nicht in die für sie gemäße Einrichtung eingewiesen würden. Darüber hinaus gab es Einrichtungen, die beide Funktionen erfüllten, indem sie „Erholungskinder“ und kranke Kinder aufnahmen, wie z. B. das Seehospiz Norderney.[17] Während Kinderheilstätten unter einer ärztlichen Leitung standen, genügte für ein Kindererholungsheim eine ärztliche Aufsicht.[18] Auch in der Zeitdauer der Verschickung unterschieden sich die Einrichtungen. In einem Kindererholungsheim betrug die Aufenthaltsdauer in der Regel vier bis sechs Wochen, in einer Kinderheilstätte dagegen sollten es *mindestens* sechs Wochen sein.[19]

Wie viele Kinder bis in die 1990er Jahre insgesamt in die Einrichtungen eingewiesen wurden, lässt sich nicht mehr genau ermitteln. Nach einem Bericht der Bundesregierung Deutschland aus dem Jahr 1961 (1965 verbreitet) gab es Ende 1963 „insgesamt 839 Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheime für minderjährige Jugendliche mit 56.608 Plätzen.“[20] Die Einrichtungen wurden ganzjährig betrieben,

---

[14] Vgl. H. Kleinschmidt, Über die Durchführung von Kindererholungs- und Heilkuren, in: Sepp Folberth, Kinderheime Kinderheilstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz, Lochham-München[2] 1964, S. 25–89, hier S. 37. Ob es sich bei diesem Autor um den Pädiater Hans Kleinschmidt (1885–1977) handelt, der während der Zeit des Nationalsozialismus u. a. im Wissenschaftlichen Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen Karl Brandt war, ist nicht bekannt (Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M.[2] 2007, S. 315).

[15] Vgl. K. Nitsch, Grundsätze der Kinderverschickung, in: Folberth, Kinderheime (wie Anm. 7), S. 9–24, hier S. 12.

[16] Kleinschmidt, Durchführung (wie Anm. 14), S. 37.

[17] Z. B. Wiegand et al., Leid (wie Anm. 10), S. 16 und 19.

[18] Vgl. Nitsch, Grundsätze (wie Anm. 15), S. 14, Kleinschmidt, Durchführung (wie Anm. 14), S. 28.

[19] Vgl. Nitsch, Grundsätze (wie Anm. 15), S. 15, Kleinschmidt, Durchführung (wie Anm. 14), S. 53.

[20] Deutscher Bundestag (1961), Bericht der Bundesregierung über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe gemäß § 25 Abs. 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206), siehe [https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Downloads/DE/BerichteKonzepte/Bund/Kinder-und-Jugendbericht-1965.pdf?__blob=publicationFile&v=4], S. 151. Offensichtlich ist der Bericht von 1961 bis zur Veröffentlichung 1965 aktualisiert worden.

und so kann davon ausgegangen werden, dass einige Millionen Kinder von den Verschickungen betroffen waren. Etwa ein Drittel der Einrichtungen wurden „von Trägern der freien Jugendhilfe unterhalten."[21]

In Erholungsheime scheinen Kinder und Jugendliche oftmals zur allgemeinen „Kräftigung", Erholung oder Gewichtskorrektur eingewiesen worden zu sein. Einige KongressteilnehmerInnen berichteten, dass bei ihnen fälschlicherweise Untergewicht diagnostiziert worden sei und die Verschickung für einige Wochen eher der Regeneration der Mütter dienen sollte, die oftmals physisch überfordert gewesen seien. Eine derartige soziale Indikation zur Verschickung wird auch in der zeitgenössischen Literatur bestätigt. So sei eine Erholungsverschickung bei allen Kindern angezeigt, „die weniger aus ärztlichen als aus sozialen Gründen verschickt werden sollen".[22] Indikationen seien beispielsweise „Großstadtkinder", um sich einige Wochen austoben zu können,[23] sowie „Kinder aus Flüchtlingsfamilien für die Übergangszeit; Erkrankung, Operation oder Entbindung der Mutter […]; während der Zeit, in der die Eltern in Scheidung leben; Kinder mit ausgesprochenem Milieuschaden (auch in psychischer Hinsicht); Kinder von berufstätigen Müttern, die den Lebensunterhalt bestreiten müssen; Kinder aus kinderreichen, wirtschaftlich schwachen Familien; Kinder aus geschädigten und gestörten Familien".[24] Um den Schwierigkeiten der Kostenübernahme durch die Krankenkassen bei einer „sozialen Indikation" von vornherein aus dem Weg zu gehen, würden „viele Entsendeärzte einen geringfügigen Nebenbefund im Interesse des Kindes als Hauptindikation in den Vordergrund" stellen.[25] Die Kategorien, die zur Verordnung der Erholungsverschickung führten, bezogen sich somit primär auf Merkmale sozialer Milieus, sozialer Belastungen und sozialer Gefährdungen.

[21] Ebd.

[22] K. Nitsch / K. Hartung, Klimakuren bei Kindern zur Behandlung von Konstitutionsschwächen. Indikation, Planung und Durchführung, Stuttgart 1961, S. 49.

[23] Ebd., S. 49 und 97.

[24] Nitsch, Grundsätze (wie Anm. 15), S. 18.

[25] Nitsch / Hartung, Klimakuren (wie Anm. 22), S. 97.

Die Fachrichtung der Sozialen Medizin

Damit stand die Verschickung in der Tradition einer Fachrichtung der Medizin, die sich Anfang des letzten Jahrhunderts als Reaktion auf das hohe Erkrankungsrisiko (Endemien, Säuglings- und Kindersterblichkeit) in Armutsmilieus als Folge der frühen Phase der Industrialisierung gegründet hatte, der „Sozialen Medizin".[26] Dieses Fachgebiet wird von Michel Foucault als die „Medizin der Lebensbedingungen und des Existenzmilieus"[27] bezeichnet. In ihrer Gründungsphase um die vorletzte Jahrhundertwende trug die Soziale Medizin deutlich ökonomistische Züge einer „Medizin der Arbeitskraft".[28] Die Pädagogin Maria Wolf konnte diese Wurzeln der Fachrichtung und deren soziale Folgewirkungen geschichtswissenschaftlich herausarbeiten.[29] Auf diesem Hintergrund kann die Verschickung – in vorläufiger Formulierung – als eine doppelte ökonomische Maßnahme bezeichnet werden: die körperliche und psychische Kräftigung (Roborierung) des Kindes als einer zukünftigen gesellschaftlichen Arbeitskraft und die temporäre Entlastung der Familie mit restitutiver Wirkung auf die „Ware Arbeitskraft"[30] des Mannes. Diese seit der industriellen Revo-

[26] S. hierzu Maria A. Wolf, Das „gesunde Arbeiterkind" als ein Projekt der „Sozialen Medizin". Zur wissenschaftlichen Neuordnung der Kindheit durch die Medikalisierung der „Sozialen Frage" zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Virus. Beiträge zur Sozialgeschichte der Medizin, (2018), 17, S. 13–28.

[27] Michel Foucault, Die Geburt der Sozialmedizin, in: Daniel Defert / François Ewald / Jacques Lagrange (Hg.), Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Bd. III. 1976–1979, Frankfurt 2003, S. 272–298, hier S. 291.

[28] Der einflussreiche Wiener Soziologe Rudolf Goldscheid (1870–1931) verstand im Rahmen seiner Theorie der „Menschen-Ökonomie" die Soziale Medizin als eine „Medizin der Arbeitskraft" (Rudolf Goldscheid, Höherentwicklung und Menschenökonomie. Grundlage der Sozialbiologie, Leipzig 1911). Dies verdeutlicht eine Äußerung des Leiters des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien aus dieser Zeit. Er „begrüßte […] die machtvolle Position des Arztes zwischen Staat und Staatsbürger/-innen" und bezeichnete die Rolle des Arztes als „Verwalter des organischen Kapitals" des Staates. Vgl. Wolf, Arbeiterkind (wie Anm. 26).

[29] Vgl. Wolf, Arbeiterkind (wie Anm. 26).

[30] Karl Marx, Karl, Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie, Band 1, Hamburg^{2} 1872, S. 151–163.

lution sich etablierende Gewichtung verschärfte sich weiter unter den Bedingungen der fordistischen Produktionsweise.[31]

Das Kind im Heim: Staatliches Interesse und Menschenbild

Wie oben ausgeführt hatte die Verschickung einen direkten volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Heimunterbringung im Rahmen der öffentlichen Erziehung dagegen diente der Verhinderung eines volkswirtschaftlichen Schadens. Ersteres betraf überwiegend „intakte" Familien mit unterschiedlichen Problemlagen, letzteres Alleinerziehende, „gestörte" Familien oder Milieus und vermeintlich von ihren „Anlagen" her gestörte Kinder und Jugendliche,[32] die als „minderwertig" klassifiziert wurden.

Die so bezeichnete „Minderwertigkeit" der sozial belasteten Milieus wurde in den bevölkerungspolitischen Diskursen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als durch eigene Versäumnisse und Charaktereigenschaften, also als selbst verantwortet, somit „schuldhaft" qualifiziert.[33] Da sich diese Abqualifizierung auf die ganze Familie bezog, waren auch Heranwachsende in die „Schuld" der Minderwer-

[31] Vgl. hierzu Robert Foltin, Fordismus und Familiensystem, Grundrisse. Zeitschrift für linke theorie & debatte, (2006), 32, vgl. [https://www.linksnet.de/artikel/19797].

[32] Nach dem in den 1920er Jahren bis weit in die Nachkriegszeit in den westlichen Staaten wie auch in der UdSSR vorherrschenden deterministischen Entwicklungsmodell werden Menschen mit überwiegend stabilen und wenig veränderbaren basalen Eigenschaften geboren. Das im weiteren Leben mögliche Veränderungspotenzial wird als dominant in negativer Richtung wirksam gedacht. Nach dem Konzept der Defektologie konnten im Alter von drei bis fünf Jahren solche Kinder identifiziert und potenziell ausgesondert werden, von denen volkswirtschaftlich kein Nutzen zu erwarten war. Diese Selektion wurde von dem rumänischen Diktator Ceausescu exzessiv betrieben, gekoppelt an den auf die Rumäninnen ausgeübten Zwang, mehr als zwei Kinder zu gebären. Ziel war die Optimierung der Volkswirtschaft durch Optimierung der Zahl der Industriearbeiter. Ergebnis war die Überfüllung der Kinderheime und die dort herrschenden unmenschlichen Zuständen (Charles A. Nelson / Nathan A. Fox / Charles H. Zeanah, Romania's abandoned children. Deprivation, brain development, and the struggle for recovery, Cambridge, Massachusetts, London 2014, S. 49).

[33] Vgl. hierzu Reinhard Sieder, Wissenschaftliche Diskurse, Kinder- und Jugendfürsorge, Heimerziehung: Wien im 20. Jahrhundert, in: Virus. Beiträge zur Sozialgeschichte der Medizin, 17 (2018), S. 29–56, hier S. 38f.

tigkeit einbezogen – und wurden entsprechend von dem Pflegepersonal in Heimen behandelt.[34]

Nach dem Historiker, Sozial- und Kulturwissenschaftler Reinhard Sieder (*1950) – er bezieht sich auf die damaligen Verhältnisse in Wien – ging die in den 1920/30er Jahren praktizierte medizinische Rassenhygiene von der lamarckistischen Überzeugung aus, dass die Vererbung erworbener Eigenschaften möglich sei.[35] So seien auch heilpädagogische Ärzte und Ärztinnen der Auffassung gewesen, „dass die Konstitution[36] der Kinder zu einem erheblichen Teil von den Eltern vererbt sei, auch wenn das sozial-kulturelle Milieu die Wirksamkeit der Anlage (‚Konstitution') verstärken oder abschwächen könne."[37] Weiter erläutert Sieder: „Genau dieses begründete den wohl gravierendsten Eingriff in das Leben der Armen: die Abnahme von Kindern aus Familien, die man nicht nur für ein ‚schlechtes Milieu', sondern auch für erblich und degenerativ belastet hielt. Mit der Beibehaltung dieses Schlüsselargumentes blieb die Fürsorgeerziehung in Wien de facto bis zu den Reformen ab 1971 im Paradigma der medizinischen Rassenhygiene."[38] Sieder fragt in diesem Zusammenhang, ob es sich hier um einen Fall von epistemischer Gewalt handelt.[39] Die Politikwissenschaftlerin Claudia Brunner (*1972) versteht unter epistemischer Gewalt „jenen Beitrag zu gewaltförmigen gesellschaftlichen Verhältnissen, der im Wissen selbst, in seiner Genese, Ausformung, Organisation und Wirkmächtigkeit angelegt ist."[40] Diese Gewalt sei

[34] Vgl. z. B. Carola Kuhlmann, „So erzieht man keinen Menschen!" Lebens- und Berufserinnerungen aus der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre, Wiesbaden 2008, S. 18–29, und Sieder, Diskurse (wie Anm. 33), S. 38f.

[35] Vgl. Sieder, Diskurse (wie Anm. 33), S. 39–42.

[36] Die Konstitution bezeichnet die Gesamtheit der überdauernden, genetisch vermittelten Eigenschaften eines Lebewesens.

[37] Sieder, Diskurse (wie Anm. 33), S. 36.

[38] Ebd.

[39] Vgl. ebd., S. 30 und 50.

[40] Claudia Brunner, Situiert und seinsverbunden in der ‚Geopolitik des Wissens'. Politisch-epistemische Überlegungen zur Zukunft der Wissenssoziologie, in: Zeitschrift für Diskursforschung, 1 (2013), 3, S. 226–245, hier S. 228–229.

„tief in unser Wissen eingelagert, ebenso wie in die Wege, auf denen wir zu diesem Wissen kommen".[41]

Die beschriebenen Kontexte und Kontinuitäten stellten sich im Wesentlichen auch im deutschen System der Fürsorge und Heilpädagogik dar, insbesondere verknüpft mit dem Wirken der Kinder- und Jugendpsychiater Werner Villinger (1887 bis 1961) und Hermann Stutte (1909 bis 1982).[42] Ihr Einfluss hatte Auswirkungen auf unterschiedliche wissenschaftliche, administrative und politische Bereiche, bis hin zu ethisch-moralischen Einstellungen in der Öffentlichkeit.

Eine These, die sich hier ergibt, ist, dass die Konstitution der Heimkinder auch durch ein positives sozial-kulturelles Milieu nicht mehr zu „reparieren" gewesen wäre, während dies für „Verschickungskinder" in Erholungsstätten durchaus noch als möglich erachtet wurde und dies eben auch das Ziel der „Verschickung" war. Diese These wird erhärtet durch einige Hinweise damaliger Mediziner, wie z. B. Nitsch, der 1964 schrieb: „Der Verschickung von Kindern zwischen 3 und 5 Jahren steht ihre erschwerte Betreuung in Kinderheimen entgegen. Trotzdem sollte man alles daransetzen, sich anbahnende Konstitutionsschwächen schon in dieser Lebensphase zu bekämpfen und sollte ganz besonders der Verschickung v o r Schulanfang Aufmerksamkeit widmen."[43]

Bevor dies aber weiter ausgeführt wird, soll den zentralen Fragen dieser Untersuchung nachgegangen werden: der Einsatz sedierender Arzneimittel und die eventuelle Prüfung von Arzneimitteln.

[41] Claudia Brunner, Das Konzept epistemische Gewalt als Element einer transdisziplinären Friedens- und Konflikttheorie, in: Werner Wintersteiner / Lisa Wolf (Hg.), Friedensforschung in Österreich: Bilanz und Perspektiven, Klagenfurt 2016, S. 38–53, hier S. 39.

[42] Vgl. hierzu Volker Roelcke, Erbbiologie und Kriegserfahrung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie der frühen Nachkriegszeit: Kontinuitäten und Kontexte bei Hermann Stutte, in: Heiner Fangerau / Sascha Topp / Klaus Schepker (Hg.), Kinder- und Jugendpsychiatrie im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, Berlin 2017, S. 447–464.

[43] Nitsch, Grundsätze (wie Anm. 15), S. 16. Hervorhebung im Original.

Die Verabreichung medizinisch nicht indizierter Arzneimittel

Der Frage nach einer möglicherweise medizinisch nicht indizierten Verabreichung von Arzneimitteln in Verschickungsheimen kann hier nur auf Grundlage erster Hinweise nachgegangen werden. Eine vertiefende Beschäftigung steht noch aus.

So berichteten auf dem ersten bereits erwähnten Kongress der Initiative Verschickungskinder 2019 einige Betroffene, dass sie während des Aufenthaltes beispielsweise bitter schmeckenden Tee zu sich nehmen mussten und danach müde wurden. Sie selbst vermuten, dass ihnen mit dem Tee sedierende Substanzen verabreicht wurden. Einige schilderten auch, dass sie Tabletten einnehmen mussten, die eine sedierende Wirkung gehabt hätten. Ähnliches berichteten auch ehemalige Heimkinder. Hier konnte der Missbrauch durch die Verabreichung sedierender Medikamente in entsprechenden Einrichtungen mittlerweile wissenschaftlich bestätigt werden.[44]

Ein weiterer Hinweis zu dem Einsatz von sedierenden Arzneimitteln an Verschickungskindern fand sich in der zeitgenössischen Literatur. So bemängelten die Mediziner Nitsch und Hartung 1961 in einer Arbeit zu „Klimakuren bei Kindern“ zwar allgemein eine zu stark gedrosselte Vitalität der Heranwachsenden in den Einrichtungen als einen kardinalen Fehler.[45] Gleichwohl bekennen sie sich „zu der Auffassung, dass besonders sensible und vegetativ labile Kinder mit großem therapeutischem Nutzen in Krisenzeiten oder bei Änderung des Milieus kurzfristig sedativ behandelt werden können“.[46] So sei es „etwa sinnvoll, in der ersten Zeit einer Klimakur ein leichtes Schlaf-

[44] Z. B. Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler, „Als wären wir zur Strafe hier“. Gewalt gegen Menschen mit geistiger Behinderung – der Wittekindshof in den 1950er und 1960er Jahren, Bielefeld 2011, S. 17f., und Sylvia Wagner, Arzneimittelprüfungen an Heimkindern von 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Neuroleptika sowie am Beispiel der Rotenburger Anstalten der Inneren Mission, [https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-54600/Diss%20Sylvia%20Wagner-1.pdf].

[45] Vgl. Nitsch / Hartung, Klimakuren (wie Anm. 22), S. 29.

[46] Ebd., S. 35.

mittel am Abend zu geben und über Tag ein niedrig dosiertes Sedativum."[47] Die Kinder würden sich dadurch schneller eingewöhnen und würden „in ihrer allgemeinen Umstimmung nicht durch unerwünschte Reize behindert".[48] Besonders psycholabile Kinder dürften „zur Eingewöhnung für kurze Zeit ohne Schaden mit Meprobamaten [Beruhigungsmittel, Tranquilizer] oder ähnlichen Präparaten behandelt werden".[49] Voraussetzung für solche Medikationen sei „die Anwesenheit eines urteilskräftigen, fachlich genügend vorgebildeten Arztes in den Heimen, was oft genug nicht der Fall" sei.[50] Auch für heimwehkranke Verschickungskinder wurde in der zeitgenössischen Fachliteratur der Einsatz von Beruhigungsmitteln (Tranquilizern) erwähnt.[51]

Die bisherigen Forschungsergebnisse zum Einsatz sedierender Arzneimittel bei Heimkindern könnten Erklärungsansätze zum Einsatz der Präparate auch bei Verschickungskindern liefern. Für die medikamentöse Sedierung der Heimkinder gab es in der Regel keine medizinische Indikation, sondern sie diente letztlich der Institution, indem die Heranwachsenden auf diese Weise leichter zu „handhaben" waren. Solch eine Praxis kann als „soziale Medikation" bezeichnet werden.[52] Dabei geht es bei der Verabreichung der Medikamente also nicht um eine medizinische Indikation, die Kinder waren nicht krank, sondern es ging um einen Vorteil für die sozialen Strukturen der Einrichtungen. Die Kinder und Jugendlichen mussten, obwohl sie ja nicht der eigentliche Adressat der Arzneimittelwirkungen waren, die akuten und langfristigen Wirkungen und Nebenwirkungen der Präparate tragen. Es handelte sich um eine „unsichtbare Fixierung", um medikamentöse Gewalt. Inwieweit dies auch auf Verschickungskinder zutraf, inwieweit es Parallelen zu Heimkindern gab und welche Rolle die Medizin dabei spielte, gilt es zu erforschen. Eine medikamentöse Sedierung der

[47] Ebd.
[48] Ebd.
[49] Ebd.
[50] Ebd.
[51] Kleinschmidt, Durchführung (wie Anm. 14), S. 72.
[52] Wagner, Arzneimittelprüfungen (wie Anm. 44), S. 27–29.

Verschickungskinder könnte in Entsprechung zu den Heimkindern einen institutionellen Sinn gehabt haben: auch sie wären leichter zu „handhaben“ gewesen, die Betreuung der Heranwachsenden wäre mit weniger Personal zu bewerkstelligen gewesen, was einen wirtschaftlichen Vorteil bedeutet hätte. Bei untergewichtigen Verschickungskindern wäre als weiterer Vorteil hinzugekommen, dass sie durch eine Sedierung und dadurch geringeren Energieverbrauch leichter an Gewicht zugenommen hätten.

Arzneimittelprüfungen an Verschickungskindern – Erste Rechercheergebnisse

Zur Beantwortung der Frage, inwieweit es Arzneimittelprüfungen an Verschickungskindern gegeben hat, wurde mithilfe der biomedizinischen Datenbank „medline“ in erster Linie nach Publikationen aus relevant erscheinenden Einrichtungen recherchiert. Es werden dabei zwei bereits bekannte Prüfungen von Tuberkulosepräparaten unter dem Aspekt dieser Fragestellung neu eingeordnet. Da es sich bei dieser Arbeit um eine erste Betrachtung der Thematik handelt, entspringen die hier präsentierten ersten Ergebnisse nicht einer systematischen Recherche, sie sollen lediglich aufzeigen, inwieweit hier eine weitergehende Aufarbeitung sinnvoll und notwendig erscheint.

Für Erholungsheime konnte Mithilfe der genannten Untersuchungsmethode bislang keine Arzneimittelprüfung zweifelsfrei nachgewiesen werden. Einen Hinweis gibt es jedoch für die Kinderklinik und Kinderheilstätte Seehospiz „Kaiserin Friedrich“ auf Norderney. Hier wurde laut einer Publikation in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift „die therapeutische Wirkung“ des Anthelmintikums Uvilon® (Wirkstoff: Piperazin) an 42 Kindern im Alter von 2 bis 14 Jahren „geprüft“.[53] Wie erwähnt, handelte es sich bei der Einrichtung um ein Kindererholungsheim und zugleich um eine Kinderheilstätte. Es geht aus der Publikation nicht hervor, welchem Bereich die in die Prüfung

[53] Walter Goeters, Zur Behandlung der Oxyuriasis im Kindesalter. Erfahrungen mit Uvilon, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift, 80 (1955), 9, S. 312–313.

einbezogenen Kinder angehörten. Da die Prüfung über 14 Tage lief, die Fluktuation der Kinder in Erholungsheimen recht hoch war und damit Wurminfektionen auch in diesen Einrichtungen sicherlich ein Problem waren, ist es denkbar, dass es sich bei den behandelten Kindern auch um „Erholungskinder" handelte.

In Kinderheilstätten wurden Kinder und Jugendliche mit spezifischen Krankheiten, vor allem mit Tuberkulose, Asthma, Bronchitis, rheumatischen Krankheitsbildern, Hauterkrankungen und Diabetes mellitus, aber auch mit „Erziehungsfehlern" aufgenommen.[54] In einer Publikation aus dem Jahr 1960 über „klinische Erfahrungen mit Contergan bei tuberkulosekranken Kindern"[55] in der Heilstätte für Kinder und Jugendliche Maria-Grünewald in Wittlich/Eifel wird zunächst anschaulich der „Sinn" der medikamentösen Sedierung in der Einrichtung geschildert:

> Eines der vordringlichsten Probleme, das in der Lungenheilstätte an den Arzt herangetragen wird, ist die Ruhigstellung des Patienten. Hier reichen gute Worte und psychologische Kenntnisse nicht aus, man braucht meist auch ein Medikament, das beruhigt ohne zu lähmen, entspannt ohne zu enthemmen und den Schlaf ohne Nachwirkungen fördert. Ferner stellt man an solch ein Medikament auch die Forderung, dass es ohne Bedenken über Monate gegeben werden kann und dass keine Gewöhnung eintritt oder sogar Suchtgefahr besteht. Auch Kinderheilstätten verlangen nach solchen Medikamenten, da man nicht ständig an die Vernunft der Kleinen appellieren kann, obwohl sie – einführende Ansprache vorausgesetzt – erstaunlich einsichtig und folgsam sein können. Aber wenn ein Kind ausgeruht ist und keine Schmerzen hat, sich subjektiv ausgesprochen wohl fühlt und trotzdem seine Liegekuren streng einhalten muss, kann man die dämpfende Wirkung eines Sedativums nicht entbehren.[56]

Dass das Präparat nicht generell medizinisch indiziert war, wird besonders an dem Umstand deutlich, dass es auch „heimwehkranken

[54] Nitsch, Grundsätze (wie Anm. 15), S. 20f.

[55] Ingeborg Schiefer, Über klinische Erfahrungen mit Contergan bei tuberkulosekranken Kindern, in: Medizinische Welt, 29 (1960), S. 52–53, S. 2765–2768. Contergan® (Wirkstoff Thalidomid) war seit 1957 auf dem Markt. Es galt als nebenwirkungsfreies Beruhigungs- und Schlafmittel. Nachdem tausende Kinder mit Fehlbildungen oder Fehlen der Extremitäten geboren oder tot zur Welt gekommen waren, konnte Ende 1961 die Kausalität zu dem Präparat hergestellt werden. Dies führte zur Marktrücknahme.

[56] Ebd., S. 2765.

Kindern“[57] verabreicht wurde. Dazu heißt es: „Kinder, die besonders unter der Trennung von zu Hause litten, gewöhnten sich viel schneller in ihre neue Umgebung ein und wurden ausgeglichener, wenn man schon am ersten Tag mit der Verabreichung von Contergan begann.“[58]

Neben dem Einsatz des Präparates bei heimwehkranken Kindern wird in der Publikation darüber hinaus die Prüfung des Präparates an den tuberkulosekranken Kindern und Jugendlichen der Einrichtung beschrieben. Demnach wurde Contergan® an 302 Kindern im Alter von zwei bis 14 Jahren geprüft. Bei 136 dieser Kinder betrug die Dauer der Verabreichung ein bis drei Monate, was wahrscheinlich auch ihrer Aufenthaltsdauer in der Einrichtung entsprach. 21 Kinder erhielten das Präparat zehn bis zwölf Monate lang.[59] Die Wirkung des Contergans® wurde verglichen mit einem Barbiturat, also einem starken Schlaf- und Beruhigungsmittel. Für den Vergleich erhielten zehn Jungen im Alter von zwei bis vier Jahren drei mal eine Tablette des Barbiturats täglich. Zudem wurden unterschiedliche Darreichungsformen von Contergan® (Tabletten und Saft) verglichen.[60]

Dokumentiert sind in der Publikation auch Nebenwirkungen, die durch die Verabreichung von Contergan® auftraten. Zu nennen sind hier: Schwindelanfälle, starke motorische Unruhe und Gewichtszunahme, die durchaus gewünscht war. In der Zusammenfassung wird geschildert, dass „auch bei eindeutiger Überdosierung“[61] keine außer den bereits erwähnten Nebenwirkungen auftraten. Zwanzig Kinder im Alter von zwei bis vier Jahren erhielten abends bis zu 200 mg Contergan®, andere drei Mal täglich 100 mg. Eine Tagesdosis (ohne Altersangabe) entsprach 100 mg.[62] Schließlich heißt es: „Die besonderen Vorzüge von Contergan liegen in der Ungiftigkeit und dem

[57] Ebd., S. 2767.
[58] Ebd.
[59] Ebd., S. 2765.
[60] Ebd., S. 2768.
[61] Ebd.
[62] Vgl. Beate Kirk, Der Contergan-Fall: eine unvermeidbare Arzneimittelkatastrophe? Zur Geschichte des Arzneistoffs Thalidomid, Stuttgart 1999, S. 35.

Fehlen von Nebenerscheinungen, auch bei langem Gebrauch."[63] Die meisten Kinder hatten neben Contergan® auch Präparate gegen Tuberkulose erhalten.

Wie aus einem Schreiben aus dem Jahr 1956 von Dr. Kurt Simon, dem damaligen Leiter der Kinderheilstätte Aprath, hervorgeht, ist Contergan®, bzw. dessen Wirkstoff Thalidomid, auch in der dortigen Einrichtung getestet worden und zwar ca. ein Jahr vor Markteinführung an keuchhustenkranken Kindern.[64]

Neben der Prüfung dieses Präparates zur Sedierung bzw. als „Schlafmittel" kann die Prüfung von Substanzen für spezifische Krankheiten aufgezeigt werden. Auch hier gibt es eine Mitteilung von Simon aus der Kinderheilstätte Aprath, wobei er die Testung einer Streptomycin-Pantothensäure-Verbindung (Didrothenat) an 88 offenbar tuberkulosekranken Kindern und Jugendlichen beschreibt.[65]

Bereits bekannt ist, dass in der Kinderheilstätte Mammolshöhe für tuberkulosekranke Kinder in Hessen ein Arzneimittel (Thiosemicarbazon) gegen die Krankheit getestet wurde. Der Mediziner Werner Catel (1894 bis 1981), der während der Zeit des Nationalsozialismus einer der Hauptgutachter der „Kindereuthanasie" war, wirkte von 1947 bis 1954 als Chefarzt auf der Mammolshöhe. Wenige Wochen nach seiner Amtseinführung begannen im März 1947 die ersten Versuche mit dem neuen Tuberkulosepräparat.[66] Vier Kinder starben durch das Präparat.[67] Offenbar hatte Catel nicht die Einwilligung der Eltern zu den Versuchen eingeholt, was auch damals schon nach dem Strafgesetzbuch dem Tatbestand einer Körperverletzung entsprach.[68] Zu-

[63] Schiefer, Erfahrungen (wie Anm. 55), S. 2768.

[64] Kurt Simon, Schreiben von Dr. Simon, Kinderheilstätte Aprath, an Dr. Mückter, Grünenthal GmbH, vom 7.6.1956. Landesarchiv Duisburg, LAV NRW R, Gerichte Rep. 139, Nr. 9(b), Bl. 9203.

[65] Kurt Simon, „Aussprache", in: Fr. Kaufmann, Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin, Berlin / Heidelberg 1955, S. 421.

[66] Thomas Gerst, Catel und die Kinder. Versuche an Menschen – ein Fallbeispiel 1947/48, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21 Jahrhunderts, 15 (1999), 2, S. 100–109, hier S. 102.

[67] Ebd., S. 108.

[68] Vgl. Egon Müller, Von der Körperverletzung zur eigenmächtigen Heilbehandlung. Ein Beitrag zur strafrechtlichen Arzthaftung, in: Deutsche Richter Zeitung, 4 (1998), S. 155–160, siehe [http://archiv.jura.uni saarland.de/projekte/Bibliothek/text.php?id=279].

dem hatte er den Wirkstoff, dessen Risiken für Kinder bereits bekannt waren, auch bei Heranwachsenden eingesetzt, bei denen noch gute Heilungsaussichten durch eine ungefährliche Therapie bestanden hatten.[69] Catel musste sich für die Prüfungen zwar einem Ehrengerichtsverfahren stellen, wurde aber nicht verurteilt.[70] So konnte er auch nach den tödlichen Versuchen mit dem Tuberkulosepräparat weiter an Kindern forschen. In der Mammolshöhe führte er schließlich Ernährungsversuche mit roher und erhitzter Frauenmilch an Säuglingen durch.[71] Ebenso untersuchte er den Gehalt verschiedener Apfelsorten an Vitamin C und seine Bedeutung für die Ernährung an den tuberkulosekranken Kindern, wobei die Kinder zunächst drei bzw. sechs Wochen lang Vitamin-C-arm ernährt wurden.[72]

Auch ein weiterer Versuch an tuberkulosekranken Heranwachsenden ist bereits dokumentiert. So beschreibt der Pädiater Heinz Spiess (1920 bis 2015) in einem Aufsatz aus dem Jahr 2013 den Einsatz des Präparates Peteosthor im Zeitraum von 1947 bis 1951 zur Behandlung der Krankheit in der Heilstätte Trillkegut in Hildesheim.[73] Das Präparat enthielt als wirksame Substanz Radium-224, dessen ionisierende Alphastrahlen das kranke Gewebe zerstören sollten. Als junger

---

[69] Vgl. Gerst, Catel (wie Anm. 66), S. 102.

[70] Thomas Beddies, Zur Einführung des Tuberkulosestatikums Conteben im Nachkriegsdeutschland, in: Pädiatrische Praxis, 87 (2016), 1, S. 153–160, hier S. 158f.

[71] Werner Catel, Weitere Studien über rohe und erhitzte Frauenmilch, in: Monatsschrift für Kinderheilkunde, 108 (1960), 2, S. 37–45.

[72] Werner Catel / Werner Schuphan, Über den verschiedenen Gehalt einzelner Apfelsorten an Vitamin C und seine Bedeutung für die Ernährung (Untersuchungen an tuberkulosekranken Kindern), in: Monatsschrift für Kinderheilkunde, 101 (1953), 11, S. 473–477; Werner Catel / Werner Schuphan / L. Barth / H. Kathen / I. Weinmann, Tier- und humanphysiologische Untersuchungen über die Vitamin C-Wirksamkeit von Apfelsorten verschiedener Ascorbinsäuregehalte, in: Biochemische Zeitschrift, 325 (1954), 2, S. 109–122. Bereits während der Zeit des Nationalsozialismus hat Catel Ernährungsversuche durchgeführt. Hierzu und zur Bedeutung der Ernährungsversuche siehe Heiko Stoff, Vitaminisierung und Vitaminbestimmung. Ernährungsphysiologische Forschung im Nationalsozialismus, in: Thomas Hänseroth, Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften, Dresden 2008, S. 59-93.

[73] Heinz Spiess, Langzeitstudie über mehr als 60 Jahre. Strahlenschäden durch Radium-224, in: Deutsches Ärzteblatt, 110 (2013), S. A1556-A1558, [https://www.aerzteblatt.de/pdf.asp?id=145287].

Arzt war Spiess mit der Prüfung des von dem Lungenfacharzt Paul Troch entwickelten und von der Braunschweiger Firma Buchler &Co produzierten Präparates an Kindern und Jugendlichen befasst.[74] Nachdem er aber in zunächst durchgeführten In-vitro-Versuchen und Tierexperimenten keine positiven Wirkungen habe feststellen können, habe er sich nach eigenen Angaben gegen eine weitere Prüfung ausgesprochen.[75] Dennoch wurde das Präparat unter anderem an 217 Kindern und Jugendlichen getestet.[76] Auch als Spiess schließlich die schädigende Wirkung des Präparates im Tierversuch nachweisen konnte, wurden die Warnungen zunächst ignoriert, bevor die Versuche an den Heranwachsenden schließlich eingestellt wurden.[77] Spiess selber untersuchte die Langzeitschäden des Präparates im Laufe von mehr als 60 Jahren. So konnte nach seinen Aussagen bei einer im Jahr 1955 an 49 der mit Peteosthor behandelten Heranwachsenden durchgeführten Nachuntersuchung festgestellt werden, dass sich bei elf der Kinder ein Geschwulstleiden (vornehmlich Knochensarkome) entwickelt hatte, an dem bereits neun der Kinder verstorben waren. „Daneben wurde bei den meisten Kindern eine deutliche Wachstumshemmung festgestellt."[78] Bei zwölf Prozent der behandelten Heranwachsenden traten Zahnabbrüche auf.[79] Bei den ehemaligen juvenilen Probandinnen trat vermehrt Brustkrebs auf, auch zeigten sich Organschäden und Chromosomenveränderungen.[80] Der Vergleich mit einer nicht mit dem Präparat behandelten Kontrollgruppe zeigte einen signifikanten Zusammenhang zwischen den Schäden und dem Präparat.[81]

Weitere Beispiele für Arzneimittelversuche an Verschickungskindern liefern Publikationen aus der Kinderrheumaklinik Garmisch-Parten-

[74] Vgl. ebd., S. 1556.
[75] Vgl. ebd., S. 1556f.
[76] Vgl. ebd., S. 1557.
[77] Vgl. ebd.
[78] Ebd.
[79] Vgl. ebd.
[80] Vgl. ebd., S. 1558.
[81] Vgl. ebd.

kirchen, die von 1950 bis 1975 unter der Leitung von Prof. Elisabeth Stoeber stand. Bei einer Publikation handelt es sich um eine Veröffentlichung der Medizinerinnen Elisabeth Stoeber und Lore Sänger aus dem Jahr 1971 in der Zeitschrift Arzneimittel-Forschung.[82] Darin beschreiben die Autorinnen den langfristigen Einsatz des antirheumatischen Wirkstoffes „Indometacin“ bei 242 Kindern im Alter von 2 ¼ bis 18 Jahren ab Mai 1964. Das Präparat kam jedoch erst 1965 auf den Markt.[83] In einer weiteren Publikation beschreibt der Mediziner Dr. Gert Kölle im Jahr 1969 die Untersuchung der blut- und knochenmarkschädigenden Nebenwirkungen des Präparates Azathioprin an 30 Kindern der Einrichtung.[84] Dafür wurden neben der Kontrolle des Blutstatus an „17 Patienten 30 Knochenmarkspunktionen, in neun Fällen mit vorausgehender Vergleichsuntersuchung“, vorgenommen. Das Präparat war zu dem Zeitpunkt des Einsatzes anscheinend schon auf dem Markt. Offensichtlich handelte es sich bei der Verabreichung der beiden Präparate um einen therapeutischen Einsatz. Die Verabreichung des Indometacins vor Markteinführung und die explizite Überprüfung der blut- und knochenmarkschädigenden Nebenwirkungen des Azathioprin mittels Knochenmarkspunktionen zeigen aber gleichzeitig einen eindeutigen Versuchscharakter.

Über die Prüfung von Arzneimitteln für die jeweilige Fachrichtung der Einrichtung hinaus, kann auch, wie bereits gezeigt wurde, die Prüfung von Anthelmintika (Präparate gegen Wurminfektionen) belegt werden. So wurde beispielsweise in dem Kinderkurheim Wolferts/Rhön die optimale Dosierung des Präparates Contaverm® (Wirkstoffe: Phenothiazin und Phenolphthalein), das gegen eine Infektion mit Madenwürmern wirksam sein sollte, an „3–14-Jährigen unterernährten,

[82] Elisabeth Stoeber / Lore Sänger, Erfahrungen mit Indometacin in der Langzeittherapie der juvenilen rheumatoiden Arthritis, in: Arzneimittel-Forschung, 21 (1971), 11, S. 1865–1866.

[83] Wolf-Dieter Müller-Jahncke / Christoph Friedrich / Ulrich Meyer, Arzneimittelgeschichte, Stuttgart^{2} 2005, S. 139.

[84] Gert Kölle, Knochenmarksschädigung bei immunsuppressiver Therapie der juvenilen rheumatoiden Arthritis und des Still-Syndroms mit Azathioprin, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift, 94 (1969), 44, S. 2268–2273.

überempfindlichen, anfälligen, nervösen und tbc.-gefährdeten Kindern" erprobt.[85] Die optimale Dosierung sollte bei einer guten Wirksamkeit eine möglichst geringe Nebenwirkung, hier die Verminderung des Hämoglobin-Wertes, aufweisen.

Ethische und rechtliche Einschätzung der Ergebnisse

Für eine rechtliche und ethische Einschätzung sind die Umstände etwaiger Verabreichungen oder Prüfungen von Arzneimitteln in den Einrichtungen zu untersuchen und vor dem Hintergrund zeitgenössischer Bestimmungen zu betrachten. Bereits im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf die körperliche Unversehrtheit sowie die Unantastbarkeit der Würde des Menschen garantiert. Zudem galt auch zum damaligen Zeitpunkt nach dem Strafgesetzbuch ein ärztlicher Eingriff ohne eine Einwilligung als eine Körperverletzung. Dies bezog sich auch auf die Verabreichung von Medikamenten. Ebenso verlangten die „Richtlinien für neuartige Heilbehandlung und für die Vornahme wissenschaftlicher Versuche am Menschen" des Reichministeriums des Inneren von 1931 eine Informierung und Einwilligung der Probanden vor Versuchsbeginn. Über die Rechtskraft und weitere Gültigkeit dieser Richtlinien in der BRD findet man zwar in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Angaben, sie scheinen jedoch im wissenschaftlichen Diskurs der jungen Bundesrepublik zumindest präsent gewesen zu sein. Mit dem Nürnberger Kodex von 1947, der im Rahmen des Nürnberger Ärzteprozesses verabschiedet wurde und der Deklaration von Helsinki des Weltärztebundes aus dem Jahr 1964 gab es zudem ethische Richtlinien für medizinische Versuche am Menschen. Auch diese Richtlinien verlangten u. a. eine informierte Einwilligung vor Versuchsbeginn. Während der Nürnberger Kodex nicht auf die Problematik nicht einwilligungsfähiger Personen wie Kinder eingeht, müssen hier nach der

[85] Heinrich Eucker, Zur Dosierung des Phenothiazins bei der Behandlung der Oxyuriasis, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift, 75 (1950), 11, S. 361–363.

Deklaration von Helsinki die Eltern bzw. die gesetzlichen Vertreter einem Versuch zustimmen.

Für eine ethische und rechtliche Bewertung ist zudem von Bedeutung, inwiefern es sich um einen therapeutischen Versuch handelte, das Präparat also zur Behandlung für eine bestimmte Erkrankung eingesetzt wurde, oder ob keine medizinische Indikation für die Verabreichung des Versuchspräparates vorlag. Bereits in den Richtlinien des Reichsministeriums des Inneren von 1931 wie auch der Deklaration von Helsinki des Weltärztebundes von 1964 wurde zwischen therapeutischen und wissenschaftlichen bzw. nicht-therapeutischen Versuchen an Menschen unterschieden. Nicht-therapeutische Versuche dienen in Abgrenzung zu therapeutischen Versuchen ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken. Bei therapeutischen Versuchen kann ein direkter Nutzen für die Probanden erwartet werden, der gegen die Risiken der Präparate abzuwägen ist. Bei einem rein wissenschaftlichen Versuch gibt es keinen direkten Nutzen für die Probanden, aber eventuell für spätere Patienten. Nach der Deklaration von Helsinki ist Forschung an Kindern und Jugendlichen nur bei einem direkten Nutzen für diese zulässig.

Bei den Prüfungen entsprechender Arzneimittel bei tuberkulose- und rheumakranken Kindern handelte es sich offensichtlich um therapeutische Versuche. Die Kinder konnten also einen Nutzen von den Prüfungen haben, der gegen die zu erwartenden Risiken abzuwägen gewesen wäre. Inwieweit eine solche Abwägung jeweils vor Prüfbeginn durchgeführt wurde, kann nur für jede einzelne Prüfung betrachtet werden. Im Falle der Prüfung des Tuberkulospräparates durch Catel hat es offensichtlich keine hinreichende Abwägung gegeben. Auch nachdem schon einige Kinder gestorben waren, setzte Catel die Prüfungen fort, worauf weitere Kinder starben.[86] Die Prüfung des Präparates Peteosthor wurde begonnen, obwohl es keine positiven Anzeichen für eine Wirksamkeit gab. Nachdem im Tierversuch eine schädigende Wirkung nachgewiesen werden konnte, wurde der Versuch

[86] Vgl. Gerst, Catel (wie Anm. 66).

nicht umgehend abgebrochen. Für die anderen in diesem Beitrag erwähnten therapeutischen Versuche können keine Angaben über eine prospektiv durchgeführte Nutzen-Risiko-Abwägung gegeben werden, da bisher zu wenige Informationen vorliegen. Bei der Prüfung von Thalidomid (Contergan®) lag offensichtlich keine medizinische Indikation zur Durchführung der Prüfung vor. Das Präparat wurde heimwehkranken und unruhigen Kindern verabreicht.

Inwieweit zu den Prüfungen Einwilligungen der Eltern eingeholt wurden, bzw. diese überhaupt über die Verabreichung eines Prüfpräparates informiert und aufgeklärt wurden, kann bislang nicht gesagt werden. Lediglich für die Prüfung des Tuberkulosepräparates Thiosemicarbazon durch Catel ist bekannt, dass dieser keine Einwilligung eingeholt hatte.[87]

So kann auf der Grundlage der Forderungen nach einer Nutzen-Risiko-Abwägung und einer informierten Einwilligung für die Prüfungen der Präparate Thiosemicarbazon und Peteosthor gesagt werden, dass sie damaligen ethischen und rechtlichen Standards nicht genügten. Zu den weiteren bisher gefundenen Prüfungen kann auf der Grundlage des jetzigen Wissensstandes keine Aussage in Bezug auf die Einhaltung derartiger Standards gemacht werden.

Neben den dokumentierten Nebenwirkungen und Todesfällen durch die Präparate sind auch mögliche Langzeitfolgen von Bedeutung. Gezeigt werden konnte eine medikamentöse Sedierung von Verschickungskindern mit Tranquilizern. Diese Präparate können zu einer Abhängigkeit führen. In Kinderheimen wurden Heranwachsenden zur Sedierung auch Neuroleptika wie Megaphen® verabreicht. Neuroleptika können zu akuten Nebenwirkungen wie Krämpfen und parkinsonartigen Bewegungsstörungen und Langzeitnebenwirkungen wie Diabetes mellitus, Herzinfarkten und Schlaganfällen und ebenfalls parkinsonartigen Bewegungsstörungen führen. Ob auch diese Art von Medikamenten zur Sedierung in Kinderkur- oder -erholungsheimen

[87] Vgl. ebd.

eingesetzt wurden, und es somit zu lebenslangen Folgeschäden gekommen sein könnte, gilt es zu untersuchen.

Schließlich sei zur rechtlichen und ethischen Einschätzung der Ergebnisse hier noch verdeutlicht, dass es offensichtlich nicht nur möglich war, bestehende rechtliche und ethische Standards bei der Prüfung von Arzneimitteln in Kinderheilstätten zu umgehen. Im Zweifelsfall konnte es zudem straffrei bleiben, wie der Fall Catel zeigt. Sein mangelndes Unrechtsbewusstsein wird dadurch deutlich, dass er zur Prüfung des Thiosemicarbazons an den Kindern in der Mammolshöhe mehrere Publikationen verfasst hat.[88] Sogar zwei der Todesfälle führte er hier auf.[89] Zugleich lassen die Publikationen darauf schließen, dass Catel nicht befürchtete, rechtlich für die Versuche belangt zu werden. Auch eine Äußerung Catels gegenüber einer den Versuchen kritisch gegenüber stehenden Ärztin der Mammolshöhe zeigt seine Unbesorgtheit: „Beschweren Sie sich nur, ich habe die ganze Regierung hinter mir."[90] Diese Einschätzung Catels bewahrheitete sich insofern, als für die Medizinalabteilung im hessischen Innenministerium der Fall Ende 1947 ohne Konsequenzen für den Mediziner erledigt war.[91] Offenbar hatte ihm dieselbe Behörde zuvor die ärztliche Leitung der Mammolshöhe übertragen.[92] Obwohl Catel maßgeblich an der Tötung behinderter Kinder während der NS-Zeit beteiligt war, ist er 1949 von der Anklage des Mordes freigesprochen worden. Catel mag ein Extrembeispiel sein, aber auch andere Mediziner und Medizinerinnen konnten ihre Versuche an Verschickungskinder offenbar ohne negative Folgen in Fachzeitschriften publizieren. Weder die RedakteurInnen noch LeserInnen scheinen Anstoß an den Versuchen genommen

[88] Z. B. Werner Catel, Über die Behandlung der kindlichen Tuberkulose mit Thiosemicarbazon (Tb I), in: Der Tuberkulosearzt, 3/3 (1949), S. 160.

[89] Werner Catel, Über die Behandlung der kindlichen Tuberkulose mit Thiosemicarbazon (T.B.I 698/E), in: Deutsche Medizinische Wochenschrift, 74 (1949), 4, S. 118–121, hier S. 119.

[90] Schreiben von Dr. med. habil. Erwin Santo an den Vorsitzenden der Ärztekammer Frankfurt a. M., Dr. Franz Mündel, vom 3. August 1947, Nachlaß Oelmann (Anm. 1). Zitiert nach Gerst, Catel (wie Anm. 66), S. 107.

[91] Vgl. Gerst, Catel (wie Anm. 66), S. 107.

[92] Beddies, Einführung (wie Anm. 70), S. 155.

zu haben. So wird hier ein Versäumnis sowie eine Mitverantwortung der Politik sowie des Berufsstandes deutlich. Ein entsprechendes Verhalten konnte bereits bei Arzneimittelprüfungen an Heimkindern beobachtet werden.[93]

Vergleich Kinderverschickung – Heimerziehung

Vergleicht man das gegenwärtige Wissen zu den sozialen und ökonomischen Bedingungen und zu der persönlichen Situation der Verschickungskinder mit entsprechenden Forschungsergebnissen in Bezug auf die ehemaligen Heimkinder,[94] so finden sich einige Unterschiede, aber auch Parallelen.

Wesentliche Unterschiede sind die in der Regel kürzere Aufenthaltsdauer der Verschickungskinder in den Einrichtungen, der Einweisungsgrund, die Träger der Einrichtungen und der Hintergrund der Einweisenden. Bei Heimkindern erfolgte die Einweisung in der Regel durch einen Antrag des Jugend- oder Landesjugendamtes und aufgrund eines Beschlusses durch das Vormundschaftsgericht.[95] Bei Verschickungskindern erfolgte sie aufgrund einer ärztlichen Diagnose. Heimkinder kamen in der Regel aus sozial schwachen Familien, galten als „verwahrlost“ oder von „Verwahrlosung bedroht“, und oftmals war den Eltern das Sorgerecht entzogen worden.[96] Demgegenüber kamen Verschickungskinder offenbar bevorzugt aus der Arbeiterklasse. Dies kann aus der Forderung der Mediziner Nitsch und Hartung in Bezug auf die Verschickung abgeleitet werden, dass „jedes Stadtkind, sicher aber jedes Großstadtkind“, einmal im Jahr Gelegenheit haben müsse, „aus dem Dunstkreis der Stadt in die freie Landschaft fahren zu können, um sich hier einige Wochen auszutoben“.[97] Heimkinder

[93] Vgl. Wagner, Arzneimittelversuche (wie Anm. 7), S. 210.

[94] Z. B. Kuhlmann, Menschen (wie Anm. 34) und Roelcke, Erbbiologie (wie Anm. 42).

[95] Vgl. RTH (2010) Abschlussbericht des Runden Tisches „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“, [http://www.rundertisch-heimerziehung.de/documents/Abschlussbericht_rth-1.pdf], S. 4.

[96] Vgl. Kuhlmann, Menschen (wie Anm. 34), S. 23 und 27.

[97] Nitsch / Hartung, Klimakuren (wie Anm. 22), S. 49.

sollten für eine längere Zeit von der Gesellschaft separiert werden[98] und erfuhren dadurch eine Exklusion sowie durch den destruktiven Umgang mit ihnen in den Einrichtungen eine „Antisozialisation“,[99] während Verschickungskinder durch eine kurzzeitige Verschickung eine körperliche Roborierung und damit offensichtlich eine bessere Integration in die Gesellschaft erfahren sollten.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Heimsystem und dem Verschickungssystem scheint der zu sein, dass letzteres offenbar nicht im Einflussbereich der epistemischen Gewalt (s. o.) der rassenhygienisch orientierten heilpädagogischen Ärzte lag (eine Ausnahme stellte allerdings der Mediziner Werner Catel dar, der an Tötungsaktionen in der NS-Zeit beteiligt war). Wie in dem oben mehrfach zitierten Buch von Nitsch und Hartung zu „Klimakuren bei Kindern zur Behandlung von Konstitutionsschwächen“[100] durchgehend sichtbar, wird in der zeitgenössischen Literatur einem positiv sozial-kulturellen Milieu mehr Gewicht beigemessen als der erblichen „Konstitution“. Für das Betreuungspersonal in den Einrichtungen scheinen diese unterschiedlichen Sichtweisen aber keinen Unterschied gemacht zu haben. Sowohl ehemalige Heimkinder wie auch Verschickungskinder berichten über entwürdigendes und partiell gewaltsames Handeln ihnen gegenüber.

Eine Parallele im Umgang mit den Verschickungskindern und den Heimkindern scheint der Einsatz sedierender Arzneimittel zu sein. In beiden Fällen diente der Einsatz der Präparate sicherlich der Aufrechterhaltung der institutionellen Strukturen der Einrichtungen. Ähnlich wie ehemalige Heimkinder berichten Betroffene über ihren Aufenthalt in Erholungsheimen, dass sie im Falle einer tatsächlichen Erkrankung nicht medizinisch betreut wurden. So wären sie beispielsweise, wenn sie hohes Fieber gehabt hätten, zwar isoliert worden, aber sie

[98] Vgl. Ulrike Winkler, Drinnen und Draußen. Die Rotenburger Anstalten und die Stadt Rotenburg als Sozialräume, in: Karsten Wilke / Hans-Walter Schmuhl / Sylvia Wagner / Ulrike Winkler, Hinter dem grünen Tor. Die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission, 1945–1975, Bielefeld 2018, S. 151–208, hier S. 155–160.

[99] Vgl. hierzu Bruckermann et al., Operationalisierbarkeit (wie Anm. 7), S. 140f.

[100] Nitsch / Hartung, Klimakuren (wie Anm. 22).

seien nicht ärztlich untersucht worden und hätten keine entsprechenden Medikamente erhalten. Dieses widersprüchliche ärztliche Verhalten – gesunde Kinder werden aufgrund einer medizinischen Diagnose verschickt, aber wenn sie tatsächlich krank sind, erhalten sie keine medizinische Versorgung – veranschaulicht, dass es sich bei der Verschickung, ähnlich wie bei der Einweisung von Heimkindern aufgrund von Verwahrlosung oder drohender Verwahrlosung, nicht um eine medizinische Maßnahme, sondern um die Medikalisierung eines sozialen Phänomens handelte. Dies bedeutet die Vereinnahmung einer sozialen Problematik durch die Medizin bzw. Mediziner, wie weiter oben im Zusammenhang mit der Diskussion sozioökonomischer Dispositionen der Sozialen Medizin bereits angesprochen. Entsprechend sahen auch Nitsch und Hartung in der „Erholungsverschickung kein gesundheitspolitisches, sondern in erster Linie ein sozialpolitisches Problem".[101]

So wie letztlich mit der Medikalisierung hinter den unterschiedlichen Einweisungsgründen bei Verschickungskindern und Heimkindern ein gemeinsames Motiv gesehen werden kann, kann man bei näherer Betrachtung hinter den vordergründigen Differenzen weitere Parallelen entdecken. So führte, wie oben geschildert, die Einweisung in ein Heim zu einer Exklusion aus der Gesellschaft, während eine Verschickung offenbar das Ziel einer besseren Integration in die Gesellschaft verfolgte. Heimkinder galten als Verwahrloste oder von Verwahrlosung bedroht. Diese Heranwachsenden wurden aus ökonomischen Gründen mit möglichst geringen wirtschaftlichen Mitteln längerfristig „verwahrt"[102] und so die Familien der vermeintlich „Minderwertigen"[103] auseinandergerissen bzw. deren Strukturen zerstört.

Im Gegensatz zu dieser Exklusion, als Summe individuell und sozial destruktiver Wirkungen in der damaligen Heimerziehung erscheint die Verschickung auf den ersten Blick als Inklusion und sozioökono-

[101] Ebd., S. 49.

[102] Vgl. hierzu Roelcke, Erbbiologie (wie Anm. 42), S. 462.

[103] Vgl. hierzu Martin Holtkamp, Werner Villinger (1887–1961). Die Kontinuität des Minderwertigkeitsgedankens in der Jugend- und Sozialpsychiatrie, Husum 2002.

misch konstruktiv: Wie weiter oben bereits angesprochen, wirkte die temporäre Herausnahme aus der Familie roborierend auf den Heranwachsenden in seiner Funktion als zukünftige Arbeitskraft, die temporär entlastende Wirkung auf die Familie förderte zugleich die Arbeitskraft des für die damalige fordistische Produktionsweise typischen Alleinverdieners.

Diese Hypothese sollte auf der Grundlage einer zukünftig größeren Datenbasis überprüft werden. Für diese Hypothese spricht z. B. die historische Analyse der Pädagogin Maria Wolf, die feststellt, dass die Kindheit im Verlauf des 20. Jahrhunderts zunehmend politisiert und ökonomisiert wurde.[104] Die physische und mentale Gesundheit der Kinder wurde als ökonomische Ressource des Staates im Sinne von dessen wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit entdeckt.[105] Aus dieser Perspektive ergab sich mit der Verschickung ein gesellschaftlich-ökonomischer Nutzen. Entsprechend heißt es in einem medizinischen Fachbuch über die Verschickung von Kindern aus dem Jahr 1964: „Die Tatsache, dass unsere Kinder in absehbaren Jahren unsere Geschicke lenken, sollte keinen Zweifel über die Notwendigkeit der Gesunderhaltung unserer Jugend aufkommen lassen."[106]

Diese Überlegungen verweisen auf ökonomische Wirkparameter sowohl bei der gesellschaftlichen „Exklusion" der Heimkinder wie bei der „Inklusion" der Verschickungskinder. Auf ökonomische Ziele ausgerichtetes Denken, wenn es um die Entwicklung von Kindern und Heranwachsenden geht, steht aber grundlegend im Widerspruch zu einem auf das Kindeswohl hin ausgerichteten Handeln. Die ausführlichen Untersuchungen an ehemaligen Heimkindern und die gerade begonnenen Analysen der Bedingungen, unter denen Verschickungskinder leben mussten, lassen eine zukünftig unter Verwendung weiteren empirischen Materials zu testende Hypothese formulieren, dass

[104] Vgl. Wolf, Arbeiterkind (wie Anm. 26).

[105] Vgl. hierzu Maria A. Wolf, Kinder als organisches Kapital des Staates. Aspekte einer Eugenisierung von Kindheit 1900–1938, Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 25 (2014), 1/2, S. 117–127.

[106] Kleinschmidt, Durchführung (wie Anm. 14), S. 53.

es den Akteuren in beiden Kategorien von Heimen nicht um das Kind bzw. dessen Gesundheit ging, sondern nur um dessen ökonomischen Nutzen bzw. Schaden.

In der Forschung zu dem Phänomen Heimerziehung der 1950er bis 1970er Jahre ist bereits deutlich geworden, dass die kurzfristige oder längerfristige Herausnahme des Kindes aus seinem primären gesellschaftlichen Subsystem, der Familie, das praktizierte Mittel für den gesellschaftlichen Nutzen war. Das Kind war Objekt dieser familien- und/oder gesellschaftsstabilisierenden Funktion. Es war für die Zeit des Heimaufenthaltes nicht als vollwertiger Teil der Gesellschaft definiert. Das spiegelte sich in der dort herrschenden zwischenmenschlichen Atmosphäre wieder sowie in dem weitgehenden Vorenthalten von kindgerechter Unterstützung.

Aus den bisherigen Eigenberichten ehemaliger Verschickungskinder geht ähnliches hervor. Der Umgang mit den Verschickungskindern wie mit den Heimkindern war gewaltförmig. Hierzu gehören auch der Einsatz medizinisch nicht indizierter sedierender Arzneimittel sowie die Durchführung rechtlich und ethisch fragwürdiger Arzneimittelprüfungen, was als medikamentöse Gewalt bezeichnet werden kann.[107] Der gewaltförmige Umgang war ausgerichtet auf das Ziel des Sich-Einpassens und damit auf die Funktionalität der Institution.[108]

Als ein weiteres Beispiel der Gewalt kann der Zwang, Erbrochenes aufessen zu müssen, dienen. Diese die Würde des Kindes missachtende und verletzende Praxis, die in der Heimerziehung und – nach den bisher unsystematisch akkumulierten Berichten Betroffener – ebenso in der Verschickungspraxis weit verbreitet war, wirft ein Licht auf das Menschenbild der Akteure in den Einrichtungen. Es lässt „biologisti-

[107] Vgl. hierzu Wagner, Arzneimittelprüfungen (wie Anm. 44), S. 189.

[108] Vgl. hierzu Erving Goffman, Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt a. M.[20] 2016, und Jürgen Eilert, Psychologie der Menschenrechte. Menschenrechtsverletzungen im deutschen Heimsystem (1945–1973), Göttingen 2012.

sche Deutungen sozialer Devianz“[109] und die Auffassung einer „psychopathischen Minderwertigkeit“[110] in Bezug auf die Kinder erkennen.

Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten eugenisch orientierte Psychiater die Fürsorgeerziehung mit ihren Anschauungen dominiert.[111] Die von einem strengen Befehlston dominierte Kommunikation in den Einrichtungen war wenig wertschätzend und nicht empathisch. Dies liegt in der langen Tradition der „rassenhygienischen bzw. degenerationstheoretischen Lehre vom Zusammenhang zwischen Körper, Konstitution und Charakter bzw. Wert und Minderwert“[112] entwickelten Praktiken und Einstellungen zu den Betroffenen begründet. Dass sich diese Art der Kommunikation trotz der in den 1970er Jahren begonnenen Reformen im Heimsystem und offenbar auch in der Verschickungspraxis bis weit in die 1980er Jahre halten konnte, ist damit zu erklären, dass diese Reformen das Erziehungspersonal in den Einrichtungen erst mit erheblicher Verzögerung erreicht hatten, wie Sieder ausführt: „Eine Erziehergeneration nach der anderen übernahm von ihren älteren Kollegen und Kolleginnen Praktiken der Gewalterziehung und kolportierten sie innerhalb der Erziehercliquen.“[113]

In dieses System des Zwangs und der Entwertung grundlegender Rechte passt sich das Mittel der „medikamentösen Ruhigstellung“ als eine weitere Methode ein. Hier bestand zwischen den Verschickungs- und Heimkindern lediglich ein gradueller Unterschied durch die Dau-

---

[109] Wolfgang Rose / Petra Fuchs / Thomas Beddies, Anlage oder Erziehung? „Psychopathische“ Kinder in der Weimarer Republik, in: Virus. Beiträge zur Sozialgeschichte der Medizin, 17 (2018), S. 17, 57–70, hier S. 60.

[110] Petra Fuchs / Wolfgang Rose, Kollektives Vergessen: Die Diagnose Psychopathie und der Umgang mit dem schwierigen Kind im Verständnis von Franz Kramer und Ruth von der Leyen, in: Fangerau / Topp / Schepker, Kinder- und Jugendpsychiatrie (wie Anm. 70), S. 187–208, hier S. 193.

[111] Vgl. Manfred Kappeler / Sabine Hering, Eine Einführung zur Geschichte der Kindheit und Jugend im Heim, [http://www.stiftungwaisenhaus.de/wp-content/uploads/pdf/gdkih/GdKiH_Broschuere2017.pdf], S. 8. Nachdem 1906 der „AFET“ (Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag) als Fachorganisation für den Bereich der gesamten Anstaltserziehung gegründet worden war, setzten sich auf den von der Organisation veranstalteten Tagungen eugenisch orientierte Psychiater mit ihren Auffassungen durch.

[112] Sieder, Diskurse (wie Anm. 33), S. 51.

[113] Ebd.

er der Aufenthalte in den Einrichtungen. Bei den Arzneimittelprüfungen zeigt sich ein Unterschied zunächst dahingehend, dass bei den Heimkindern bislang keine Prüfung gefunden werden konnte, bei der ein erwarteter direkter Nutzen für die Betroffenen eindeutig zu erkennen war.[114] Sie waren Probanden und Objekte der Prüfungen.[115] Dies entspricht ihrem sozialen Status als „psychopathisch Minderwertige", die aus der Gesellschaft zu exkludieren waren. Bei den Verschickungskindern in Heilstätten[116] handelte es sich demgegenüber in der Regel um PatientInnen. Sie konnten von den Prüfungen eventuell direkt profitieren und so eine Aussicht auf eine bessere Inklusion in die Gesellschaft erfahren.[117] Letztlich kann auch dies wieder, über den oben angesprochenen vermeintlichen ökonomischen Nutzen der Exklusion / Inklusion hinaus, in Entsprechung zu den Heimkindern gesehen werden. Die Prüfung von Arzneimitteln an Heimkindern brachte sowohl den Institutionen einen ökonomischen Nutzen – sie konnten durch den Einsatz der geprüften Präparate die institutionellen Strukturen mit geringeren wirtschaftlichen Mitteln aufrechterhalten – wie auch dem jeweiligen pharmazeutischen Unternehmen einen wirtschaftlichen Vorteil.[118] Auch bei der Prüfung von Arzneimitteln in Kinderheilstätten konnten die Institutionen profitieren, sicherlich auch die pharmazeutischen Unternehmen und, im Gegensatz zu den Heimkindern, auch die Betroffenen. Dieser mögliche Nutzen für die Betroffenen ist jedoch nicht unbedingt einer höheren Wertschätzung des Verschickungskindes als individueller Person geschuldet, wie man aus den eingegangenen unkalkulierbaren Risiken, den eingetretenen Schäden und Todesfällen in dieser Gruppe

[114] Vgl. Wagner, Arzneimittelprüfungen (wie Anm. 44), S. 171 und 173, und Wagner, Kapitel (wie Anm. 7), S. 106.

[115] Vgl. Wagner, Arzneimittelprüfungen (wie Anm. 44), S. 189.

[116] Wie geschildert, konnten Arzneimittelprüfungen in Erholungseinrichtungen bisher nicht sicher nachgewiesen werden.

[117] Die Fragen der Nutzen-Risiko-Abwägung sowie der Einwilligung und damit der ethischen und rechtlichen Bewertung bleibt davon jedoch unberührt und ist für jede Prüfung gesondert zu untersuchen.

[118] Vgl. Wagner, Arzneimittelprüfungen (wie Anm. 44), S. 179–182.

ablesen kann, sondern kann auch nur als ein positiver „Zusatzeffekt“ für die tatsächlich erkrankten Verschickungskinder in den Heilstätten interpretiert werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Dieser Beitrag versteht sich als eine erste Betrachtung des Themas des Einsatzes sedierender Arzneimittel und der Arzneimittelprüfungen bei Verschickungskindern. Zu dem Einsatz „ruhigstellender“ Medikamente bei Verschickungskindern, die in Kindererholungsheimen und Kinderheilstätten untergebracht waren, fanden sich neben Eigenberichten der Betroffenen Hinweise in der zeitgenössischen Literatur. Arzneimittelprüfungen in Kindererholungsheimen konnten bislang nicht sicher belegt werden.

Jedoch fanden sich in der Literatur Nachweise über Medikamentenstudien an Heranwachsenden, die in Kinderheilstätten verschickt worden waren. Diese Befunde wurden, soweit möglich, nach rechtlichen und medizinethischen Kriterien beurteilt. In einer vergleichenden Darstellung dieser ersten Ergebnisse zum Thema der Vergabe sedierender Arzneimittel und der Arzneimittelprüfungen bei Verschickungskindern mit den entsprechenden Forschungsergebnissen der Heimerziehung der 1950er bis 1970er Jahre wurden Gemeinsamkeiten in der Motivation und Durchführung medikamentöser Sedierung und der Medikamentenprüfungen gefunden.

Nach dieser aktuellen Bestandsaufnahme zum Thema der sedierenden Arzneimittel und Arzneimittelprüfungen in Kindererholungsheimen und Kinderheilstätten in der BRD ist auf mögliche anschließende Arbeiten und Folgerecherchen hinzuweisen. Die bisherigen Rechercheergebnisse und die Bezugnahme auf die Forschung zu dem System Heimerziehung der 1950er bis 1970er Jahre machen deutlich, dass eine systematische Untersuchung der Thematik erfolgversprechend und notwendig ist. Prospektiv kann gesagt werden, dass für eine weitere Aufarbeitung der Arzneimittelproblematik entsprechend der Aufarbeitung bei ehemaligen Heimkindern auch für die Verschi-

ckungskinder als Quellen vor allem medizinische Fachzeitschriften genutzt werden können.[119] Auch Recherchen zu einzelnen Einrichtungen könnten nutzbringend sein. Eventuell gibt es noch Heimakten von Betroffenen, die Aufschluss über das Schicksal der Heranwachsenden geben. Verwaltungsakten könnten Auskunft über Art und Menge der in einer Institution eingesetzten Medikamente geben. Wichtig wäre zudem, dass möglichst viele Betroffene von ihren Erfahrungen berichten. Eventuell könnten auch noch andere Zeitzeugen, wie Pflegepersonal oder Ärztinnen und Ärzte befragt werden.

Vergleichend kann zu den Systemen der Heimerziehung und der Kinderverschickung gesagt werden, dass sie sich in einem Punkt erheblich unterschieden: Hinweise auf direkt rassenhygienisch motiviertes ärztlichen Handeln im System der Kinderverschickung fanden sich in der Literatur und in den Betroffenenberichten nicht. Ähnlichkeit mit dem System Heimerziehung bestand aber darin, dass häufig über entwürdigende und gewaltsame Umgangsformen durch das Aufsichts- und Pflegepersonal berichtet wurde. Dies kann als Merkmal einer bis in die 1990er Jahre nachwirkenden epistemischen Gewalt (s. o.) gewertet werden, einer über Generationen von Pflegekräften und ErzieherInnen tradierten Einstellung dem (kurz- oder längerfristig) überantworteten Kind gegenüber. Die historischen Wurzeln dieses Phänomens und des hier in Erscheinung tretenden Menschenbildes wurde in einer vorläufigen Weise medizinhistorisch abgeleitet. Dies bedarf aber, wie auch die anderen auf das Thema Verschickungskinder bezogenen theoretischen Erwägungen dieser Arbeit, der Überprüfung anhand einer zukünftig gesicherteren empirischen Basis. Weiterhin konnte bei einer vergleichenden Betrachtung der soziohistorischen Entwicklung des damaligen Heimerziehungswesens und der Verschickung eine sozioökonomische Dichotomie der Exklusion aus der Gesellschaft (Heimerziehung) vs. Inklusion in die Gesellschaft (Verschickung) herausgearbeitet werden.

[119] Vgl. hierzu Wagner, Arzneimittelprüfungen (wie Anm. 44), S. 45–56.

Zwischen beiden Phänomenen zeigen sich zwei wesentliche Parallelen: die Zuschreibung der Betroffenen als mehr oder weniger minderwertig und das Hineinwirken materieller und hegemonialer staatlich-administrativer Interessen in die Institutionen. Vor diesen Hintergründen wundert es nicht, dass die Problematik der Verschickungskinder, entsprechend der Heimkinderthematik, von einer langen Nichtbeachtung und Verdrängung geprägt war bzw. ist. Dies gilt es zu ändern.

Simon Schaupp

Jenseits der Austeritätsökologie. Einführung in eine Umweltpolitik von unten*

Die ökologische Krise ist in aller Munde. Weltweit überschlagen sich Nachrichten von Katastrophen infolge des menschengemachten Klimawandels. Angesichts dessen ist „Nachhaltigkeit" zu einer allgemeinen ethischen und politischen Maxime geworden, die in Frage zu stellen nur noch die rückständigsten Populist*innen wagen. Gleichzeitig ist der Begriff weitgehend entleert und kann scheinbar mit beinahe beliebigem Inhalt gefüllt werden.[1] Hauptsächlich aber konkretisiert er sich in Appellen an einen Konsumverzicht und die unternehmerische Verantwortung, ergänzt um einige fiskalische Initiativen in Form von Ökosteuern und Emissionshandel, an deren Wirksamkeit aber niemand wirklich zu glauben scheint. Trotz der unbestreitbaren Dringlichkeit des Problems finden sich für diese Maßnahmen keine gesellschaftlichen Mehrheiten. Dieser Artikel argumentiert, dass dies vor allem daran liegt, dass der dominante Nachhaltigkeitsdiskurs zu großen Teilen ein Elitenprojekt ist, das blind ist für die Klassenimplikationen seiner Strategien. Auch die sozialwissenschaftliche Forschung zum Thema Nachhaltigkeit und soziale Ungleichheit hat sich vor allem der Analyse umweltbezogener Wertpräferenzen, Einstellungsmuster und Verhaltensweisen verschrieben, während hingegen die ungleiche Verteilung von Nutzungs- und

* Ich bedanke mich herzlich bei Sarah Graber Majchrzak, Georg Jochum und Philipp Frey für wertvolle Hinweise.

[1] Damit ist gleichwohl nicht gesagt, dass der Begriff über Bord geworfen werden muss. Vielmehr gilt es zu betonen, dass es sich um einen „leeren Signifikanten" handelt, um dessen Besetzung aus verschiedensten Richtungen gerungen wird. Siehe dazu: Sighard Neckel, Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit, in: Sighard Neckel / Natalia Besedovsky / Moritz Boddenberg / Martina Hasenfratz / Sarah Miriam Pritz / Timo Wiegand (Hg.), Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umrisse eines Forschungsprogramms, Bielefeld 2018, S. 11–24.

Inwertsetzungschancen von Umweltpotenzialen selbst stark vernachlässigt wurde.[2]

Im ersten Teil des Artikels geht es deshalb um eine Kritik an der Klassenblindheit des dominanten Nachhaltigkeitsdiskurses. Diese manifestiert sich auf verschiedenen Ebenen: Erstens in Form einer Konsumethik, die aus einem spezifischen Segment der Mittelschicht entsteht und wesentlich eine Distinktionsfunktion gegenüber der Unterschicht und dem Arbeiter*innenmilieu erfüllt. Diesen wird der Vorwurf gemacht, gleichermaßen ungesund und nicht nachhaltig zu konsumieren. Zweitens wird das nachhaltige Unternehmertum als Lösung der ökologischen Krise propagiert. So gibt es kaum ein großes Unternehmen mehr, das sich nicht öffentlich zur Nachhaltigkeit bekennen würde. Trotzdem verkleinern die meisten dieser Unternehmen ihre Treibhausgasemissionen nicht nur nicht, sie vergrößern sie kontinuierlich. Das nachhaltige Unternehmertum stößt demnach strukturell an die Grenzen des kapitalistischen Wachstumszwangs. Drittens werden auf staatlicher Ebene „Nachhaltigkeitsprogramme'" aufgelegt, deren Vorschläge dem Standardrepertoire neoliberaler Krisenbewältigung entlehnt sind: der Austeritätspolitik. Im Stil klassischer Sparprogramme werden mit Ökosteuern und Privatisierungsmaßnahmen natürliche Ressourcen dem Zugriff der ärmeren Teile der Bevölkerung entzogen. So wird die Bewältigung der ökologischen Krise auf deren Schultern abgewälzt, was immer wieder Proteste wie etwa diejenigen der französischen Gelbwesten verursacht.

Der zweite Teil des Artikels stellt eine Einführung in Ansatzpunkte einer sozial-ökologischen ‚Transformation von unten' dar. Diese zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie die soziale und die ökologische Frage zusammendenken. Ein wichtiges Element einer solchen Strategie ist eine kollektive Arbeitszeitverkürzung, die sowohl den Lohnabhängigen[3] als auch der Umwelt unmittelbar zugutekommen würde. Voraus-

[2] Klaus Kraemer, Ist Prekarität nachhaltig? Nachhaltiger Konsum und die Transformation des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, in: Cordula Kropp / Katrin Vogel (Hg.), Klima von unten. Regionale Governance und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a. M. 2014, S. 173–190, hier S. 182.

[3] Als lohnabhängig gelten diejenigen Personen, die für ihr Überleben auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Darunter fallen nicht nur Arbeiter*innen, sondern auch prekäre Selb-

setzung für eine dauerhafte Lösung der sozial-ökologischen Krise ist jedoch eine Ausweitung der Demokratie auf den Bereich der Produktion. Nur dadurch kann das Wirtschaften konsequent an menschliche Bedürfnisse und ökologische Grenzen anstatt an die reine Profitmaximierung gekoppelt werden. Der letzte Abschnitt skizziert mit dem politischen Streik ein vielversprechendes Druckmittel zur Durchsetzung sozial-ökologischer Forderungen.

1. Nachhaltigkeit als Elitenprojekt

Nachhaltigkeit ist innerhalb des herrschenden neoliberalen Paradigmas zu einer zentralen ethisch-politischen Maxime geworden. Im Zentrum steht die Frage, wie Konsument*innen zu einem nachhaltigeren Verhalten gebracht werden können. Die drei dominanten Antworten darauf sind (1.) Appelle an eine individuelle Konsumethik, (2.) Appelle an die Verantwortung der Unternehmen, (3.) staatliche Preispolitiken. Im Folgenden werde ich auf die Probleme dieser drei Ansätze eingehen.

1.1. Konsumethik

Unbegrenztes Wachstum der Warenproduktion und damit des Konsums sind offensichtlich nicht mit den ökologischen Grenzen des Planeten vereinbar. Aus dieser Einsicht leitet ein großer Teil des Nachhaltigkeitsdiskurses einen allgemeinen Konsumverzicht als zentrale Forderung ab.[4] Die negativen Auswirkungen menschlichen Handelns auf die Umwelt werden im Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem als durch den individuellen Konsum verursacht gedacht. Dementsprechend wird als Lösung der Umweltkrise vor allem eine Konsumethik präsentiert.[5] Diese scheitert

ständige, Arbeitslose und indirekt Lohnabhängige, also solche Personen, die von Lohnabhängigen ernährt werden.

[4] Z. B. Bruno Kern, Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich 2019; Niko Paech, Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München 2012.

[5] Etwa mit Büchern wie: „Wir sind das Klima! Wie wir unseren Planeten schon beim Frühstück retten können“ von Jonathan Safran Foer (Köln 2019).

jedoch regelmäßig an ihren eigenen Ansprüchen. So scheint individuelles Umweltbewusstsein kaum einen Einfluss auf das tatsächliche Umweltverhalten zu haben.[6] Dieses Scheitern der Ethik des nachhaltigen Konsums lässt sich erstens dadurch erklären, dass sie sehr klassenspezifisch und damit nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung überhaupt attraktiv ist. Zweitens übersieht die Konsumethik strukturell die entscheidende Stellung der Produktion für Nachhaltigkeitsfragen.

Im Jahr 2015 wurde der Anteil der Verbraucher*innen mit einer sozial- und umweltethischen Konsumhaltung mit 12,7 Prozent beziffert.[7] Die größte Verbreitung findet die Konsumethik in einem spezifischen Segment der Mittelschicht, die das Bundesumweltamt als „kritisch-kreatives Milieu" bezeichnet.[8] Dieses Mittelschichtsegment nimmt aufgrund seiner Bildung den menschengemachten Klimawandel als reale Bedrohung war. Gleichzeitig profitiert das kritisch-kreative Milieu nur eingeschränkt von der kapitalistischen Ökonomie, empfindet aber gleichwohl Scham angesichts des Zusammenhangs zwischen ihrem relativ hohen Lebensstandard und der Ausbeutung von Mensch und Umwelt. Demgegenüber ähnelt die Nachhaltigkeitsethik, wie Georg Jochum herausstellt, den Selbstoptimierungsanforderungen der entgrenzten, subjektivierten Arbeitswelt des kritisch-kreativen Milieus.[9] Als radikale Wissenschaftler*innen, Kader in gemeinnützigen Organisationen, Journalist*innen oder Lehrkräfte haben Angehörige des kritisch-kreativen Milieus den Diskurs der Nachhaltigkeit wesentlich geprägt. Die sich daraus entwickelnde Konsumethik stellt sich dementsprechend als eine klassenspezifische Kombination von Konsumverzicht und ökologischem Distinktionskonsum dar. Es ist die eigene relative materielle Sicherheit

[6] Udo Kuckartz, Umweltbewusstsein und Umweltverhalten, dort datiert 2008, [https://www.bpb.de/izpb/8971/umweltbewusstsein-und-umweltverhalten].

[7] Statista, Anteil der Verbraucher mit ethischer Konsumhaltung in Deutschland, [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/270686/umfrage/haushalte-mit-umwelt-und-sozialethischer-konsumhaltung-in-deutschland/2016].

[8] Umweltbundesamt, Umweltbewusstsein in Deutschland 2016 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin 2017, S. 62ff.

[9] Georg Jochum, Lebensführung? Zur Transformation des Naturverhältnisses des Subjekts, in: Ders. / G. Günter Voß / Margit Weihrich (Hg.), Transformationen alltäglicher Lebensführung – Konzeptionelle und zeitdiagnostische Fragen, Weinheim 2020.

der Mittelschicht, die die schuldbeladene Überzeugung hervorruft, dass „wir alle“ weniger konsumieren müssten.

Ab den 1970er Jahren kam es zu einer massiven Bildungsexpansion, durch die sich das kritisch-kreative Milieu stark vergrößerte.[10] Trotzdem besteht die Mehrheit der Bevölkerung auch in den hochentwickelten Ökonomien des globalen Nordens nach wie vor aus Arbeiter*innen.[11] Sie kämpfen in allen Teilen der Welt – freilich in unterschiedlichem Ausmaß – um ein würdevolles Leben. Für diese Menschen ist der schamgetriebene Verzichtdiskurs der Nachhaltigkeitsdebatte kaum anschlussfähig. Gerade im Neoliberalismus fühlt sich der Großteil der Weltbevölkerung (auch im globalen Norden) nicht schuldig für seinen Konsum, sondern ist in seinen Lebenschancen bereits stark eingeschränkt. Eine massenhafte Verbreitung der Ethik des Konsumverzichts ist deshalb unwahrscheinlich.[12]

Ein noch größeres Hindernis bei der Verbreitung der Idee der Nachhaltigkeit stellt jedoch ihre Klassendistinktionsfunktion dar. Ein nachhaltiger Lebensstil stellt im Kontext der allgemeinen Dominanz des Paradigmas eine wichtiges kulturelles Kapital[13] der Mittelschicht und insbesondere des kritisch-kreativen Milieus dar. Diese Abgrenzung erfolgt vom als dekadent verurteilten Luxuskonsum der Oberschicht. Vor allem aber drückt sie sich in ökologie- und gesundheitsbezogenen Ressentiments gegen die Unterschicht und gegen Arbeiter*innen aus. Ihnen werden exzessiver Fastfood-, Drogen- und Medienkonsum gleichermaßen vorgeworfen wie die Präferenz für „prollige“ Mopeds oder Pkw und ein unachtsamer Umgang mit Müll. Daraus speist sich die Vorstellung, dass die Unterschichten nicht imstande seien, mit ihrem eige-

[10] Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986.

[11] Moody etwa berechnet für die USA den Anteil der Arbeiter*innenklasse (im Gegensatz zu den Kapitaleigner*innen- und der Mittelklasse) mit 63 Prozent der Bevölkerung, siehe: Kim Moody, On New Terrain. How Capital is Reshaping the Battleground of Class War, Chicago 2017.

[12] Matthew Huber, Ecological politics for the working class, in: Catalyst. A Journal of Theory and Strategy, 3 (2019) 1, S. 7–45.

[13] Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Jürgen Bolder (Hg.), Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur, Bd. 1, Hamburg 1997, S. 49–79.

nen Körper oder der Umwelt verantwortungsvoll umzugehen.[14] Diese Vorstellung wird zum zentralen Inhalt eines neuen Klassismus, der sich vor allem in einer Verachtung eines angeblich nicht nachhaltigen Lebensstil Bahns bricht. Das Ressentiment steht im Gegensatz zur eindeutig belegten Tatsache, dass der ökologische Fußabdruck zuverlässig mit dem Einkommen steigt, arme Bevölkerungsgruppen also stets diejenigen sind, die am wenigsten Verantwortung für die Zerstörung der Umwelt tragen. So kann die Hälfte der globalen Kohlendioxidemissionen den reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung zugeschrieben werden, deren durchschnittlicher CO_2-Fußabdruck elf mal so hoch ist wie der der ärmeren Hälfte der Bevölkerung und sechzig mal so hoch wie der der ärmsten zehn Prozent.[15]

Die ökologische Distinktion hat bislang zuverlässig dafür gesorgt, dass der nachhaltige Lebensstil von vielen Lohnabhängigen als arrogante Überheblichkeit derjenigen wahrgenommen wird, die noch nie körperlich arbeiten mussten, aber trotzdem alles besser wissen.[16] Diese Würdeverletzung wiederum bietet einen äußerst fruchtbaren Nährboden für die Agitation rechter Umweltgegner*innen. Als Beispiel für die erfolgreiche Instrumentalisierung der Wut auf einen ökologischen Klassismus kann die „Umweltsau-Debatte" gelten. Dabei wurde im WDR-Fernsehen ein satirisches Lied ausgestrahlt, das die Worte „meine Oma ist 'ne alte Umweltsau" enthielt. Im Anschluss gelang es der rechten Agitation, eine Empörungswelle zu entfachen, die zu Demonstrationen und Morddrohungen führte, in deren Folge sich der WDR-Intendant öffentlich entschuldigte und von dem für die Sendung zuständigen Redakteur distanzierte.[17] Aber auch über derartige Kampagnen hinaus stellt in Deutschland die rechtsextreme AfD den Kampf gegen den Klimaschutz

[14] Sighard Neckel, Ökologische Distinktion. Soziale Grenzziehung im Zeichen der Nachhaltigkeit, in: Neckel u. a., Gesellschaft (wie Anm. 1), S. 59–76, hier S. 67.

[15] Oxfam, Extreme Carbon-Inqeuality, 2015 [https://www.oxfam.de/system/files/oxfam-extreme-carbon-inequality-20151202-engl.pdf].

[16] Karen Bell, Working-Class Environmentalism. An Agenda for a Just and Fair Transition to Sustainability, Cham 2020.

[17] Josef Joffe, „Umweltsau"-Skandal. Kinderlied als Kulturkampf, in: Die Zeit, 15. Januar 2020 [https://www.zeit.de/politik/2020-01/umweltsau-skandal-wdr-satire-empoerung-folgen].

immer stärker ins Zentrum ihrer Politik. Unter anderem deshalb gelingt es ihr, sich trotz ihrer neoliberalen Sozialpolitik als „Partei des kleinen Mannes“ zu inszenieren.[18] Die Distinktionsfunktion des nachhaltigen Lebensstils führt also zu einer Spirale wechselseitiger klassenspezifischer Ressentiments, die bislang verhindern, dass eine sozial-ökologische Transformation als Massenprojekt gelten kann.

Aber was, wenn die Ressentiments abgelegt werden und die Mehrheit der Weltbevölkerung zu einem nachhaltigen Konsumverzicht gebracht werden könnte? Würde das ausreichen, um eine sozial-ökologische Transformation zu erreichen? Diese Frage wird üblicherweise auf Grundlage der Theorie der Konsument*innensouveränität bejaht. Letztere geht davon aus, dass Konsument*innen frei entscheiden können, welche Produkte sie kaufen wollen, und damit nicht nur verantwortlich für die von diesen Produkten verursachten Umweltzerstörungen seien, sondern auch direkt Einfluss darauf nehmen könnten, was überhaupt produziert werde.

Diese Idee liegt auch den dominanten Maßeinheiten für Umweltzerstörung zugrunde. So misst etwa die sogenannte CO_2-Bilanz den indirekten und direkten Beitrag von Konsumakten zur Kohlenstoffdioxidemission. Eine etwas komplexere alternative Maßeinheit ist der „ökologische Fußabdruck“. Dabei liegt die Frage zugrunde, wie viel ökologische Kapazität des Planeten von einem bestimmten Konsumverhalten in Anspruch genommen wird. Der Vorteil dieser Maßeinheiten ist, dass sie nicht nur veranschaulichen, dass der Lebensstil in vielen Teilen der Welt ökologisch nicht tragbar ist, sondern auch, dass der Anteil an der Umweltzerstörung global höchst ungleich verteilt ist.[19] Im Anschluss an diese Feststellung wird etwa von einer „imperialen Lebensweise“ im globalen Norden gesprochen.[20] Der Nachteil einer solchen

[18] Klaus Dörre, Arbeiter*innenbewegung von rechts? Überlegungen anlässlich des 100. Jahrestages der ILO, in: ZeitZeichen, 65 (2020), 1, S. 4–7.

[19] Wuppertal-Institut, Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, München 2006.

[20] Ulrich Brand / Markus Wissen, Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München 2017.

Herangehensweise liegt jedoch darin, dass sie fast ausschließlich die Konsument*innen in die Verantwortung nimmt.

Tatsächlich stammt der Großteil der Treibhausgasemissionen nicht von Privathaushalten, sondern von Unternehmen – und zwar von überraschend wenigen: So sind 100 Unternehmen für 71 Prozent der Treibhausgas-Emissionen seit 1988 verantwortlich.[21] Auch beim Stromverbrauch liegt in Deutschland die Industrie mit 227 Terawattstunden deutlich an der Spitze des Verbrauchs. Das restliche Gewerbe folgt mit 145 Terawattstunden, während deutsche Privathaushalte im Jahr 2018 insgesamt 129 Terawattstunden Strom verbraucht haben.[22] Aus Sicht der Konsument*innensouveränitäts-Theorie ließe sich nun einwenden, dass auch die Emissionen von Unternehmen am Ende dem Konsum derjenigen Güter und Dienstleistungen zugerechnet werden können, die sie produzieren. Dem liegt jedoch eine sehr selektive Verortung von Verantwortung in ökonomischen Prozessen zugrunde.

Die Produkte der globalen kapitalistischen Ökonomie gehen durch sehr viele Hände. Bevor beispielsweise das Benzin in unseren Pkw landet, werden unzählige Entscheidungen in verschiedenen Unternehmen gefällt: von Berater*innen für die Erschließung von Ölvorkommen, von Bohrinsel-Servicefirmen, von Pipelinefirmen, von Tankstellenbetreiber*innen und vielen anderen. Die Idee der Konsument*innensouveränität macht aber einzig und allein diejenige Person für die Umweltzerstörung verantwortlich, die am Ende Benzin kauft. Dabei wird ignoriert, dass die Auswahl, die Kund*innen bei ihren Kaufentscheidungen haben, durch die vorherigen Entscheidungen der Unternehmen beschränkt werden. Es kann also keineswegs alles gekauft werden, was Kund*innen sich wünschen, sondern nur diejenigen Produkte, deren Herstellung zuvor einem Unternehmen profitabel erschien. Aus diesem Grund muss die Seite der Produktion – und nicht nur diejenige des Kon-

[21] Paul Griffin, The Carbon Majors Database CDP Carbon Majors Report, o.O., 2017.

[22] Umweltbundesamt, Stromverbrauch, 2020, [https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/stromverbrauch2020].

sums – bei der Frage nach der Verantwortung für die Umweltzerstörungen ins Zentrum gestellt werden.[23]

1.2. Unternehmerische Verantwortung

Wenn über die ökologische Verantwortung der Produktionsseite der Ökonomie gesprochen wird, geht es meist um Konzepte wie „nachhaltiges Wirtschaften" oder „corporate ecological responsibility". In diesem Sinne gibt es mittlerweile kaum ein größeres Unternehmen auf der Welt, das sich nicht öffentlich zur Nachhaltigkeit bekennen würde. Allerdings zeigen diese Bekenntnisse – noch drastischer als beim Auseinanderklaffen des individuellen Umweltbewusstseins und des Umwelthandelns – so gut wie keine praktischen Entsprechungen. Obwohl ein Einhalten der planetarischen Belastungsgrenzen nur bei einer völligen Abkehr von fossilen Energieträgern möglich ist,[24] planen alle großen Energiekonzerne einen Ausbau ihrer Investitionen in ebendiese. Seit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Dezember 2015 haben globale Banken den Ausbau der fossilen Energiegewinnung mit 1,9 Billionen Dollar unterstützt.[25] Auch der Verkehrssektor, nach dem Energiesektor die zweitgrößte Quelle von CO_2-Emissionen, müsste, um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, seine Emissionen bis 2030 um 42 Prozent senken, ist davon jedoch weit entfernt. Tatsächlich ist der Verkehr der einzige Sektor, der seine Emissionen seit 1990 überhaupt nicht reduziert hat.[26]

Das Ausbleiben eines unternehmerischen Umbaus liegt, wie immer wieder gezeigt wurde, weniger am Unwillen oder gar der Bösartigkeit der jeweiligen unternehmerischen Entscheidungsträger*innen, als vielmehr am strukturellen Wachstumszwang der kapitalistischen Ökono-

[23] Huber, Ecological politics (wie Anm. 12).

[24] Kern, Märchen (wie Anm. 4).

[25] Rainforest Alliance, Banking on Climate Change. Fossil Fuel Finance Report 2019, [https://www.ran.org/wp-content/uploads/2019/03/Banking_on_Climate_Change_2019_vFINAL1.pdf].

[26] Kartin Dziekan / Martin Lambrecht / Annegret Zimmermann, Need for action. How to achieve a greenhouse gas neutral German transport sector, in: Transportation Research Procedia, 41 (2019), S. 309–312.

mie. Kapitalistisches Wirtschaften ist gleichbedeutend mit der Akkumulation von Kapital, also der Reinvestition von Gewinnen zum Zweck noch höherer Gewinne. Ein kapitalistisches Wirtschaften ohne Wachstum ist dementsprechend nicht denkbar.[27] Aus diesem Grund sind alle Unternehmen, auch diejenigen, deren Tätigkeit mit der Zerstörung der Umwelt einhergeht, dazu verdammt, ihre Geschäftstätigkeiten permanent auszuweiten.

Die Lösung für dieses Problem wird meist in einem „grünen Wachstum" gesehen, so zum Beispiel aktuell im „Green Deal for Europe", der als „neue Wachstumsstrategie für Europa" angekündigt wurde. Die Idee hinter derartigen Plänen ist stets eine massive Investition in grüne Technologien, insbesondere in der Energietechnik. Diese soll Klima und Wachstumsraten gleichermaßen retten. Ein wichtiges Problem dieser Idee ist das sogenannte „Jevon Paradox", demzufolge eine größere Effizienz bei der Nutzung von Energie und Ressourcen nicht zu einem Rückgang des Verbrauchs, sondern zu mehr Wirtschaftswachstum und damit zu mehr Druck auf die Umwelt führt.[28] Wirtschaftswachstum ist schlussendlich immer an zwei Faktoren gekoppelt, die beide endlich sind: menschliche Arbeit und natürliche Ressourcen.

Auch Nachhaltigkeitsvorstellungen, die Wachstum anstelle der materiellen Produktion auf arbeitsintensiver Dienstleistungsarbeit aufbauen wollen, stoßen auf die Grenzen dieser beiden Faktoren. Bisher wurde die Ausweitung der Dienstleistungsarbeit wesentlich durch Produktivitätssteigerungen in der materiellen Produktion ermöglicht, ist also direkt von dieser abhängig.[29] Parallel kommt es zu einer Ausweitung der Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit, insbesondere auf Internetplattformen, die etwa Hausarbeit oder Essenslieferungen vermitteln. Diese könnte so billige Dienstleistungen bereitstellen, dass auch die Mittelschicht sich wieder Diener*innen leisten könnte. Dadurch könnte ein

[27] John Bellamy Foster, Capitalism and Degrowth. An Impossiblity Theorem, in: Monthly Review, 62 (2011), 8, S. 26–33; Takis Fotopoulos, Is degrowth compatible with a market economy?, in: The international journal of inclusive democracy, 3 (2007), 1, S. 1–16.

[28] John Bellamy Foster / Brett Clark / Richard York, Capitalism and the Cause of Energy Efficiency, in: Monthly Review, 62 (2010), 6, S. 1–12.

[29] Moody, New Terrain (wie Anm. 12).

neues immaterielles Marktsegment entstehen und sich in einem neuen Unterschichtungsprozess ein kybernetisches Proletariat entwickeln.[30] Das ermöglicht zwar neues, relativ emissionsarmes Wachstum, das jedoch alles andere als unbegrenzt ist und schnell auf die Grenzen der Ausbeutbarkeit menschlicher Arbeit stößt.

Ein „grünes Wachstum" führt deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach in immer enger getaktete Krisen. Deshalb wird der Strategie regelmäßig vorgeworfen, zwar zur kurzfristigen Sicherung einiger profitabler Ökounternehmen, nicht aber zu einer dauerhaften sozial-ökologischen Transformation beizutragen. Da die Eigenverantwortung der Unternehmen in der ökologischen Frage allem Anschein nach nicht weit trägt, ist die staatliche Preispolitik zu einem zentralen Hebel geworden, mit dem Anreize zu einem nachhaltigen Wirtschaften geschaffen werden sollen.

1.3 Austeritätsökologie

Die dominante staatliche Antwort auf die ökologische Krise ist die Preispolitik. Sie nimmt im Wesentlichen zwei Formen an: Erstens die Besteuerung von umweltschädlichen Produkten, insbesondere Benzin. Zweitens den Verkauf von und Handel mit Verschmutzungsrechten für Unternehmen. Beide folgen der Logik einer Kommodifizierung der Umweltvernutzung: Für den Verbrauch von Umwelt soll bezahlt werden, so wie für den Verbrauch von anderen warenförmigen Gütern. Das hat den intendierten Effekt, dass Umweltvernutzung zu einem knappen Gut wird, auf das weniger Personen zugreifen können als zuvor. Die Politik der „Austeritätsökologie" steht in einer neoliberalen Tradition der Krisenbewältigung durch Abwälzung der Kosten auf die unteren Gesellschaftsschichten.[31]

[30] Simon Schaupp, Cybernetic proletarianisation. Spirals of devaluation and conflict in digitalized production, in: Capital & Class, (2020), im Erscheinen.

[31] Leigh Phillips, Austerity Ecology & the Collapse-Porn Addicts. A Defence Of Growth, Progress, Industry And Stuff, Winchester / Washington 2015.

Zuletzt gelangte das Konzept der Austerität bei der globalen Finanzkrise zu Prominenz: Die Antwort auf diese Krise war eine radikale Umverteilung von unten nach oben: Bankenrettungen wurden finanziert mit Einsparungen bei den Sozial- und Gesundheitssystemen sowie der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur – ein Vorgehen, das insbesondere von Deutschland europaweit durchgedrückt wurde.[32] Austeritätspolitiken dominieren auch die Vorschläge zur Bewältigung der ökologischen Krise: Der Zugang zu natürlichen Ressourcen soll weiter privatisiert werden, zum Beispiel durch den Verkauf von Verschmutzungsrechten. Ebenso soll Autofahren und Fliegen teurer werden, damit weniger (lies: nur reiche) Personen Zugang dazu haben. Damit wird die bereits bestehende Ungleichheit beim Zugriff auf die natürlichen Ressourcen notwendigerweise weiter zugespitzt: Wer über genug finanzielle Mittel verfügt, kann weiter die Umwelt zerstören, während umweltschonendes Verhalten auf diejenigen abgewälzt wird, die sich die gesteigerten Preise nicht leisten können.

Auch die Degrowth-Bewegung verfällt teilweise in die Strategiemuster der Austeritätsökologie. So stellt beispielsweise für Niko Paech, der Vordenker der deutschen Postwachstumsbewegung, die „Demokratisierung des Wohlstands“ keine Errungenschaft, sondern ein Problem dar.[33] Der „Ökosozialist“ Bruno Kern erklärt, dass es eine „Interessenkongruenz zwischen den Arbeitern der reichen Industrieländer und den Erfordernissen der Umwälzung der Gesellschaft insgesamt nicht mehr geben kann“; die Postwachstumsgesellschaft müsse deshalb gegen die Interessen der Arbeiter*innen durchgesetzt werden.[34] Diese Argumentation hat freilich insofern einen wahren Kern, als der Ressourcenverbrauch des globalen Nordens nicht verallgemeinerbar ist. Eine Reduktion des Wirtschaftswachstums äußert sich unter den gegebenen politisch-ökonomischen Machtverhältnissen jedoch stets in Austeritätsmaßnahmen, die zuallererst zulasten der ohnehin benachteiligten Teile der Gesellschaft

[32] Ingo Stützle, Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise, Münster 2014.

[33] Paech, Befreiung vom Überfluss (wie Anm. 4), S. 51ff.

[34] Kern, Märchen (wie Anm. 4), S. 200.

gehen. Das zeigen die über hundertjährigen Erfahrungen der kapitalistischen Bewältigung von Wirtschaftskrisen.[35] Ähnlich wie manche Vertreter*innen des Postwachstumsdiskurses, traten auch Protagonist*innen dieser Austeritätsmaßnahmen stets mit dem Slogan an, „wir alle" müssten den Gürtel enger schnallen, und stellten dann konsequent diejenigen schlechter, die ohnehin über die wenigsten Ressourcen verfügten. Ein solches Vorgehen ist jedoch nicht nur sozial ungerecht, es wird auch stets auf den Widerstand großer Teile der Bevölkerung stoßen. So erfreuen sich etwa hohe Benzinsteuern bei Lohnabhängigen meist keiner großen Beliebtheit.[36] Ein prominentes Beispiel dafür sind die massiven Proteste der französischen Gelbwesten, die sich an einer ebensolchen Ökosteuer auf Benzin entzündeten. Dabei richteten sich die Proteste nicht, wie oft behauptet, gegen den Klimaschutz, sondern gegen eine Politik der Umverteilung von unten nach oben.[37]

Das Grundproblem der verschiedenen Spielarten neoliberaler Nachhaltigkeitsideen, von der Konsumethik über das grüne Wachstum bis zur Austeritätsökologie, ist ihre Entkopplung der ökologischen von der sozialen Frage. Es sind aber dieselben Prinzipien des instrumentellen kapitalistischen Zugriffs auf Mensch und Natur, die beiden zugrunde liegen. Das grüne Diktum, dass Umweltschutz sich nur gegen die Interessen der Lohnabhängigen durchsetzen lasse, ist in diesem Sinne eine selbsterfüllende Prophezeiung: Es setzt voraus, dass keine Umweltschutzmaßnahme an den Produktionsverhältnissen etwas ändern wird. Es ist aber genau diese Einschränkung, die den Satz „Umweltschutz ist

[35] Robert Kurz, Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Frankfurt a.M. 2009; Stützle, Austerität (wie Anm. 32).

[36] Ökosteuern sind darüber hinaus durch die Abhängigkeit der Staaten vom Wirtschaftswachstum strukturell in ihrer Wirkung äußerst beschränkt: Entweder sie fallen so gering aus, dass sie ein unökologisches Wirtschaften nicht beeinträchtigen, oder sie beeinträchtigen das Wirtschaftswachstum und damit die finanzielle Grundlage des Staates selbst. Vgl. Kern, Märchen (wie Anm. 4), S. 94.

[37] Willi Hajek, Gilets jaunes / Gelbwesten – eine Zwischenbilanz, in: Sozial.Geschichte Online, 25 (2019), S. 103–118, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00070507/06_Hajek_Gelbwesten.pdf]; Patrick Graichen / Thorsten Lenck, Die Gelbwesten-Proteste. Eine (Fehler-)Analyse der französischen CO_2-Preispolitik, 2019, [https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Gesamtkosten_Stromwelten.pdf].

nicht im Interesse der Lohnabhängigen“ erst wahr werden lässt. Tatsächlich gilt er also nur für die Austeritätsökologie. Demgegenüber zielen emanzipatorische Umweltpolitiken auf eine Transformation der Produktionsverhältnisse und damit auf die Verbesserung von Arbeits- und Lebensverhältnissen der Lohnabhängigen.

2. Sozial-ökologische Transformation von unten

Entgegen dem Ressentiment der moralisch verkommenen Unterschichten haben Lohnabhängige seit Beginn des Kapitalismus bei ihren Kämpfen gegen Ausbeutung indirekt auch stets Umweltpolitik betrieben. So zeigt bereits Engels,[38] wie sich englische Industriearbeiter*innen des 19. Jahrhunderts für gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen entsprechende Umweltverschmutzungen, zum Beispiel durch giftige Dämpfe, einsetzten. Es gibt zahlreiche weitere historische Beispiele für ähnliche Kämpfe aus den verschiedensten Teilen der Welt.[39] Tatsächlich ist nämlich, anders als die Verfechter*innen der Austeritätsökologie behaupten, Umweltschutz durchaus im materiellen, sogar existentiellen Interesse der Lohnabhängigen. So sind weltweit 23 Prozent aller Todesfälle auf schädliche Umwelteinflüsse zurückzuführen. Umweltverschmutzung ist dabei die größte umweltbedingte Ursache für Krankheiten und war schätzungsweise für neun Millionen vorzeitige Todesfälle im Jahr 2015 verantwortlich – 16 Prozent aller Todesfälle weltweit.[40] In den am stärksten betroffenen Ländern ist Umweltverschmutzung verantwortlich für jeden vierten Todesfall.[41] Im Gegensatz zu der verbreiteten Meinung, Umweltrisiken beträfen uns alle gleichermaßen,[42] sind diese Risiken tatsächlich im Wesentlichen klassenspezifisch verteilt. So besteht für wohlhabende Personen ein weit geringeres Risiko, an den Folgen der

[38] Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW, Bd. 2, Berlin 1972, S. 225–506.

[39] Milo Probst, Für einen Umweltschutz für die 99 Prozent, WOZ, 27. Februar 2020, [https://www.woz.ch/-a613].

[40] Lancet Commission, The Lancet Commission on pollution and health, in: The Lancet, 391 (2018), 10119, S. 462–512.

[41] Ebd.

[42] Insbesondere: Beck, Risikogesellschaft (wie Anm. 10).

Umweltzerstörung zu sterben, da sie sich besseren Schutz leisten und durch ihre erhöhte Mobilität Umweltrisiken leichter ausweichen können als die ärmeren Teile der Bevölkerung.[43] Das betrifft nicht etwa nur arme Weltregionen wie Bangladesch oder New Orleans. Auch im verhältnismäßig „wohlhabenden" Großbritannien sterben diejenigen, die in den ärmsten Gegenden leben, durchschnittlich sieben Jahre früher und müssen 17 Jahre mehr mit Krankheiten und Behinderungen kämpfen als diejenigen in den reichsten Gegenden.[44] Eine konsequente Umweltpolitik, die gegen diese Bedrohungen vorgeht, ist also durchaus im Interesse der Lohnabhängigen. Im Folgenden sollen deshalb mit der Arbeitszeitverkürzung und der Wirtschaftsdemokratie zwei Ansätze vorgestellt werden, die Umwelt- und Klassenpolitik zusammendenken.

2.1 Arbeitszeitverkürzung

Die Auseinandersetzungen über das Ausmaß der Arbeitszeit ist seit der Entstehung der Lohnarbeit der zentrale Verhandlungspunkt zwischen Kapital und Arbeit.[45] Sie lässt sich übersetzen in die Frage, ob Produktivitätsfortschritte mit Zeitgewinnen für die Beschäftigten oder mit Extraprofiten für die Unternehmen einhergehen. Die Reduktion der Arbeitszeit (bei möglichst vollem Lohnausgleich) ist demnach historisch immer eine der wichtigsten Forderungen der Arbeiter*innenbewegung gewesen. Nach langer Zurückhaltung in Bezug auf Arbeitszeitverkürzung schlug im Zuge der Corona-Pandemie nun auch die IG Metall eine Viertagewoche zur Krisenbewältigung vor.[46] Verschiedene aktuelle Studien zeigen jedoch auch, dass Lohnarbeitszeit einer der wichtigsten volkswirtschaftlichen Einflussfaktoren auf die CO_2-Emissionen ist. So gehen etwa Nässén und Larsson mit Bezug auf Schweden davon aus, dass eine Verringerung der Arbeitszeit um ein Prozent zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um 0,8 Prozent führen

[43] Fotopoulos, Degrowth (wie Anm. 27).
[44] Bell, Working-Class (wie Anm. 16), S. 8.
[45] Karl Marx, Das Kapital, Band 1, MEW, Bd. 23, Berlin 1977, S. 247ff.
[46] Hofmann schlägt 4-Tage-Woche vor, IG Metall, 19. August 2020, [https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/4-tage-woche-als-wahlmoeglichkeit].

könnte.[47] Knight und andere argumentieren, dass eine globale Verringerung der Arbeitszeit um ein Prozent zu einer Verringerung des Kohlenstoffdioxidfußabdrucks um 1,46 Prozent und der CO_2-Emissionen um 0,42 Prozent führen könnte.[48] Bei einer Reduktion der Arbeitszeit um 25 Prozent wäre demnach mit einer Verkleinerung des CO_2-Fußabdrucks um bis zu 36,6 Prozent zu rechnen. Um ein tatsächlich nachhaltiges Niveau zu erreichen, würde jedoch eine Reduktion um 25 Prozent nicht ausreichen. So gehen etwa O'Neill und andere davon aus, dass die CO_2-Emissionen pro Kopf und Jahr auf der gesamten Welt auf 1.610 kg reduziert werden müssten, um innerhalb der Grenze von zwei Grad Celsius Erwärmung zu bleiben (in Deutschland liegen die Emissionen derzeit bei 8.700 kg pro Kopf und Jahr).[49] Frey hat auf dieser Grundlage berechnet,[50] dass zur Einhaltung dieser Grenze eine Arbeitswoche von unter zehn Stunden notwendig wäre.[51] Dieses Szenario geht von einem entsprechend drastischen Rückgang der Gesamtproduktion aus und hätte eine starke Reduktion des materiellen Überflusses zugunsten von mehr Zeitwohlstand zur Folge.[52]

Kritisch muss hier angemerkt werden, dass die zitierten Studien auf modellbasierten Berechnungen beruhen, die von volkswirtschaftlichen Gesamtarbeitszeiten (teilweise im globalen Maßstab) ausgehen. Sie nehmen eine theoretische Pro-Kopf-Reduktion der Lohnarbeitszeit vor und

---

[47] Jonas Nässén / Jörgen Larsson, Would shorter working time reduce greenhouse gas emissions? An analysis of time use and consumption in Swedish households, in: Environment and Planning C: Government and Policy, 33 (2015), 4, S. 726–745.

[48] Kyle Knight / Eugene A. Rosa / Juliet B. Schor, Reducing growth to achieve environmental sustainability. The role of work hours, in: Jeanette Wicks-Lim / Robert Pollin (Hg.), Capitalism on Trial, Northampton 2013.

[49] Daniel W. O'Neill / Andrew L. Fanning / William F. Lamb / Julia K. Steinberger, A good life for all within planetary boundaries, in: Nature Sustainability, 1 (2018), 2, S. 88–95.

[50] Philipp Frey, The Ecological Limits of Work. On carbon emissions, carbon budgets and working time, Hampshire 2019, [http://autonomy.work/wp-content/uploads/2019/05/The-Ecological-Limits-of-Work-final.pdf].

[51] Diese Zahl variiert hinsichtlich der durchschnittlichen CO2-Effizienz der geleisteten Arbeitsstunden. Die 10-Stunden-Woche wäre nur bei einer sehr hohen CO2-Effizienz, wie sie etwa in Schweden gegeben ist, klimaverträglich, in anderen Volkswirtschaften fällt die Zahl entsprechend noch geringer aus.

[52] Konzeptwerk Neue Ökonomie KNÖ, Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben, München 2013.

differenzieren nicht zwischen den qualitativen Unterschieden der verschiedenen Formen von Arbeit. Diese Unterschiede sind aber essentiell, denn es ist offensichtlich, dass der Umwelteffekt einer Arbeitszeitreduktion in einer Kita nicht derselbe ist wie in einer Automobilfabrik. So ist es fraglich, ob in ersterem Fall eine Arbeitszeitreduktion überhaupt gesellschaftlich wünschenswert wäre. Demzufolge müsste dem Ziel einer radikalen Arbeitszeitverkürzung eine Debatte vorausgehen: einerseits darüber, welche Güter überhaupt in welcher Form produziert werden sollten, und andererseits darüber, wie eine sinnvolle Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit auch in Hinblick auf die Verteilung von Produktion und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern aussehen könnte.[53] So müsste beispielsweise ausgeschlossen werden, dass etwa eine Arbeitszeitverkürzung im globalen Norden durch energieintensive Automatisierung oder durch Auslagerung der Arbeit in den globalen Süden ihrer ökologischen Effekte beraubt wird. Auch scheint es in Bezug auf die Verteilung der Arbeitszeit auf unterschiedliche Sektoren aus ökologischer und sozialer Perspektive evident, dass neben dem Caresektor auch ein umweltfreundlicher Landwirtschaftssektor zunächst einen deutlich höheren Arbeitsinput bräuchte. Das heißt, es wäre wichtig, dass die Reduktion der Lohnarbeitszeit mit demokratischen Aushandlungsprozessen einhergeht. Dabei hätte eine Debatte über die radikale Verkürzung und Verteilung der Arbeitszeit das Potenzial, Forderungen von Umwelt-, Gewerkschafts- und feministischer Bewegung zu integrieren.[54] Genau solche Bündnisse sind angesichts der verschiedenen Verschränkungen der gegenwärtigen sozial-ökologischen Krise von zentraler Bedeutung. Eine Reduktion der Lohnarbeitszeit ist des-

[53] So sind etwa lange Arbeitszeiten eine der wichtigsten Ursachen der vergeschlechtlichten Trennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit: Sie setzen einen Lohnarbeiter voraus, der nicht nur im Marxschen Sinne doppelt frei ist (frei beim Abschluss von Arbeitsverträgen und frei von Produktionsmitteln), sondern dreifach frei: nämlich auch von häuslicher Reproduktionsarbeit, siehe Sigrid Pohl, Entwicklung und Ursachen der Frauenlohndiskriminierung. Ein feministisch-marxistischer Erklärungsansatz, Frankfurt a. M. 1983, S. 329–332.

[54] Klaus Dörre / Karina Becker, Nach dem raschen Wachstum. Doppelkrise und große Transformation, in: Lothar Schröder / Hans-Jürgen Urban (Hg.), Jahrbuch Gute Arbeit 2018. Ökologie der Arbeit, Frankfurt a. M. 2018, S. 35–58.

halb ein sinnvolles kurzfristiges Ziel, insbesondere für den globalen Norden,[55] um gleichermaßen gegen Überproduktion und für soziale Gerechtigkeit vorzugehen.

2.2 Wirtschaftsdemokratie

Wir leben nur in einer halben Demokratie, stellt ein Papier der Gewerkschaft *ver.di* fest:[56] Es herrscht eine Trennung zwischen der Sphäre der demokratischen „Öffentlichkeit" und der Sphäre der Lohnarbeit, in der die Autokratie der Kapitaleigner*innen herrscht. Diese Aussparung der Arbeit aus der Demokratie wirkt strukturell einer sozial-ökologischen Transformation entgegen: Es wird nicht produziert, was gesellschaftlich und ökologisch notwendig wäre, sondern das, was sich am profitabelsten verkaufen lässt. Wirtschaftsdemokratie zielt demgegenüber darauf ab, allen Beteiligten gleiche Entscheidungsrechte sowohl bei der Produktion als auch der Nutzung von Gütern und Ressourcen einzuräumen.

Wirtschaftsdemokratie im Bereich der Produktion wäre dann gegeben, wenn alle Menschen gleichermaßen darüber bestimmen könnten, wie produziert werden soll. Das betrifft zum Beispiel die Fragen, welche Produktionsmittel, aber auch wie viel Arbeitskraft eingesetzt werden soll und wie die Arbeit konkret organisiert ist. Es handelt sich also, analog zur Arbeitszeitverkürzung, sowohl um betriebliche als auch gesamtgesellschaftliche Fragen. Auf der betrieblichen Ebene werden in Deutschland die Betriebsräte teilweise als wirtschaftsdemokratischer Ansatz bezeichnet.[57] Sie sind das Resultat der Novemberrevolution von 1918/19, die wesentlich von der Forderung nach einer Rätedemokratie getragen wurde. Nach deren Niederschlagung wurde zur Befriedung der revolutionären Bewegung in der Weimarer Republik 1920 das Betriebsverfas-

[55] Im globalen Süden lebt ein großer Teil der Menschen von informeller Arbeit, und das Problem der Überproduktion konzentriert sich auf den globalen Norden.

[56] AG Wirtschaftsdemokratie ver.di, Wirtschaftsdemokratie. Impulspapier der ver.di AG Wirtschaftsdemokratie, dort datiert 2015.

[57] Hans-Jürgen Urban, Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel. Was das Konzept Guter Arbeit verlangt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11 (2019), [https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/november/wirtschaftsdemokratie-als-transformationshebel].

sungsgesetz (BetrVG) verabschiedet. Dieses legalisierte die Betriebsräte, schrieb ihnen aber gleichzeitig eine Friedenspflicht vor, die alle Handlungen verbietet, die der Profitabilität des Unternehmens zuwiderlaufen, insbesondere den Aufruf zu Streiks.[58] Die betriebliche Mitbestimmung via Betriebsräten stellt also eine Form der Demokratisierung dar, die allerdings das grundlegende Verfügungsrecht der Kapitaleigentümer*innen eher legitimiert als infragestellt. In diesem Sinne kann die betriebliche Mitbestimmung als eine Art konstitutionelle Monarchie der ökonomischen Sphäre bezeichnet werden.[59] Entsprechend ist es etwa den Betriebsräten in der Automobilindustrie kaum möglich, sich für eine ökologische Konversion ihrer Betriebe einzusetzen.[60] Eine solche Konversion wäre nur dann möglich, wenn sowohl die Beschäftigten selbst als auch die Gesamtbevölkerung als Stakeholder demokratisch einbezogen werden würden.

Es gibt aber auch Beispiele für Beschäftigte, die die Konversion ihrer Betriebe selbst in die Hand nehmen. So etwa die Arbeiter*innen der letzten Schiffswerft in Belfast, die erfolgreich ihren von der Schließung bedrohten Betrieb besetzten, um eine Weiterführung des Unternehmens als Produzent für erneuerbare Energien zu erzwingen.[61] Angesichts der Verwerfungen aufgrund der Corona-Pandemie ist diese Diskussion um die Konversion der Produktion von neuer Aktualität. So stellen beispielsweise in Italien Arbeiter*innen bei *Ferrari* und in der Flugzeug-

[58] Ralf Hoffrogge, Vom Sozialismus zur Wirtschaftsdemokratie?, in: Marcel Bois / Bernd Hüttner (Hg.), Beiträge zur Geschichte einer Pluralen Linken, Heft 3: Bewegungen, Parteien, Ideen, Berlin 2011, S. 93–101.

[59] Ulrich Brinkmann / Oliver Nachtwey, Postdemokratie und Industrial Citizenship. Erosionsprozesse von Demokratie und Mitbestimmung, Weinheim 2017, S. 17.

[60] Karina Becker / Martin Ehrlich / Madeleine Holzschuh / Thomas Engel / Johanna Sittel, Das Wertschöpfungssystem „Automobil" im Umbruch, in: Klaus Dörre / Hartmut Rosa / Karina Becker / Sophie Bose / Benjamin Seyd (Hg.), Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden 2019, S. 245–258.

[61] Lauren Kaori Gurley, Workers Seize the Shipyard That Built the Titanic, Plan to Make Renewable Energy There, 14. August 2019, [https://www.vice.com/en/article/8xwanz/workers-seize-the-shipyard-that-built-the-titanic-to-make-renewable-energy].

fabrik *AvioAreo* infrage, ob ihre Produkte in dieser Zeit gesellschaftlich notwendig sind.[62]

Ein weiterer wichtiger Faktor einer Wirtschaftsdemokratie wäre eine demokratische Innovationspolitik. Im Gegensatz zum Mythos des erfinderischen Unternehmers werden die allermeisten technischen Innovationen von staatlichen Institutionen hervorgebracht. In Deutschland ist das mit den Fraunhofer-Instituten, die staatlich finanzierte Forschung für die Privatwirtschaft betreiben, in besonders großem Umfang der Fall.[63] Es ist unstrittig, dass Technologie die Gesellschaft und damit auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse entscheidend prägt. Trotzdem unterliegt die Frage, welche Technologien erforscht werden sollen, kaum der demokratischen Deliberation, sondern wird stattdessen von scheinbaren Sachzwängen diktiert. Neben der ökonomischen Standortkonkurrenz ist dabei auch militärische Dominanz ausschlaggebend.[64] Beide sind fast vollständig von sozialen und ökologischen Erfordernissen entkoppelt. Eine Demokratisierung der Innovationspolitik wäre demgegenüber die Voraussetzung dafür, dass Technologieentwicklung konsequent Mensch und Natur zugutekommt.[65]

Im Bereich der Nutzung von Gütern und Ressourcen wäre eine Wirtschaftsdemokratie dann gegeben, wenn alle Menschen gleichermaßen das Recht auf ein erfülltes und gesundes Leben hätten. Das bedeutet einen gleichberechtigten Güterzugang, aber auch das Recht auf eine bewohnbare Erde als Voraussetzung für ein gutes Leben. Eine demokratische Ökonomie könnte in diesem Sinne die Produktion konsequent an

---

[62] Angry Workers, Das Corona-Regime und der Kampf um Arbeiterkontrolle, [https://solidarischgegencorona.wordpress.com/2020/03/25/das-corona-regime-und-der-kampf-um-arbeiterkontrolle/], dort datiert 25. April 2020.

[63] Mariana Mazzucato, The Entrepreneurial State. Debunking Public vs. Private Sector Myths, London 2015.

[64] Selbst wenn von heute auf morgen alle Bürger*innen der reichen Staaten nur noch ökologische Produkte kaufen würden, würden allein die militärischen Aktivitäten dieser Länder die Belastungsgrenzen des Planeten sprengen. Diese entscheidende Rolle des Militärs bei der Umweltzerstörung wird in der Nachhaltigkeitsdebatte oft vergessen. Vgl. Barry Sanders, The Green Zone. The Environmental Costs of Militarism, Oakland, CA 2009.

[65] Nick Srnicek / Alex Williams, Die Zukunft erfinden. Postkapitalismus und eine Welt ohne Arbeit, Berlin 2016.

menschliche Bedürfnisse und ökologische Grenzen koppeln. Eine solche Planung der Produktion sollte aber keineswegs die Form von zentralistischen Fünfjahresplänen annehmen, die sich in der Sowjetunion als gleichermaßen autoritär und ineffizient erwiesen haben. Stattdessen könnten digitale Infrastrukturen genutzt werden, um variierende Bedürfnisse zu erheben und diese laufend mit verfügbaren Ressourcen abzugleichen. Auf dieser Grundlage könnten dann verschiedene Vorschläge zur Bedürfnisbefriedigung und Ressourcennutzung berechnet werden, zwischen denen demokratisch entschieden werden kann.[66] Eine solche Demokratisierung könnte eine vorsorgende Ökonomie befördern, in der Produktion und Reproduktion zusammengedacht werden.[67]

Diese ohnehin weitreichenden Forderungen stehen dadurch noch vor der zusätzlichen Herausforderung, dass sie nicht auf den Nationalstaat beschränkt bleiben können, da ökologische Systeme inhärent global sind. Gleichzeitig ist aber auch eine vereinheitlichte globale Souveränität kaum emanzipatorisch denkbar.[68] Wie aber können derart weitreichende Forderungen durchgesetzt werden? Einen wichtigen Beitrag dazu können, wie ich im Folgenden zeigen werde, Streiks leisten.

2.3 Streik

Weltweit kämpft mit *Fridays for Future* und anderen Bewegungen vor allem die junge Generation um den Erhalt eines lebensfähigen Planeten. Ist dies für unsere Tage, mit Marx gesprochen, „die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt"?[69] Eines zumindest hat die Jugend-

[66] Georg Jochum / Simon Schaupp, Die Steuerungswende. Zur Möglichkeit einer nachhaltigen und demokratischen Wirtschaftsplanung im digitalen Zeitalter, in: Florian Butollo / Sabine Nuss (Hg.), Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit, Berlin 2019, S. 327–344; Evgeny Morozov, Digital Socialism? The Calculation Debate in the Age of Big Data, in: New Left Review, 116 (2019), S. 33–67.

[67] Adelheid Biesecker, Auch das Klima braucht eine andere Ökonomie – Eine (re)produktive Ökonomie als vorsorgende Praxis, in: Stefan Böschen / Bernhard Gill / Cordula Kropp / Katrin Vogel (Hg.), Klima von unten. Regionale Governance und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a. M. 2014, S. 65–82.

[68] Joel Wainwright / Geoff Mann, Climate Leviathan. A Political Theory of Our Planetary Future, London 2019.

[69] Karl Marx, Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, Berlin 1969, S. 35.

bewegung fürs Klima mit der revolutionären Arbeiter*innenbewegung, die Marx bei jenem Ausspruch vor Augen hatte, gemein: Ihr unmittelbares Interesse, dass ihnen die älteren Generationen einen lebensfähigen Planeten hinterlassen, schließt das Interesse der gesamten Gattung mit ein. Gleichwohl gibt es auch einen bedeutenden Unterschied: Für Marx' Fokus auf die Arbeiter*innen war neben deren unmittelbarer negativer Betroffenheit vom Kapitalismus noch ein zweiter Grund ausschlaggebend: Durch ihre ökonomische Stellung seien sie nicht nur Leidtragende des Kapitalismus, sondern verfügten auch über die Macht, ihn zu überwinden.[70] Das liegt vor allem daran, dass Unternehmen, egal wie groß sie sind, von Arbeiter*innen getragen werden und damit von diesen abhängig sind. Insbesondere die Zurückhaltung der Arbeitskraft in Form von Streiks hat sich historisch als eine der wichtigsten Quellen der Machtausübung ‚von unten' und damit als ein maßgeblicher Faktor der meisten Demokratisierungsschübe erwiesen.[71]

Der jungen Klimabewegung hingegen fehlt es bislang an Machthebeln zur Durchsetzung ihrer Ziele. Das hat sie mit den älteren Generationen der Umweltbewegung gemeinsam, die seit vielen Jahrzehnten versucht, Staat und Unternehmen zu mehr Nachhaltigkeit zu bewegen. Dabei setzt sie vor allem auf Demonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams. Damit hat sie, wie zum Beispiel im Falle der Anti-Atom-Bewegung, einige Erfolge vorzuweisen.[72] Allerdings verfügt die Gegenseite über enorme Macht: Unter den zehn umsatzstärksten Unternehmen der Welt sind sieben fossilistische Energiekonzerne und zwei Automobilhersteller.[73] Angesichts dessen erscheint es unwahrscheinlich, dass durch symbolische Aktionen eine sozial-ökologische Transformation herbeigeführt werden kann.

Fridays for Future ist es zu verdanken, dass Streiks aktuell wieder als Mittel einer Umweltpolitik von unten diskutiert werden. Allerdings

[70] Karl Marx / Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, Berlin 1972, S. 459–493.

[71] Adaner Usmani, Democracy and the Class Struggle, in: American Journal of Sociology, 124 (2018) 3, S. 664–704.

[72] Tresantis, Die Anti-Atom-Bewegung. Geschichte und Perspektiven, Berlin 2015.

[73] Fortune, Global 500, 2019, [https://fortune.com/global500/2019/2019].

bleibt dies weitgehend auf Schüler*innen und Studierende beschränkt.[74] Um ökonomischen Druck aufzubauen, wäre jedoch eine Ausweitung dieser Streiks auf einen Großteil der Beschäftigten notwendig: ein sogenannter Massenstreik.[75] In Ländern des globalen Südens, wie Indien oder Südafrika, aber auch in den USA, kommt es derzeit verstärkt zu solchen Massenstreiks, die sich fast immer gegen verschiedene neoliberale Politiken wenden.[76] Von solchen politischen Streiks könnte die Klimabewegung lernen. Neben der Durchsetzungskraft hätte ein konsequenter Klimastreik den Vorteil, dass eine massenhafte Arbeitsniederlegung, unabhängig davon, ob ihre Forderungen erfüllt werden, bereits selbst einen Beitrag zum Klimaschutz darstellt. Er ist damit, wie Walter Benjamin zum politischen Generalstreik allgemein anmerkte, nicht Mittel, sondern Manifestation.[77]

Momentan ist es jedoch sehr zweifelhaft, ob eine solche Strategie sich in Deutschland auf die DGB-Gewerkschaften stützen könnte. Generell spielen Gewerkschaften beim Thema Umweltpolitik regelmäßig eine höchst ambivalente Rolle, weil ihnen die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder oft wichtiger sind als Umweltschutzmaßnahmen, die diese Arbeitsplätze womöglich gefährden. In Deutschland ist dies besonders ausgeprägt. Das zeigte sich zuletzt im jeweils vehementen Widerstand der IG BCE gegen den Kohleausstieg und der IG Metall gegen eine Kopplung von Subventionen für die Automobilindustrie an Umweltstandards. Dies kann jedoch nicht auf die per se unökologischen Interessen „der Arbeiter" zurückgeführt werden, sondern ist einer spezifischen Konstellation von Gewerkschaftspolitik geschuldet, die Klaus Dörre als „fraktale Ge-

[74] Als positive Ausnahme ist dabei der Aufruf der Students for Future zu sogenannten „Klimabetriebsversammlungen" während der Streiktage hervorzuheben: [https://studentsforfuture.info/pcs-wise19/gewerkschaften/].

[75] Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1986, S. 93–170.

[76] Alexander Gallas, Mass Strikes in a Global Conjuncture of Crisis. A Luxemburgian Analysis, in: Vishwas Satgar, BRICs and the New American Imperialism. Global Rivalry and Resistance, Johannesburg 2020, S. 182–202.

[77] Walter Benjamin, Zur Kritik der Gewalt, Walter Benjamin Gesammelte Schriften, Bd. II, 1, Frankfurt a. M. 1999, S. 179–204.

werkschaft“ bezeichnet.[78] Dabei wird der Arbeitsplatzerhalt bestimmter Beschäftigtengruppen – in Deutschland vor allem die Stammbelegschaften der Automobilkonzerne – über alles andere gestellt. Diese Politik gerät zwangsläufig in Widerspruch nicht nur mit ökologischen Erfordernissen, sondern auch mit den weiter gefassten Interessen der Lohnabhängigen: Sie verschärft die Konkurrenz zwischen den Beschäftigtengruppen und verhindert eine Transformation derjenigen Branchen, in denen eine ökologische Konversion Voraussetzung für eine zukunftsfähige Arbeit wäre.[79]

Es geht aber auch anders: Gewerkschaften aus aller Welt kämpfen zum Beispiel im Rahmen von Gesundheitskampagnen schon lange gegen Umweltverschmutzung und haben in den letzten Jahren auch stets zu den internationalen Mobilisierungen bei den verschiedenen Klimagipfeln beigetragen.[80] Aktuell gibt es auch in Deutschland erste gewerkschaftliche Vorstöße in Richtung einer Verbindung sozialer und ökologischer Forderungen. So arbeitet etwa *ver.di* bei einer Kampagne für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit den Aktivist*innen von *Fridays for Future* zusammen, und die IG Metall strebt individuelle Arbeitszeitverkürzungen an.[81] Allerdings kommt es noch bei weitem zu keiner systematischen Zusammenführung, obwohl auch die Gewerkschaften durch eine ökologische Argumentation ihren Forderungen zusätzlichen Nachdruck verleihen könnten.

---

[78] Klaus Dörre, Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation, in: Thomas Haipeter / Klaus Dörre (Hg.), Gewerkschaftliche Modernisierung, Wiesbaden 2011, S. 267–301.

[79] Becker et al., Das Wertschöpfungssystem „Automobil“ im Umbruch (wie Anm. 60); Frank Iwer / Maximilian Strötzel, Verkehrswende und ökologischer Umbau der Automobilindustrie, in: Klaus Dörre / Hartmut Rosa / Karina Becker / Sophie Bose / Benjamin Seyd (Hg.), Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden 2019, S. 259–276.

[80] Für Beispiele siehe etwa: Paul Hampton, Workers and Trade Unions for Climate Solidarity. Tackling climate change in a neoliberal world, London / New York 2015, oder: Nora Räthzel / David Uzzell, Trade Unions in the Green Economy. Working for the Environment, New York 2012.

[81] Anja Krüger, Verdi und Fridays for Future für ÖPNV. Klima- und Arbeitskampf vereint, [https://taz.de/!5667797/]; IG Metall, Die Zeit nehm ich mir!, [https://www.igmetall.de/download/DieZeitnehmichmir_feec09fd2af9a2c256ab953c43932755add67b29.pdf].

Ein wichtiger Hinderungsgrund für ein Bündnis zwischen Umweltbewegung und Gewerkschaften ist das Verbot von politischen Streiks in Deutschland. Dieses Verbot steht allerdings im Widerspruch zu der von Verfassung und Völkerrecht garantierten Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) und dem damit einhergehenden Streikrecht. An keiner Stelle findet sich dort eine Einschränkung auf rein wirtschaftliche oder gar tarifbezogene Streiks. In diesem Sinne hat auch der Sachverständigenausschuss, der zur Überwachung der ILO-Übereinkommen berufen wurde, festgestellt, dass das Verbot des politischen Streiks in Deutschland völkerrechtswidrig ist.[82] Trotz dieses Verbots ist es in Deutschland immer wieder zu politischen Streiks gekommen, die aufgrund ihrer massenhaften Beteiligung nicht geahndet wurden.[83] Dies zeigt, dass für die Machbarkeit eines solchen Vorhabens weniger der rechtliche Rahmen als vielmehr der politische Wille fehlt. Wenn ein solcher politischer Wille entsteht, wird er wohl kaum von den Gewerkschaftsapparaten, sondern vielmehr von Basisinitiativen einer „environmental working class" ausgehen.[84] Eine solche muss als handlungsfähiger politischer Akteur aber erst noch hervorgebracht werden. Das erfordert den Aufbau von Netzwerken und Beziehungen inner- und außerhalb von Betrieben im Sinne eines umfassenden Organizing. Dabei wiederum könnten progressive gewerkschaftliche Akteure ein wichtiger potenzieller Bündnispartner sein.

3. Ausblick

Umweltpolitik findet in einem Kontext drastischer sozialer Ungleichheit statt. Der Nachhaltigkeitsdiskurs blendet diese soziale Ungleichheit größtenteils systematisch aus, kann sich ihr aber gleichwohl nicht entziehen. Im Gegenteil ist Nachhaltigkeit zu einem wichtigen Bestandteil

[82] Detlef Hensche, Das Tabu des politischen Streiks in Deutschland. Rechtliche und politische Aspekte, in: Alexander Gallas / Jörg Nowak / Florian Wilde (Hg.), Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg 2012, S. 219–226.

[83] Lucy Redler, Politischer Streik in Deutschland nach 1945, Köln 2007.

[84] John Bellamy Foster, The Epochal Crisis, in: Monthly Review, 65 (2013), 5, [https://monthlyreview.org/2013/10/01/epochal-crisis/].

aktueller Ungleichheitsverhältnisse geworden: Auf kultureller Ebene erfüllt der nachhaltige Lebensstil ganz wesentlich die Funktion einer ressentimentbeladenen Klassendistinktion für die Mittelschicht. Auf politischer Ebene wird Nachhaltigkeit zur Rechtfertigungsgrundlage für neue Austeritätspolitiken, die die Umwelt schlicht dadurch retten wollen, dass sie ärmere Schichten von ihrer Vernutzung ausschließen. Gleichzeitig gibt es einen erstaunlich großen – wenngleich bislang weitgehend konsequenzlosen – Konsens darüber, dass eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum als oberster gesellschaftlicher Maxime unumgänglich ist. Der Weltklimarat fordert: „rasche, tiefgreifende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft", also das, was man früher Revolution genannt hat.[85] Ansatzpunkte dafür sind in der dominanten Umweltpolitik jedoch kaum zu erkennen, da ihr Elitismus konsequent den Weg zu einer Massenbasis für solche Politiken verstellt.

Deutlich ist demgegenüber, dass Lohnabhängige als Mehrheit der Weltbevölkerung von einem Umweltschutz ‚von unten' stark profitieren würden. Sie leiden nicht nur am stärksten unter den verschiedenen Formen der Umweltverschmutzung, sondern würden durch konsequente Maßnahmen auch materiell bessergestellt. Mit der kollektiven Arbeitszeitverkürzung und der Wirtschaftsdemokratie wurden zwei entsprechende Ansätze vorgestellt. Darüber hinaus verfügen Lohnabhängige auch über ein wichtiges Machtmittel, das sie im Kampf gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur einsetzen können: den Streik. Anders als zivilgesellschaftliche Symbol- und staatliche Fiskalpolitik hat der politische Streik das Potenzial, eine Macht ‚von unten' aufzubauen, die imstande ist, ökonomische Sachzwänge zu durchbrechen. Es spricht deshalb viel dafür, dass eine ökologische Katastrophe nur dann verhindert werden kann, wenn es gelingt, soziale und ökologische Forderungen konsequent zusammenzudenken. Zumindest bislang hat ein Ausspielen der beiden Kategorien gegeneinander verhindert, dass die Umweltbewegung eine wirkliche Massenbasis erreichen konnte.

[85] IPCC, Global Warming of 1.5° C, 2018, [https://www.ipcc.ch/sr15/].

Herbert Obenland

Das Dieselauto – Eine Geschichte von Illusion und Betrug

Mehrere Jahre lang haben sich die Rechtsanwälte des Volkswagenkonzerns erfolgreich bemüht, keine der vielen Tausend Klagen von Kunden gegen den Konzern wegen des Abgasbetrugs bis vor den Bundesgerichtshof (BGH) kommen zu lassen. Im Mai 2020 ist nun doch noch ein höchstinstanzliches Urteil ergangen. Es spricht den Klagenden das Recht auf Schadenersatz zu und ist in seiner Begründung erfreulich eindeutig:

> Das Verhalten der Beklagten im Verhältnis zum Kläger ist objektiv als sittenwidrig zu qualifizieren. Die Beklagte hat auf der Grundlage einer für ihren Konzern getroffenen grundlegenden strategischen Entscheidung bei der Motorentwicklung im eigenen Kosten- und damit auch Gewinninteresse durch bewusste und gewollte Täuschung des KBA systematisch, langjährig und in Bezug auf den Dieselmotor der Baureihe EA 189 in siebenstelligen Stückzahlen in Deutschland Fahrzeuge in den Verkehr gebracht, deren Motorsteuerungssoftware bewusst und gewollt so programmiert war, dass die gesetzlichen Abgasgrenzwerte mittels einer unzulässigen Abschalteinrichtung nur auf dem Prüfstand eingehalten wurden. Damit ging einerseits eine erhöhte Belastung der Umwelt mit Stickoxiden und andererseits die Gefahr einher, dass bei einer Aufdeckung dieses Sachverhalts eine Betriebsbeschränkung oder -untersagung hinsichtlich der betroffenen Fahrzeuge erfolgen könnte. Ein solches Verhalten ist […] besonders verwerflich und mit den grundlegenden Wertungen der Rechts- und Sittenordnung nicht zu vereinbaren.[1]

Fragwürdig ist in dieser Begründung einzig die Einlassung zum Kraftfahrtbundesamt (KBA). Es stellt sich nämlich die Frage, warum man dort zehn Jahre lang Dutzenden von Hinweisen nicht nachgegangen ist und auch nach Aufdeckung des Sachverhalts bis heute nicht an Betriebs-

[1] BGH, Urteil vom 25. Mai 2020 – VI ZR 252/9.

untersagungen gedacht hat. Der Verdacht liegt nahe, dass das KBA eher Täuschungskomplize als Täuschungsopfer gewesen ist.

Wie alles begann

Im September 2015 warf die US-amerikanische Umweltbehörde „Environmental Protection Agency“ (EPA) dem Volkswagenkonzern vor, seine großmäulig als „Clean Diesel“ beworbenen Dieselmotoren verfehlten im Realbetrieb die zulässigen Abgasgrenzwerte für Stickoxide (NO_x) um ein Vielfaches. Begonnen hatte es aber schon viel früher. Erfuhr es lediglich keine öffentliche Resonanz, weil in Deutschland die Automobilindustrie Kultstatus genießt und sich selbst noch im Rechtsbruch staatlicher Protektion sicher sein kann? Fest steht: Wer als Ingenieur*in, Fachjournalist*in, Verkehrspolitiker*in oder PR-Strateg*in jemals mit der Effizienz und den Emissionen von Verbrennungsmotoren befasst war, konnte spätestens seit 2005 wissen, dass sich die Geschichte vom sauberen Diesel zwar gut erzählte, aber von Anfang an aus Lug und Betrug bestanden haben musste. Damals erkannte das Umweltbundesamt (UBA) im Rahmen einer Feldüberwachungsstudie bei einem Diesel-PKW: Es „scheint die Strategie der NO_x-Reduzierung auf den Prüfzyklus zur Typgenehmigung optimiert zu sein“.[2] Dies war ein klarer Hinweis auf das Vorhandensein einer Prüfzyklus-Erkennung, mit der die Abgasreinigung im Realbetrieb umgangen werden konnte. In den Folgejahren häuften sich seitens der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und weiterer Umweltinitiativen die Hinweise auf extreme Diskrepanzen im NO_x-Emissionsverhalten von Diesel-PKW im Prüfzyklus einerseits sowie im Realbetrieb andererseits. Im Jahr 2011 schließlich bestätigte sogar die „Gemeinsame Forschungsstelle“ der EU-Kommission diesen Zustand nach eigenen Tests.[3]

---

[2] Heinrich Steven, Untersuchungen für eine Änderung der EU-Direktive 93/116/EC. UBA-Forschungsbericht UFO-Plan-Nr. 201 45 105, 2006.

[3] Vgl. Martin Weiss / Pierre. Bonnel et al., Analyzing on-road emissions of light duty vehicles with Portable Emission Measurement Systems (PEMS). JRC Scientific Report JRC62639, Luxemburg 2011.

Warum beendete in all den Jahren niemand dieses gegen die Gesundheit von Millionen Menschen gerichtete kriminelle Treiben? Und wie konnte es geschehen, dass nach alledem nicht die Autoindustrie, sondern die Luftreinhaltepolitik sich heftigsten Anfeindungen ausgesetzt sah?[4]

Der Diesel und das Klima

Der Dieselmotor ist eine deutsche Erfindung mit beachtlichen Qualitäten. Seine Robustheit und Energieeffizienz machten ihn bereits früh im 20. Jahrhundert zum begehrten Antriebsaggregat in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft sowie im Schwerverkehr zu Land und Wasser. Sein Einsatz in PKW hingegen blieb wegen seines im Verhältnis zum Ottomotor rauen und lauten Laufs über Jahrzehnte eine Randerscheinung. Für eine Verwendung im PKW fehlte es ihm lange an jener Eleganz und Spritzigkeit, die für Autobesitzer*innen seit jeher wichtige Entscheidungskriterien beim Kauf sind. Auch die schwarzen, rußigen Abgasfahnen, die Dieselautos jahrzehntelang ausstießen, machten diese wenig attraktiv. Daran vermochten auch der vergleichsweise niedrige Treibstoffverbrauch und die steuerliche Begünstigung von Dieselkraftstoff nichts zu ändern. Vom Beginn der Serienproduktion im Jahr 1937 bei Daimler bis Anfang der achtziger Jahre dümpelte der Anteil der Dieselautos am PKW-Gesamtbestand in der BRD im unteren einstelligen Prozentbereich vor sich hin. In den Jahren danach jedoch erfuhr er ein geradezu explosionsartiges Wachstum und liegt gegenwärtig bei über 30 Prozent. Was war geschehen?

In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts begann die Diskussion um Treibhausgase, Erderwärmung und Klimawandel Fahrt aufzunehmen. Bereits 1979 hatte in Genf unter dem Dach der UNO die Erste Weltklimakonferenz (WCC1) stattgefunden, auf der Expert*innen aus UN-Unterorganisationen die deutlich gewordenen Hinweise

[4] Vgl. hierzu Herbert Obenland, Mobilmachung gegen einen Grenzwert – Die Mobilisierung des Ressentiments gegen die Grundlagen der Luftreinhaltung, in Lunapark 21, 46 (2019).

auf eine menschengemachte Erderwärmung diskutierten. Sie kamen unter anderem zu dem Schluss:

> Die fortdauernde Ausrichtung der Menschheit auf fossile Brennstoffe als wichtigste Energiequelle wird wahrscheinlich zusammen mit der fortgesetzten Waldvernichtung in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten zu einem massiven Anstieg der atmosphärischen Kohlendioxid-Konzentration führen […]. Unser gegenwärtiges Verständnis klimatischer Vorgänge lässt es durchaus als möglich erscheinen, dass diese Kohlendioxid-Zunahme bedeutende, eventuell gravierende langfristige Veränderungen des globalen Klimas verursacht […].[5]

Auf der Zweiten Weltklimakonferenz (WCC2) 1988 in Toronto, an der neben Expert*innen auch bereits Regierungsvertreter*innen aus 137 Ländern teilnahmen, kam man zu der Empfehlung an die Hauptemittenten unter den UN-Mitgliedsstaaten, ihre Emission von Treibhausgasen bis 2005 um zwanzig Prozent und bis 2050 um fünfzig Prozent, jeweils bezogen auf 1988, abzusenken, um die Erderwärmung und ihre klimatischen Folgen einzugrenzen. Damit war unüberhörbar der Anfang vom Ende des Kohlenstoffzeitalters eingeläutet. Seit 1992 ist der Klimaschutz auf internationaler Ebene durch den Abschluss der UN-Klimarahmenkonvention und die Etablierung jährlich stattfindender Weltklimakonferenzen institutionalisiert. Auf der Pariser Weltklimakonferenz 2015 gelang es erstmals, unter nahezu zweihundert Staaten ein verbindliches Abkommen über Maßnahmen und Ziele bei der Emissionsbegrenzung von Treibhausgasen, und hier vor allem von Kohlendioxid, abzuschließen. Das Ziel ist, die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf höchstens 2, besser 1,5° C, zu begrenzen und ab der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Emissionen in die Atmosphäre treibhausgasneutral zu gestalten. Die Bundesrepublik ist mit ihren Verpflichtungen bereits jetzt im Verzug.

---

[5] WMO – World Meteorologic Organization, Proceedings of the World Climate Conference – Geneva, 12–23 February 1979. WMO-No. 537, Secretariat of the WMO, Genf 1997, zitiert nach Jeremy K. Leggett (Hg.), Global Warming. Der Greenpeace-Report, München 1991, S. 477f.

Dabei war schon die Botschaft der ersten beiden Weltklimakonferenzen eindeutig: Die Deckung des Energiebedarfs würde künftig ohne die Verbrennung der kohlenstoffbasierten, fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas erfolgen müssen. Ab sofort bedürfe es der Entwicklung von Techniken zur Gewinnung und effizienten Nutzung regenerativer Energien wie Sonne, Wind und Wasserkraft. Eine Schwerpunktaufgabe in diesem Transformationsprozess stellte von Anfang an der Verkehrssektor dar. Auf diesen entfielen bereits 1989 insgesamt 25 Prozent des Endenergieverbrauchs. Gegenwärtig liegt dieser Anteil sogar bei dreißig Prozent, die nahezu vollständig durch Mineralöl abgedeckt werden.[6] Während die amerikanischen und asiatischen Autobauer bei ihren PKW auf die neue Situation ab Mitte der neunziger Jahre mit der Entwicklung serienfähiger Motoren auf Elektro- oder Brennstoffzellenbasis sowie mit Hybrid-Antrieben auf Verbrennungs- und Elektrobasis reagierten, witterte man zur selben Zeit in der deutschen Automobilindustrie das große Geschäft mit dem Diesel-PKW. Man setzte darauf, dessen ehedem schon gute Energieeffizienz noch zu steigern und seinen bereits niedrigen Treibstoffverbrauch weiter zu senken. Das Dieselauto wurde kurzerhand zum energiesparenden Klimafreund ausgerufen und durch einige technische Neuerungen wie Turbolader und Direkteinspritzung aufgebessert. Fortschritte bei den Parametern Laufruhe, Beschleunigungsvermögen und Höchstgeschwindigkeit halfen, das Dieselauto vom Traktoren-Image zu befreien. Über die immer noch auftretenden rußigen Abgasfahnen sah die geneigte Kundschaft noch eine Weile großzügig hinweg, und die Zunahme der Stickoxide im Abgas fiel ja niemanden ins Auge.

Auf dem scheinbar ökologisch sensiblen deutschen Markt ging der Werbetrick voll auf, demzufolge Kauf und Nutzung eines Diesel-PKW einem Beitrag zum Klimaschutz gleichkämen: Die Verkaufszahlen des Dieselautos boomten und sein Anteil am PKW-Bestand wuchs in den

[6] UBA–Umweltbundesamt, Energieverbrauch nach Energieträgern und Sektoren, [https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-nach-energietraegern-sektoren].

vergangenen vier Jahrzehnten auf nahezu das Zehnfache (Vgl. Abbildung 1).

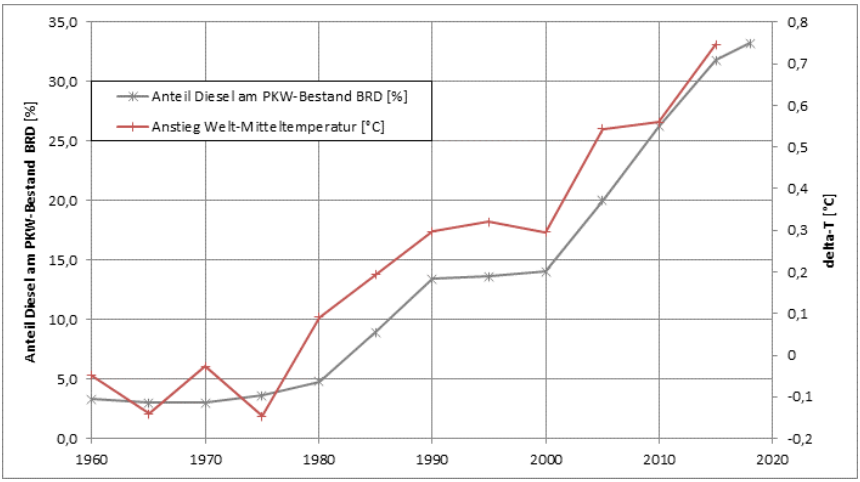

Abbildung 1: Der Anstieg der mittleren Erdtemperatur ist dem Anstieg des Diesel-Anteils am PKW-Bestand in der BRD förderlich.[7]

Ist durch diesen Dieselboom auch der Energieverbrauch im Verkehrssektor zurückgegangen? Mitnichten. Er ist seit 1989 um etwa 15 Prozent und damit überdurchschnittlich stark angestiegen. Und die CO_2-Emissionen sind seit 1990 sowohl insgesamt als auch in den einzelnen Quellsektoren rückläufig – mit dem Verkehrssektor als einziger Ausnahme. Hier sind die CO_2-Emissionen in absoluten Zahlen seit 1990 nahezu gleich geblieben und betragen mittlerweile trotz des gewachsenen Dieselanteils am PKW-Bestand fast 19 Prozent der Gesamtemissionen an CO_2.[8] Im Durchschnitt emittierte ein neu zugelas-

[7] Wirtschaftszahlen zum Automobil/Deutschland [https://www.wikipedia.org]. Climatic Research Unit (CRU), University of East Anglia (UEA) [https://www.cru.uea.ac.uk].

[8] Vgl. UBA – Umweltbundesamt: Treibhausgas-Emission in Deutschland 2019, [https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland].

sener Diesel-PKW 2019 sogar sechs Prozent mehr CO_2 als ein Benziner-PKW.[9] Der ständig wachsende PKW-Bestand, die Aufblähung der Motorleistungen und die massive Zunahme des Straßengüterverkehrs haben alle Bemühungen um Energieeinsparung und Emissionsminderung zunichte gemacht. Der Verkehrssektor bedarf einer grundlegenden Reform, zumal von ihm in seiner fossilen Verfasstheit nicht allein der Klimawandel befördert, sondern auch die menschliche Gesundheit schwer belastet wird.

Der Diesel und die Verlockungen des amerikanischen Automarkts

Auf dem US-amerikanischen Automarkt, dem lange Zeit bedeutendsten Automarkt der Welt, wurden über viele Jahre noch weit weniger Diesel-PKW verkauft als in Deutschland und Europa. Mit Ausnahme der Jahre von 1978 bis 1985 lag der Anteil der Diesel bei den PKW-Neuzulassungen immer deutlich unter einem Prozent. Erst 2010 gelang es den Herstellern von Dieselautos erneut, diese Marke zu überschreiten. Volkswagen (VW) spielte hierbei mit seiner „Clean Diesel"-Kampagne, auf die weiter unten eingegangen wird, die Hauptrolle.

Doch zunächst: Wie kam es Ende der Siebziger Jahre in den USA zu dem kleinen Diesel-Boom? 1976 stellte VW den ersten Golf mit Dieselmotor vor und pries ihn unter der Typbezeichnung „Rabbit D den durch die Ölversorgungskrise 1973/74 verunsicherten US-Amerikaner*innen als treibstoffsparenden Beitrag zur Verringerung der Abhängigkeit von importiertem Öl aus den OPEC-Ländern an. Weil Dieselautos bei der amerikanischen Kundschaft bis dahin als laut, träge, rauchend und stinkend in Verruf standen, sahen die deutschen Dieselbauer in der Eroberung eines Marktanteils von 5,6 Prozent bis 1981 einen großen Erfolg. Mit dem „Rabbit D" und seiner geschickten Bewerbung als sparsames Umweltauto hatte sich die öffentliche Wahrnehmung des Diesel-PKW begonnen zu ändern. Tatsächlich zeigte er

[9] UBA – Umweltbundesamt, Sieben Fragen und Antworten zum Diesel 2020, [https://www.umweltbundesamt.de/themen/sieben-fragen-antworten-diesel].

sich in Beschleunigung und Höchstgeschwindigkeit dem Benziner-Golf ebenbürtig. Doch nach 1981 wendete sich das Blatt wieder. Die Verunsicherung durch die Ölversorgungskrisen begann zu weichen, die Treibstoffpreise sanken wieder und in den großen Städten der USA stieg die Verkehrsdichte. Die Smogperioden häuften sich, und die gesellschaftlichen Debatten über die Schädlichkeit von verkehrsbedingten Abgas- und Partikelemissionen rückten ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Behörden reagierten mit strengen Abgasgrenzwerten bei der Typgenehmigung, und die Autobauer sahen sich gezwungen, mit technischen Änderungen darauf zu reagieren.

VW passte beim „Rabbit D" im Zuge eines Modellwechsels 1981 die Abgasreinigung an die neuen Vorgaben an. Hierdurch stieg jedoch der Verbrauch, die Werte für Beschleunigung und Höchstgeschwindigkeit wurden schlechter. Wie sich bald zeigte, entfielen damit die zentralen Verkaufsargumente für den kleinen Diesel von VW. Im Vergleich mit Benzinern erschien er nun abermals als lahm und träge. Spritzig, flink und sparsam, das ging bei der Dieseltechnologie offenbar nur um den Preis schmutziger Abgase. Zusammen mit dem Auftreten einiger Pannen bei der Entwicklung von Diesel-PKW durch amerikanische Autobauer ließ dies den Marktanteil der Dieselautos bis 1986 wieder unter die Ein-Prozent-Marke absinken, wo er bis 2010 verharrte. So endete die erste große Mobilmachung zur Eroberung eines größeren Geländes für Dieselautos im amerikanischen Automarkt dort, wo sie begann. In einem 2004 in der Autozeitschrift „Road & Track" erschienenen Beitrag erinnerte sich der Autor Mike Monticello an den „Rabbit D" so: „It was praised for performing more like a car than any diesel previously, but in truth it was rattly, smoky and slow-revving."[10]

Unterdessen eilte das Dieselauto in Deutschland als vermeintlicher Klimafreund bei den Neuzulassungen von Rekord zu Rekord. VW gelang es mit den seit Anfang der Neunziger Jahre in seinen Dieselautos verbauten TDI-Motoren (Turbodiesel Direktinjektion), die Eigen-

[10] Mike Monticello, Volkswagen Passat TDI and Touareg V-10, in: Road&Track, September 2004.

schaften *rattly* und *slow-revving* abzuschütteln. Doch der Reinigung der *smoky* Abgasfahnen vom gefährlichen Dieselruß verweigerte man sich noch ein gutes Jahrzehnt lang. Die Diesellobby störte das nicht. „Wunder-Diesel", schrieb Wolfgang König in „Auto Motor und Sport", „strotzend vor Kraft, aber genügsam wie die Kamele. Sie lärmen nicht mehr, sie schmutzen nicht mehr, und wenn sie stinken, dann fast nur noch aus der geöffneten Tankklappe. Man muss diesen Fortschritt erlebt haben, um ihn für möglich zu halten".[11] Die TDI-Diesel wurden euphorisch gefeiert, doch neben dem Ruß war das Problem mit den Stickoxiden (NO_x) im Abgas nicht nur geblieben, es hatte sich mit Einführung der TDI-Technologie und der damit verbundenen Effizienzsteigerung sogar noch erheblich verschärft. Das sah und roch man allerdings nicht, und die Abgas-Grenzwerte für NO_x lagen bis 2004 mit 776 mg/km in den USA und 500 mg/km (Euro 3) in Europa auch noch zu hoch, um der Typgenehmigung gefährlich werden zu können.

Der Diesel im Zielkonflikt zwischen Energieeffizienz und Gesundheitsschutz

In Europa wurde 2005 für Diesel-PKW die Euro-4-Norm mit dem NO_x-Grenzwert von 250 mg/km eingeführt und zugleich deren Fortschreibung in der Euro 5-Norm mit 180 mg/km ab 2009 sowie Euro-6-Norm mit 80 mg/km ab 2014 beschlossen. Die in den USA seit 2004 für Diesel- und Benziner-PKW gleichermaßen geltende Abgasnorm *Tier 2 Bin 5* sah die stufenweise Einführung eines NO_x-Grenzwertes von 31 mg/km bis 2017 vor. Den Hintergrund für diese Schritte bildete in der EU die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 1997, der hauptsächlich verkehrsbedingten NO_2-Belastung der Luft Einhalt zu gebieten. Die WHO hatte in ihren *Environmental Health Criteria* zu den Stickoxiden die weltweite Belastung in den großen Städten erkundet und zu den vorhandenen Informationen

[11] Wolfgang König, Du darfst, in: Auto Motor und Sport, 13 (1998).

über die mit Stickoxiden verbundenen Gesundheitsgefahren in Beziehung gesetzt. Zusammenfassend kam sie dabei zu dem Schluss:

> Nitrogen oxides can reach concentrations in ambient and indoor air that may affect human health. Short-term NO_2-exposure causes decreases in lung function and increased airway responsiveness. Other effects include decreases in host defences and alterations in lung cells and their activity. Long-term exposure to NO_2 is associated with respiratory illness. Individuals with asthma and chronic pulmonary desease are more susceptible than healthy individuals.[12]

In den USA werden die sehr niedrigen Emissionsgrenzwerte für Stickoxide zusätzlich damit begründet, dass es sich bei den Stickoxiden um Vorläufer-Substanzen der äußerst gesundheitsschädlichen Ozon- und Feinstaubbelastung der Luft handelt.

Die neuen US-Anforderungen an die Abgasreinigung im Interesse des Gesundheitsschutzes vermochten die vom VW-Konzern angebotenen Dieselautos bereits im Prüfzyklus zur Typgenehmigung nicht mehr zu erfüllen. Infolgedessen konnte VW bis einschließlich 2007 in den USA keine Dieselautos mehr verkaufen. Die neuen Anforderungen hätten nachmotorische Einrichtungen zur NO_x-Abgasreinigung wie zum Beispiel einen Katalysator zur selektiven katalytischen Reduktion von NO_x zu Stickstoff (SCR-Kat) erfordert.[13] Diesen Entwicklungsschritt wollten die Dieselautobauer bei VW jedoch unbedingt vermeiden. Er hätte bedeutend höhere Produktionskosten und schlechtere Gebrauchseigenschaften mit sich gebracht. Die Aussicht auf eine Steigerung des Dieselmarktanteils in den USA wäre endgültig verstellt gewesen. Der Konkurrenzkampf mit Toyotas Hybridantrieben um die Vormachtstellung im automobilen Klimaschutz drohte für immer verloren zu gehen.

---

[12] WHO – World Health Organization, Nitrogen Oxides: Environment Health Criteria (EHC) 188, 2nd Edition, Geneva 1997.

[13] SCR-Kat: „Selective Catalytic Reduction"-Katalysator, wandelt selektiv Stickoxide im Abgas mittels Harnstoff resp. Ammoniak in Stickstoff und Wasser um. Technisch aufwändig, benötigt zweiten Tank für Harnstoff.

Ein Ressentiment übernimmt die Regie

Auf der Suche nach einem Ausweg aus diesem profitgefährdenden Dilemma ist im VW-Konzern offenbar ein Ressentiment handlungsleitend geworden, das die Geschichte der Automobilindustrie seit langem prägt. Es richtet sich gegen die Luftreinhaltung als vorbeugenden Gesundheitsschutz. Sei es die Abschaffung des bleihaltigen Benzins für Ottomotoren, sei es die Einführung des Dreiwegekatalysators für diesen Motortyp oder sei es der Einbau von Rußfiltern in die Abgasführung von Dieselmotoren: Stets brachte sich die Autoindustrie mit den immer gleichen Einwänden gegen diese Maßnahmen in Stellung. Mal sollten sie zu Motorschäden, mal zu Leistungsverlusten, mal zu Mehrverbrauch und mal zu exorbitant höheren Anschaffungs- und Unterhaltskosten, in jedem Falle aber immer zu weniger Fahrspaß führen. Für Autobauer sind sich auf ihre Produkte beziehende Maßnahmen zum vorbeugenden Gesundheitsschutz schon immer bestenfalls unnötig und schlechtesten falls eine Störung ihres Geschäfts. Carl Hahn, VW-Vorstandschef von 1982 bis 1993, brachte es so auf den Punkt: „Ich verkaufe lieber ein Auto ohne Kat als ein Auto weniger."[14] Zur Zeit des Amtsantritts von Martin Winterkorn als Vorstandsvorsitzender von VW in 2007 scheint man sich dort der Devise Carl Hahns erinnert und diese zeitgemäß wie folgt gewendet zu haben: Wir verkaufen lieber Dieselautos mit vorgetäuschter Abgasreinigung als keine.

„Clean Diesel" – Betrug als Geschäftsprinzip

Unter dem internen Code EA 189 (EA steht für „Entwicklungsauftrag") ging man bei VW nach 2005 an den Bau einer neuen Generation von Dieselmotoren. Über eine Common-Rail-Einspritzung erreichte man dabei weitere Verbrauchssenkungen sowie eine verbesserte Laufruhe und leisere Betriebsgeräusche. Durch die Weiterentwicklung der Abgasrückführung gelang es, die neuen NO_x-Abgasnormen für

[14] Zitiert nach: „Katalysator: Tricksen und Verharmlosen", Der Spiegel, 30/1989, S. 73.

Europa und die USA im Prüfzyklus zur Typgenehmigung einzuhalten. Im Realbetrieb jedoch sorgte die Motorsteuerung für eine weitgehende Reduzierung der Abgasrückführung und somit der NO_x-Abgasreinigung. Die Unterscheidung von Prüfstands- und Realbetriebsmodus besorgte eine in der Motorsteuerung versteckte Software.

Diese Motoren-Generation umfasste zunächst 1,6 l- und 2 l-Motoren, die in Golf, Jetta und Passat verbaut wurden. Später kam noch ein 1,2l-Motor dazu. Ab 2008 wurde so der Marktzugang in Europa und den USA gesichert. Dutzende von Typen aus dem gesamten VW-Konzern (mit den Marken VW, Audi, Seat und Skoda) wurden mit den EA-189-Motoren ausgestattet und weltweit vertrieben.

Sauber, sparsam, leistungsstark und energieeffizient – so stellte VW in den USA ab 2008 seine mit dem Betrugsmotor EA 189 ausgestatteten Diesel-PKW vor. Und obwohl bereits das erste Attribut nicht den Tatsachen entsprach, wurde dieses Dieselprogramm unter dem Label „Clean Diesel" vermarktet. Das vor allem sollte die Botschaft sein: Höchste Effizienz und größtes Fahrvergnügen bei gleichzeitig minimiertem CO_2-Ausstoß und unter Einhaltung von *Tier 2 Bin 5*, der anspruchsvollsten NO_x-Abgasnorm weltweit. „Der Wettlauf zwischen Hybrid und Diesel um die Krone der Nachhaltigkeit wird spannend bleiben", orakelte der damalige Präsident des Verbands der Automobilindustrie (VDA) Gottschalk bereits anlässlich der Detroit Motor Show 2006.[15] Im Spätsommer 2007 startete ein „Dieselution-Truck" genannter grün-blau lackierter Sattelschlepper mit einem „Diesel-Campus" an Bord an der Ostküste der USA zur „Clean-Diesel-Tour". Diese Tour endete am Wochenende des Superbowl im Februar 2008 in Phoenix, denn „Clean Diesel" sollten sportlich herüberkommen. Hierfür wurde 2008 eine Serie von Autorennen namens „Jetta-TDI-Cup" durchgeführt. Im selben Jahr gelang es VW überdies noch, für den „Jetta TDI Clean Diesel" die Auszeichnung

[15] VDA – Verband der Automobilindustrie, Gottschalk: Automobilindustrie peilt US-Absatz von 1 Million Autos an – Wettlauf zwischen Diesel und Hybrid erwartet, Pressemitteilung vom 1. August 2006.

„Green Car of the Year 2009“ zu erzielen, die jährlich vom „Green Car Journal“ vergeben wird. Und ein Jahr später ging diese Auszeichnung mit dem „Audi A3 TDI Clean Diesel“ wieder an ein Auto mit Betrugsmotor.

„Wir setzen auf Clean Diesel – und zwar bei *Cars* ebenso wie bei *Light Trucks*“, hatte VDA-Präsident Wissmann auf der Detroit Motor Show im Januar 2008 verkündet. Und mit Blick auf den für Frühjahr 2008 avisierten Verkaufsstart des „Jetta Clean Diesel“ fügte er hinzu: „Es ist […] durchaus angebracht, 2008 als das Jahr des Clean-Diesel-Durchbruchs zu bezeichnen“.[16] Der augenblicklich noch niedrige Dieselmarktanteil markiere nur die „Ruhe vor dem Sturm“. Dass es dann 2008 nur zu einem lauen Lüftchen reichte, hatte seine Gründe auch in der beginnenden Finanzkrise, als deren Folge der amerikanische Automarkt stark einbrach. Der Marktanteil von Diesel-PKW am gesamten PKW-Absatz in den USA kam jedenfalls 2008 über 0,2 Prozent nicht hinaus. 2010 lag er nach zunächst kräftigen Zuwachsraten erstmals seit 1985 wieder über einem Prozent, um sich in den Jahren bis 2015 um 1,5 Prozent einzupendeln. Von einem Durchbruch waren diese Ergebnisse weit entfernt. Auch der Umstand, dass VW den früheren US-Verkehrsminister LaHood auf seine Leimspur locken konnte, half nichts. Dieser hatte 2011 bei der Eröffnung des neuen VW-Werks in Chattanooga erklärt, die „Clean Diesel“-Motoren von Volkswagen seien eine tragende Säule für die umweltgerechte Erneuerung der individuellen Mobilität in den USA. Ähnlich äußerte sich 2011 auch die *Deutsche Bank Research* in einer Expertise zur Entwicklung des amerikanischen Automarktes: „Die Weichen scheinen nun gestellt zu sein, dass Diesel-PKW langfristig wichtiger werden. Bis 2015 könnte der Marktanteil von Diesel-PKW auf rund 3 Prozent steigen.“[17] Daraus wurde nichts, und 2015 war dann

[16] VDA – Verband der Automobilindustrie, Wissmann: Deutsche Marken legen auf dem US-Markt weiter zu/Clean-Diesel-Offensive voll in Fahrt – Absatz soll auf 1 Mio. Einheiten steigen, Pressemitteilung vom 13. Januar 2008.

[17] Eric Heymann, US-Automarkt auf dem Weg zu alter Größe. Deutsche Bank Research, Frankfurt, 20. Dezember 2011.

nach ca. 500.000 in den USA verkauften Betrugsdiesel endgültig Schluss mit der „Clean Diesel“-Offensive. Die zweite große Mobilmachung zur Verankerung des deutschen Dieselautos im profitträchtigen amerikanischen Automarkt hatte trotz des Einsatzes von hoher krimineller Energie im Desaster geendet. Martin Winterkorn, VW-Vorstandschef bis 2015, ist im September 2020 vor dem Braunschweiger Landgericht des „gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs“ angeklagt worden.

Die kalifornische Luftreinhaltungs-Kommission CARB (Californian Air Ressources Board) hatte im Frühjahr 2013 das gemeinnützige Forschungsinstitut ICCT (International Council on Clean Transportation) im Verbund mit der West Virginia University damit beauftragt, die NO_x-Emissionen von VW-Diesel-PKW im Prüfzyklus zur Typgenehmigung mit denen im realen Alltagsbetrieb zu vergleichen. Ergebnis der Studie: Die getesteten Diesel stießen im Alltagsbetrieb bis zu 35-mal mehr NO_x aus als zulässig. Nach langem Leugnen und hinhaltenden Irreführungen gestand VW schließlich im September 2015 gegenüber der amerikanischen Umweltbehörde EPA (Environmental Protection Agency) die serienmäßige Verwendung von Prüfzyklus-Erkennungs-Software und einer Abschalteinrichtung bei der Abgasreinigung. In einem Vergleich mit der US-Justiz, vor der VW eine Unzahl straf- und zivilrechtlicher Prozesse drohten, bekannte sich der Konzern 2017 der Verschwörung zum Betrug, der Behinderung der Justiz und des Verkaufs von Waren unter falschen Angaben schuldig. Er akzeptierte Straf- und Bußgelder sowie Entschädigungszahlungen in Höhe von 4,3 Mrd. Dollar und verpflichtete sich zum Rückkauf aller in den USA verkauften Betrugsdiesel. Insgesamt belaufen sich die Kosten des Betrugs für VW in den USA – Stand 2019 – auf zirka 28 Mrd. Dollar. Die von der illegalen Luftverunreinigung gesundheitlich Geschädigten kennt naturgemäß niemand – nicht in den USA, nicht in Deutschland und schon gar nicht weltweit. Sie bleiben mit ihrem Leid, dessen Ursache sie oftmals nicht exakt verorten können, alleine. VW hat sie dem Profitinteresse geopfert.

Wo sind die 500.000 Betrugsdiesel in den USA, über zwei Millionen in Deutschland und elf Millionen weltweit geblieben? In den USA lief noch bis Ende 2019 das Rückkaufprogramm, zu dem VW verpflichtet wurde. VW hat dazu Dutzende riesige Parkplätze zum Beispiel in einer kalifornischen Wüste, in einem ausrangierten Football-Stadion in Detroit und auf dem Gelände einer ehemaligen Papierfabrik in Minnesota angemietet, auf denen mittlerweile etwa 400.000 Dieselautos herumstehen. Sie warten auf die Genehmigung der US-Behörden zum gesetzeskonformen Umbau der Abgasreinigung und werden, sollte dieser ausbleiben, möglicherweise verschrottet.

Ganz anders steht es um die mindestens 2,4 Millionen Betrugsdiesel, die VW spätestens ab 2009 in Deutschland abgesetzt hat. Sie sind alle weiter in Betrieb. Gleiches gilt für die rund sechs Millionen im europäischen Ausland verkauften Betrugsdiesel. VW bestritt wortklauberisch, dass die mit den betrügerischen Maßnahmen an den Dieselautos in den USA identischen Optimierungen der Abgasreinigung auf den Prüfzyklus hin einen Verstoß gegen EU-Typgenehmigungsrecht gemäß Verordnung 715/2007/EG darstellten. Diese Verordnung verbietet Abschalteinrichtungen. Tatsächlich hat VW seinen Betrug nicht über die Abschalteinrichtung einer nachmotorischen Abgasreinigung organisiert, sondern über eine optimale Anpassung der innermotorischen Abgasrückführung an den Prüfzyklus. Beides dient aber demselben Zweck, nämlich der betrügerischen Erlangung der Typgenehmigung. Beides müsste folglich gleichermaßen – und wie in den USA geschehen – mit dem Entzug derselben sanktioniert und die betroffenen Kund*innen – wie in den USA – entschädigt werden. Nichts davon ist in Deutschland geschehen. Das Kraftfahrtbundesamt (KBA) hat dem Konzern per Bescheid lediglich auferlegt, bei allen Dieselautos mit EA-189-Motor kostengünstig ein Softwareupdate aufzuspielen, mit dem die Umschaltmöglichkeit vom Prüfstands- zum Straßenmodus in der Motorsteuerung beseitigt wird.

Am NO_x-Ausstoß der Dieselautos im Realbetrieb hat diese mittlerweile abgeschlossene Maßnahme wenig geändert. Eine von der Deut-

schen Umwelthilfe (DUH) 2018 durchgeführte Abgasprüfung an drei Betrugsdieseln im Realbetrieb (Real Drive Emission / RDE) sowohl vor als auch nach dem Software-Update ergab bei mittleren Temperaturen Absenkungen der NO_x-Emissionen zwischen 25 und 54 Prozent. Bei Temperaturen um den Gefrierpunkt war gar ein Anstieg um 22 Prozent zu verzeichnen. Alle drei PKW erreichten auch nach dem Software-Update nicht die für sie gültige Abgasnorm Euro 5, sondern lagen bis zum Faktor 3,7 darüber. Bei einem PKW war nach dem Update der Kraftstoffverbrauch um 15 Prozent erhöht.

Anders stellte sich das Ergebnis der Abgasprüfung an drei weiteren Betrugsdieseln vor und nach dem Einbau eines SCR-Katalysators dar. Bei ebenfalls mittleren Temperaturen erbrachte diese Nachrüstung mit einer Abgasreinigungsanlage Absenkungen der NO_x-Emissionen zwischen 80 Prozent und 93 Prozent. Alle drei PKW lagen danach unterhalb der für sie gültigen Abgasnorm Euro 5.[18] Inzwischen ist von vielen Seiten aus der Zivilgesellschaft, aus den Gesundheitswissenschaften, aber auch aus staatlichen Institutionen auf dem Feld des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes heraus verlangt worden, VW diese wirksame Nachrüstung seiner Betrugsdiesel aufzuerlegen. Der Bundesverkehrsminister und das ihm unterstehende Kraftfahrtbundesamt verweigern sich allerdings beharrlich diesem Schritt, sie geben stattdessen den Schutzpatron der Autoindustrie.

Wenn Stickoxide harmlos wären...

Wenn Stickoxide harmlos wären, wäre das Dieselauto trotzdem nicht das Automobil der Stunde. Gewiss, es gäbe nicht diese ärgerlichen Stickoxid-Abgasnormen bei der Typgenehmigung und auch nicht den verhassten Immissionsschutz-Grenzwert von 40 μg Stickstoffdioxid (NO_2)/m^3 im Jahresmittel. Es gäbe auch nicht die lästigen Urteile zu Fahrverboten in dutzenden Städten mit Überschreitungen des NO_2-

[18] DUH – Deutsche Umwelthilfe, Weiterhin dreckige Luft trotz Software-Updates. Diesel-Abgasmessungen der DUH verdeutlichen Notwendigkeit von Hardware-Nachrüstungen, Pressemitteilung vom 15. August 2018.

Grenzwertes. Und trotzdem wäre das Dieselauto nicht das Auto der Stunde, denn es emittiert, je energieeffizienter seine Motoren arbeiten, umso mehr – und in hoher Korrelation mit NO_2 auftretend – Ultrafeine Partikel (UFP), über deren Gefährlichkeit für die Gesundheit große Besorgnis besteht. In dieser Zwickmühle trifft sich das Dieselauto mit dem Benzinauto, das in seiner als modern geltenden Direkteinspritzer-Variante zwar an Energieeffizienz gewinnt, aber dafür mit UFP-Emissionen aufwartet, die um Größenordnungen über denen des Dieselautos liegen. Partikelfilter können die UFP-Emissionen zwar deutlich mindern, verbrauchen dafür aber wiederum Energie. Und so bleibt, aus welchem Blickwinkel man es auch betrachtet, nur ein Schluss: Die Verbrennerautos sind am Ende.

Dies ist eine Veröffentlichung der ***Sozial.Geschichte Online***
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

Thomas Gehrig

Das Sozialistische Büro und die Wiederkehr der Organisationsdebatte

Um das Sozialistische Büro (SB) und seine Geschichte haben sich in letzter Zeit wieder einige Aktivitäten entwickelt. Das hat vielfältige Dimensionen. Mit dem neuerlichen Interesse an der Klassenfrage[1] entstand auch wieder ein Interesse am Politik- beziehungsweise Organisationsansatz des SB. Dies, nachdem die Klassenfrage und die Arbeiter*innenbewegung als emanzipatorisches, gesellschaftsveränderndes Subjekt mitsamt ihrer Geschichte auch von weiten Teilen der Linken weitgehend für überholt oder irrelevant erklärt, ausgegrenzt oder gar angefeindet wurden. Zuletzt diskutierte die *Antifa Kritik und Klassenkampf* den Arbeitsfeldansatz des SB.[2] Das SB begann darüber hinaus eine Selbstthematisierung, nicht zuletzt angesichts seines fünfzigsten Geburtstags 2019.[3] Aus dem SB und seinem Umfeld heraus wurde ein Geschichtsprojekt auf den Weg gebracht. Entstehung, Kontext und Wirkungsgeschichte des SB sollen innerhalb eines Forschungszusammenhangs historisch aufgearbeitet werden.

[1] Siehe u. a.: Sebastian Friedrich / Redaktion analyse & kritik (Hg.), Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin 2018, sowie zuletzt das Jubiläumsheft der Prokla, Probleme des Klassenkampfs – heute, Prokla, 50 (2020), 200.

[2] Siehe u. a.: Antifa Kritik und Klassenkampf, Der kommende Aufprall, 2015, [http://akkff-m.blogsport.de/2015/04/02/der-kommende-aufprall/]; zur Diskussion siehe: diskus, 65 (2016), 2, [https://diskus.copyriot.com/akk].

[3] Siehe u. a.: 50 Jahre SB, [http://express-afp.info/50-jahre-sb]; Gottfried Oy, 50 Jahre Sozialistisches Büro, 2019, [https://www.rosalux.de/news/id/40787/50-jahre-sozialistisches-buero/]; Günter Pabst, Rückblick auf die Geschichte des Sozialistischen Büros, in: Widersprüche, 143 (2017), S. 123–125; Rudolf Walther, 50 Jahre Sozialistisches Büro: Undogmatische Linke. Unter den Formationen der Neuen Linken nach 1968 hob sich das Sozialistische Büro als undogmatischer und intellektueller Ansatz hervor, in: taz, 12. 07. 2019, [https://taz.de/50-Jahre-Sozialistisches-Buero/!5604894/].

Als eine Auseinandersetzung mit dem SB erschien auch 2019 das Buch *Rätepartei* von Carsten Prien.[4] Im Folgenden geht es anhand einer kritischen Lektüre dieser Schrift um Ansätze einer Rekonstruktion der Organisationsdebatte des SB. Die in diesem Zusammenhang, im Rückblick auf die Geschichte des SB, thematisierten Perspektiven, Erwartungen und Politikvorstellungen der kapitalismuskritischen Linken erscheinen auch heute noch relevant.

Gerade die Organisationsfrage im Sinne einer Frage nach dem Verhältnis zu den politischen Strukturen der repräsentativen Demokratie, zum Parlamentarismus und damit zur Partei-Organisation sind im SB ebenso wie in seinen Vorläuferorganisationen ein immer wiederkehrender, wenn nicht gar als wesentlich zu bezeichnender Bestandteil der Auseinandersetzung. Nicht nur im Gründungsumfeld des SB wurde die Frage diskutiert, ob und wie es zur Etablierung einer Partei links der SPD kommen könne beziehungsweise solle. Auch dem SB selbst blieb die Debatte erhalten. Diskutiert wurde, ob das SB sich organisatorisch in Richtung Partei entwickeln, ob es eigenständig bleiben – gerade um in bestehende Organisationen und Partei hineinzuwirken – oder ob es sich eher kritisch auf Partei-Politik beziehen soll. Das Buch *Rätepartei* lässt diese Debatte wiederaufleben. Bevor jedoch genauer darauf eingegangen wird, gilt es zunächst das SB etwas genauer zu beschreiben.

Das SB wird Anfang 1969 gegründet, zu einem Zeitpunkt, an dem die 68er-Bewegung ihren Zenit bereits überschritten hat. Bundestagswahlen und damit ein Regierungswechsel stehen bevor. Seit 1966 regiert die Große Koalition, nach der Bundestagswahl 1969 am 28. September etabliert sich die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt.

Die Linke sucht wieder nach neuen Organisationsformen oder löst sich in etablierte oder traditionalistische auf. Der SDS zerfällt und beendet seine Existenz Anfang 1970. Parteigründungen finden statt: DKP 1968, die K-Gruppen: KPD/ML 1968, KPD/AO 1970, KB 1971, KBW

[4] Carsten Prien, Rätepartei. Zur Kritik des Sozialistischen Büros, Oskar Negt und Rudi Dutschke. Ein Beitrag zur Organisationsdebatte. Mit drei Originaltexten von Rudi Dutschke und Oskar Negt, Seedorf 2019. Zur Kritik an Prien siehe auch: Timm Kunstreich, Partei sein ohne Partei zu werden. Anmerkungen zu Carsten Prien, in: Widersprüche, 157/2020, S. 127–130.

1973 und der *Revolutionäre Kampf* (RK) 1970.[5] Die unterschiedlichsten politischen Gruppen überlegen, ob oder wie sie sich zum Parlamentarismus verhalten sollen.[6] Wir stehen am Beginn des später sogenannten „roten Jahrzehntes".

Wie kommt es zur Gründung des SB? Gottfried Oy schreibt in seiner Arbeit zum SB und der Zeitschrift *links*:

> Etwa 30 Personen, maßgeblich aus dem linkssozialistischen Spektrum, aber auch der Ostermarschbewegung, sowie auch geprägt durch die Erfahrungen im Kuratorium Notstand der Demokratie und dem Sozialistischen Zentrum, gründen im Februar 1969 in Offenbach die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro.[7]

Das lässt sich präzisieren: Im SB sammeln sich in der Tat viele Personen aus der Kampagnenpolitik der frühen BRD (Ostermarsch-Bewegung / Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Bewegung gegen die Notstandsgesetze / Kuratorium Notstand der Demokratie). Nach Andreas Buro ist das SB wesentlich eine Gründung aus dem Arbeitsausschuss der *Kampagne für Demokratie und Abrüstung*.[8] Arno Klönne gab den Anstoß zur Initiative und wandte sich an Christel Beilmann, Klaus Vack und Buro selbst. Angesprochen sei damit die „undogmatische Kerngruppe" der Kampagne.[9]

[5] „Wer tut uns weh? Der KBW! Wer macht uns froh? Das Sozialistische Büro! Wer macht Dampf? Revolutionärer Kampf!" (Demo-Spruch der Frankfurter Spontis).

[6] Dazu wird die frühere sozialistische Debatte rezipiert. Siehe u. a. Georg Lukács / Paul Friedländer (d. i. Ernst Reuter) / L. Rudas, Parlamentarismusdebatte, Berlin 1968, [https://www.mao-projekt.de/BRD/BER/ANA/Berlin_ANA_1968_PG_Raete_Parlamentarismusdebatte.shtml].

[7] Gottfried Oy, Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links. Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997). Von der Rosa Luxemburg Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. in Auftrag gegebene Studie, Berlin 2007, [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Policy_Paper/Papers_Spurensuche.pdf], hier S. 25.

[8] „Ein Teil des Arbeitsausschusses der Kampagne […] gründete […] Ende 1969 das Sozialistische Büro": Andreas Buro, Gewaltlos gegen Krieg, Frankfurt am Main 2011, S. 137. Auch Margareth Kukuck verweist im Wesentlichen auf die Kampagnen als Gründungshintergrund des SB: Margareth Kukuck, Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967, Hamburg 1977, S. 203.

[9] Buro (wie Anm. 8). Auch Vack beschreibt dies so. Er berichtet von einem Treffen im September 1968 im Offenbacher Naturfreundehaus, zu dem Klönne und Vack eingeladen hatten. Anlass war der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR. Geladen waren nur „scharfe Kritiker

Das *Sozialistische Zentrum* spielt bei der Gründung des SB wohl nur mittelbar eine Rolle. Das Zentrum war eine Sammlungsinitiative, die im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 entstand. Es wurde 1967 auf Initiative des *Sozialistischen Bundes* (SB) gebildet.

> Zu dieser Zeit suchte der SB auch die Zusammenarbeit mit der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten […] und der Deutschen Friedens-Union […]. Das Zentrum zu einer neuen Partei zu formen, gelang nicht. Doch formierte sich ein Wahlbündnis für die Bundestagswahlen 1969, das aber bereits mit der Invasion des Warschauer Paktes in der ČSSR 1968 zerbrach.[10]

---

des Einmarschs", neben „etwa 30 Mitarbeiter[n] der Kampagne" auch „Vertreter des SDS sowie anderer Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition": Klaus Vack, Ein weiterer Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), Das andere Deutschland nach 1945 – als Pazifist, Sozialist und radikaler Demokrat in der Bundesrepublik Deutschland – Klaus Vack, Köln 2005, S. 79–144, hier: S. 98. Es zeigten sich hier jedoch „Meinungsverschiedenheiten": „Die einen drängen auf eine weitere Konfrontation ‚mit dem System' und lehnen jegliche Form von ‚Kollaboration' mit ‚dem Establishment' ab." Vack sieht hier bereits das Politikverständnis der K-Gruppen am Werk. Der „harte Kern der Kampagne" will diese als Bündnis zusammenhalten. Dabei sei jedoch das Bedürfnis virulent geworden, „daß wir undogmatischen Sozialisten uns einen eigenen, von einer nunmehr abgehobenen Bündnispolitik unabhängigen politischen Bezugsrahmen schaffen müssen". Im Anschluss an dieses Treffen wandten sich Klönne (und Beilmann) an Buro und Vack mit dem „Vorschlag einer autonomen Organisierung um eine sozialistische Publikation und ein Büro", ebd., S. 99.

[10] Andreas Diers, Linkssozialismus. Ursprünge und Geschichte 1917–1989. Ein kurzer historischer Abriss, RLS Standpunkte, 39/2010, S. 5, siehe [https://www.rosalux.de/publikation/id/4748/linkssozialismus-urspruenge-und-geschichte-1917-1989/]. Am 17. Juni 1967 trafen sich auf Einladung des Sozialistischen Bundes in Frankfurt a. M. Mitglieder der VUS, DFU, SDS, ADS, ASO und weitere Personen der links-sozialistischen Opposition zu einer „Sozialistischen Arbeitskonferenz". Die Arbeitskonferenz beschloss die Bildung eines sozialistischen Zentrums. Dazu wurde ein „‚Arbeitsausschuss der sozialistischen Opposition' (nicht mit der Marburger ASO zu verwechseln) konstituiert und ein ständiges Sozialistisches Büro [nicht zu verwechseln mit dem späteren SB] in Frankfurt eingerichtet". Richard Heigl, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Bildung der Neuen Linken, Hamburg 2007, zitiert nach: ders., Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950–1968), Dissertation, Augsburg 2006, S. 255. Der Arbeitsausschuss bereitete die „Sozialistische Februarkonferenz" von 1968 vor, ebd., S. 257. Das Sozialistische Zentrum sollte Voraussetzungen für eine Parteigründung schaffen, siehe: Wolfram Burkhardt, Das politische und wissenschaftliche Wirken Wolfgang Abendroths von 1966 bis 1972, Diplomarbeit, Marburg 1993, S. 124; Heigl, Oppositionspolitik (wie Anm. 10), S. 258. „Die Sozialistische Februarkonferenz am 03. 02. 1968 in Offenbach diente nun dem offiziellen Zusammenschluss der sozialistischen Opposition im *Sozialistischen Zentrum* (SoZ)", ebd., S. 261. Das SoZ setzte „in einem offenen Brief der illegalen KP am 22. 8. 1968 das Messer auf die Brust und

Der Sozialistische Bund: Mit der Ausgrenzung des SDS aus der SPD bildet sich 1961 die Sozialistische Förderergesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e. V. (SFG). Im selben Jahr kommt der Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit SDS und SFG. Daraufhin spaltet sich die SFG, ein Teil bleibt der SPD treu, ein anderer bleibt in der SFG, die sich 1962 in Sozialistischer Bund (SB) umbenennt.[11] Der Sozialistische Bund löst sich 1969 auf.

Neben dem Personenkreis aus der Kampagne beteiligen sich auch Personen aus dem Sozialistischen Bund an der Gründung des SB.[12] Hinzu kommen weitere Personen, die sich zuvor im Sozialistischen Zentrum zusammengefunden hatten, unter anderem jene aus der illegalen KP, die dem Einmarsch in die ČSSR kritisch gegenüberstanden.[13]

Das SB und die *links* werden zeitgleich ins Leben gerufen. Der Zeitschrift scheint zunächst mehr Gewicht gegeben zu werden. Gegründet

forderte eine eindeutige Entscheidung […]. Den Brief unterschrieben Andreas Buro, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Philipp Pleß MdL, Rudolf Segall, Herbert Stubenrauch, Klaus Vack und Wolfgang Abendroth. Als Repräsentanten der westdeutschen Kommunisten den Einmarsch weiter als unvermeidlich bezeichneten, kam es zum Bruch im *Sozialistischen Zentrum*“, ebd., S. 263, vgl.: Offener Brief an die westdeutschen Kommunisten vom 22.08.1968, in: Nikolaus J. Ryschkowsky, Die linke Linke, München 1968, S. 216.

[11] Siehe: Gregor Kritidis, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008, S. 511ff.; Philipp Kufferath, Der Sozialistische Bund und die linkssozialistischen Ursprünge der Neuen Linken in den 1960er Jahren, in: Christoph Jünke (Hg.), Linkssozialismus in Deutschland: Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?, Hamburg 2010, S. 186–205. „Gegen Ende des Jahres 1970 [Datierung unwahrscheinlich; T.G.] löste sich der Sozialistische Bund auf, die meisten Mitglieder traten der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro […] bei“, Diers, Linkssozialismus, S. 5f.

[12] Genannt werden vor allem Heinz Brakemeier und Heiner Halberstadt.

[13] Genannt werden vor allem Willi Hoss und Willi Michel, Vack, Ein weiterer Versuch (wie Anm. 9), S. 90. Bei Vack findet sich kein Hinweis auf Sozialistischen Bund oder Sozialistisches Zentrum hinsichtlich der Gründung des SB, siehe: Klaus Vack, Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen. Mehr als bibliographische Daten, weniger als eine Lebensgeschichte, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), „Tradition heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten.“ Für und über Klaus Vack, Sensbachtal 1985, S. 151–225, hier: S. 192ff. Klönne erwähnt lediglich die gemeinsame Arbeit von Linkssozialisten aus SPD, SDS und Sozialistischem Bund im *express international*, siehe: Arno Klönne, Linkssozialisten in Westdeutschland, in: Jürgen Baumgarten (Hg.), Linkssozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien, Hamburg 1982, S. 159–172, hier: S. 166.

wird die *links* als eine „auf politische Praxis gerichtete sozialistische Zeitung“, das SB als „ein zentrales, nicht als politische Führungsinstanz, sondern als ‚Dienstleistungsstelle‘ operierendes Sozialistisches Büro“.[14] Die *links* besteht als ein wichtiges Organ der politischen Linken bis 1997 und wird heute als Internetzeitschrift fortgeführt.[15]

In der im April 1969 erscheinenden Nullnummer der *links* wird das Projekt SB wie folgt beschrieben:

> Die Linke in der Bundesrepublik, scheint uns, schwankt zur Zeit außer zwischen unfaßbar vielen politisch-ideologischen zwischen zwei politisch-organisatorischen Einstellungen. Die einen machen Spontaneität zum Mythos und lehnen jede beständige Form der Kooperation ab. Die anderen flüchten aus ihrer Enttäuschung über die Schwierigkeiten der ‚Selbstorganisation‘ in die nur scheinbar rettenden Arme traditioneller Organisationsvorstellungen.[16]

Damit wird die Verortung des SB beschrieben: zwischen reiner Selbstorganisation und Organisationsformen „die Frage nach neuen, die (negativen und positiven) historischen Erfahrungen der Linken verarbeiten“. Weder „Rückzug in überkommene Organisationsmuster“ mit „deren politische[n] Fesseln“ noch „Ideologie der reinen Spontaneität“.[17]

Das SB versteht sich als Koordinations- oder Vermittlungsinstanz. Das spricht auch aus der zeitdiagnostischen Beschreibung der Probleme der Linken:

> Es fehlt an Kommunikation. Ergebnisse der theoretischen Diskussion, praktische Erfahrungen, politische Modelle spezifischer und lokaler Gruppen bleiben ohne allgemeine Auswertung für die unabhängige Linke, weil sie informatorisch nicht vermittelt, weil Kontakte nicht hergestellt werden. Materialien, Vorlagen für die Aufklärung im Sinne der

[14] „Entwurf für eine Aufforderung, Voraussetzungen einer unabhängigen sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu organisieren“, beigefügt im Rundbrief von Christel Beilmann, Heinz Brakemeier, Andreas Buro, Frank Deppe, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Arno Klönne, Herbert Stubenrauch und Klaus Vack, Dezember 1968, zit. nach: Vack, Ein weiterer Versuch (wie Anm. 9), S. 102.

[15] [http://www.links-netz.de/].

[16] Sozialistisches Büro für bessere Kommunikation der unabhängigen Linken, in: links, 0/1969, S. 3.

[17] Ebd.

> unabhängigen Linken, Seminare usw., die über ihren spezifischen Entstehungszusammenhang hinaus wichtig und anregend wären, bleiben unbekannt.[18]

In einer Phase der Retraditionalisierung und Dogmatisierung der Linken betont das SB seinen Antidogmatismus:

> Das Sozialistische Büro will (ohne Monopolanspruch und ohne Anspruch auf Endgültigkeit) eine besserer Kommunikation unter unabhängigen Sozialisten und ihren verschiedenen Gruppierungen entwickeln, Material sammeln, reproduzieren, anbieten, verteilen und damit zur größeren Effektivität der Linken beitragen.[19]

Es scheint bisweilen, als nehme sich das SB, was seine politisch-inhaltlichen Positionen angeht, weitgehend zurück. Negt nennt das SB später „Organisator eines Produktionszusammenhangs“: „Es hat nicht die Aufgabe, durch Direktiven und verbindliche Richtlinien auf arbeitende Gruppen, innerhalb und außerhalb bestehender Organisationen, einzuwirken.“[20]

Das SB entfaltet in diesem Sinne vor allem in den 1970er Jahren rege Aktivitäten. Viele Gruppen und Einzelpersonen assoziieren sich, zählen sich zum SB. Formale Mitgliedschaft ist dabei nicht entscheidend. Es werden Rundbriefe verschickt und Kampagnen und Kongresse veranstaltet beziehungsweise unterstützt (Angela-Davis-Kongress 1972, Chile-Kampagne 1973, Portugal-Kampagne 1975, Kampagne gegen Unterdrückung / Pfingst-Kongress 1976, Großer Ratschlag des Sozialistischen Büros Hamburg 1978, Großer Ratschlag Frankfurt am Main 1980, einige Sommerschulen etc.). Ein kurzer Überblick über die Publikationstätigkeit des SB soll im Folgenden das Wirken verdeutlichen.[21]

Im Rahmen des SB agiert der *Sozialistische Lehrerbund* (1968 bis 1981), der über 60 Broschüren veröffentlicht. Darunter die *Reihe Roter*

[18] Ebd.

[19] Ebd.

[20] Oskar Negt, Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren! Aktuelle Fragen der Organisation, in: links, 39/1972, zitiert nach: SB (Hg.), Für eine neue sozialistische Linke. Analysen, Strategien, Modelle, Frankfurt am Main 1973, S. 216–226, hier: S. 225.

[21] Siehe [https://express-afp.info/sozialistisches-buero-sb].

Pauker, in der 1971 bis 1980 Materialien aus der Unterrichtspraxis publiziert werden. 1970 wird die *Sozialistische Betriebs-Korrespondenz* gegründet, die 1972 mit dem *express international* zum *express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* fusioniert. Der *express* erscheint bis heute.[22] Er zählt zu den wenigen linken partei- und fraktionsunabhängigen Zeitschriften, die sich kontinuierlich mit den Problemen und Kämpfen der Arbeiter*innenklasse beschäftigen.

In der *Reihe Betrieb und Gewerkschaften* werden Themen wie ‚Ausländische Arbeiter und Klassenkampf' (1972), ‚Spontane Streiks' (Redaktionskollektiv *express* 1973) oder die ‚Ausländerstreiks' von 1973 in der BRD (1975) behandelt. Als Beilage zum *express* erscheint beispielsweise auch die *Buschtrommel*, ein kritisches Mitteilungsblatt für den Bereich der IG Chemie-Papier-Keramik. In einer Reihe zur *Geschichte der Arbeiterbewegung* wird unter anderem eine Broschüre mit Oskar Negts *Überlegungen zu einer kritischen Lektüre der Schriften von Marx und Engels* (1976) publiziert. Die internationalistische Perspektive des SB wird mit der *Reihe Internationale Solidarität* (1971–1981) und dem *Internationalismus-Rundbrief* (1976–1979) deutlich.

Der *Informationsdienst Sozialarbeit* (1972–1981) und die *Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich* (1974–1981) bedienen den Bereich der Sozialen Arbeit. Hier lässt sich auch der *Informationsdienst Gesundheitswesen* (1974–1980) eingruppieren. Aus diesen Zusammenhängen entsteht 1981/82 die Zeitschrift *Widersprüche. Zeitschrift für Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*. Deren Heft Nr. 1 thematisiert das Verhältnis von *Hilfe und Herrschaft* (September 1981). Auch die *Widersprüche* erscheinen bis heute.[23]

Es finden sich Broschürenreihen zur Agrarpolitik und zum Umweltschutz. In der Reihe *Plakat-Bauernverlag* (1972–1979) wird die „Theorie der Bauernrevolution" (1972) diskutiert; Ulrich Hampicke schreibt das Heft *Zur Kritik der bürgerlichen Agrarökonomie* (1974). Mit

[22] Siehe [https://express-afp.info/].
[23] Siehe [https://www.widersprueche-zeitschrift.de/].

der *Wyhl-Arbeit* existiert ein Rundbrief der Projektgruppen AKW und Umweltschutz im SB.[24]

Das SB gibt zudem Bücher heraus. Die bekanntesten sind wohl *Am Beispiel Angela Davis. Der Kongreß in Frankfurt. Reden; Referate, Diskussionsprotokolle*, 1972 als Fischer Taschenbuch erschienen, ebenso wie die Programmschrift *Für eine neue sozialistische Linke* (1973).[25]

Eine Taschenbuchreihe erscheint im hauseigenen *Verlag 2000*. Darunter Titel wie: Paul Mattick, *Kapitalistischer Reproduktionsprozess und Klassenbewußtsein* (Dezember 1971); Jürgen Seifert, *Dokumentation. Solidarität mit Peter Brückner* (1972); Leo Kofler / Andreas Buro, *Vom Handelskapitalismus zum Neo-Imperialismus der Gegenwart* (1972); Hansgeorg Conert, *Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Richtungskämpfe in der SPD* (1973) sowie *Marxismus und Naturbeherrschung* (1978); Volkhard Brandes / Jens Huhn / Joachim Hirsch, *Wie Phönix aus der Asche? Energiekrise und ‚Modell Deutschland'* (1981). Die bislang letzte Publikation, die vom SB gefördert wurde, ist 2013 der Band der Redaktion *links-netz* zur *Sozialen Infrastruktur*.[26]

Die 1980er Jahre, die im Rahmen der konservativen Wende veränderte praktische und theoretische politische Landschaft, die Etablierung der Grünen etc. bringen zwar nicht das Ende des SB, jedoch sind seine Aktivitäten fortan viel eingeschränkter. Es geht im Wesentlichen noch um die Unterstützung der drei verbliebenen Publikationen *links*, *express* und *Widersprüche*.[27]

Zurück zur Auseinandersetzung mit dem Konzept des SB. Das Buch *Rätepartei* hat drei (Unter-)Titel: *Zur Kritik des Sozialistischen Büros*, *Oskar Negt und Rudi Dutschke* sowie *Ein Beitrag zur Organisationsde-*

[24] Wyhl war Standort eines bereits im Bau befindlichen Atomkraftwerks, das aber auch durch die Anti-Atomkraft-Bewegung verhindert wurde.

[25] SB (Hg.), Für eine neue sozialistische Linke (wie Anm. 20): Eine Sammlung von Beiträgen aus SB Veröffentlichungen, hauptsächlich aus der *links*.

[26] Redaktion links-netz, d.i. Joachim Hirsch / Oliver Brüchert / Eva-Maria Krampe u. a. (Hg.), Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur, Hamburg 2013.

[27] Die Redaktion des express bringt bis heute zahlreiche Publikationen auf den Weg, darunter die Broschüren-Reihe ‚Ränkeschmiede', siehe [https://express-afp.info/raenkeschmiede].

batte. Und tatsächlich ist all dies Thema. Das SB, insbesondere die Umsetzung und Ausgestaltung seines Arbeitsfeldansatzes, ist zentraler Gegenstand der Auseinandersetzung. Oskar Negt als negativer und vor allem Rudi Dutschke als positiver Protagonist sind die Stichwortgeber beziehungsweise Referenzen. Innerhalb dieser Bezüge lebt bei Prien eine Organisationsdebatte – oder besser -lehre – (wieder) auf, die wie ein Überbleibsel aus den „ML-igen" 1970er Jahren erscheint.[28]

Dutschke beziehungsweise die bei ihm ausgemachte Partei-Theorie wird zum Führungsstern der Interpretation: „Dutschkes Theorie-Torso zu einer Rätepartei" sei ein „wichtiger Fixstern, an dem sich die Linken in der Tradition Rosa Luxemburgs orientieren können".[29]

Diese starke Orientierung an Dutschke kann nicht überraschen, da Prien bereits in früheren Veröffentlichungen den „Dutschkismus" für sich entdeckt hat.[30] Kritik an Dutschkes Leninismus,[31] an seinen nationalen Fantasien zur Unzeit (Wiedervereinigung)[32] und seinem Einsatz für die Grünen wird abgewiesen. Dutschke entdeckte mit anderen die „Gattungsfragen des Überlebens und des Friedens",[33] wie Dutschke in Klaus Rainer Röhls Polit-Porno-Magazin *das da* schreibt, und stritt an der Seite von „Wertkonservativen wie Herbert Gruhl" gegen die „Bankrotteure der K-Gruppen".[34] Zur Erinnerung: Es war vor allem auch die Hegemonie jener (ehemaligen) K-Gruppler*innen, unter der sehr er-

[28] Vgl. Malte Meyer, „Irrtum vom allerbesten Zentralkomitee" – über Carsten Priens Beiträge zur Organisationsdebatte des Sozialistischen Büros, in: express, 10/2019.

[29] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 13.

[30] Carsten Prien, Dutschkismus. Die politische Theorie Rudi Dutschkes, Seedorf 2015.

[31] Negt hält Dutschke angesichts ihrer Auseinandersetzung um die Rolle der Partei vor, ein „verkappter Leninist" zu sein, Oskar Negt, Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995, S. 342, vgl. Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 68. Der Vorwurf des Leninismus trifft jedoch auch auf Negt selbst zu.

[32] Dutschkes nationale Orientierung ist zu kritisieren, ohne jedoch die Geschichtsfälschung des Rechtsradikalen Bernd Rabehl oder die Rekonstruktionen von Rechten wie Götz Aly oder Wolfgang Kraushaar zu teilen. Zur Kritik an Dutschke siehe: Arno Klönne, Vorsicht, nationale Sozialisten!, in: das da, 11/1978, S. 20–23. Zu Dutschke siehe: Matthias Stangel, Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Baden Baden 2013.

[33] Rudi Dutschke, Die SPD und die Grünen, in: das da, 1/1979.

[34] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 11f.

folgreich der Parteiaufbau der Grünen betrieben und die ökologische Rechte (Gruhl, Springmann etc.) weitgehend ins Abseits gestellt wurde.

Der Arbeitsfeldansatz

Zum Ansatzpunkt für neuere Diskussionen zur Organisationsfrage wurde der Arbeitsfeldansatz des SB. Dessen Organisationsform einerseits als Ansammlung von lokalen Gruppen und Arbeitsfeldern, die berufsfeldspezifisch aufgestellt waren, und andererseits als Zusammenhang, der in gemeinsamen Konferenzen und durch einen die Glieder integrierenden Arbeitsausschuss hergestellt werden sollte, weckte Interesse.

Das Editorial der Nullnummer der *links* von 1969 führt zur organisatorischen Positionierung des SB aus: Es gehe unter anderem darum, „aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer ‚reiner' und teils blinder Spontaneität dort" herauszufinden.[35] Das SB versucht sich so gegen östlichen wie westlichen Stalinismus[36] und gegen die damalige Sozialdemokratie[37] abzugrenzen, bleibt damit aber auch auf Distanz zu den sogenannten spontaneistischen Gruppen der sich auflösenden 68er-Bewegung:

> Die oppositionelle Studenten- und Jugendbewegung verabsolutiert teilweise schicht- und generationsspezifische Verhaltensformen und verkennt teilweise die Notwendigkeit kontinuierlicher Organisationsformen für den Fortschritt sozialistischer Diskussion und Aktion.[38]

Die Ausgestaltung des Arbeitsfeldansatzes war innerhalb des SB ständig umstritten. Klaus Vack spricht in seinen Erinnerungen von einer „permanente[n] Organisationsdebatte".[39] Grob gesagt, ging es in dieser

[35] Editorial, in: links, 0/1969, S. 2.

[36] „Die neukonstituierte Deutsche Kommunistische Partei artikuliert nicht die politischen Vorstellungen einer souveränen westdeutschen Linken", ebd.

[37] „Die Sozialdemokratische Partei als Gesamtverband kann keinen Anspruch auf Systemveränderung mehr vertreten", ebd.

[38] Ebd.

[39] Vack, Ein weiterer Versuch (wie Anm. 9), S. 129.

Debatte um die Frage, ob zentrale Instanzen geschaffen werden sollen, denen in größerem Umfang Leitungskompetenzen zugesprochen werden, oder ob die Zentrale, also Gremien wie etwa der Arbeitsausschuss oder die Redaktion der *links*, lediglich eine die Arbeitsfelder und Gruppen koordinierende und zuarbeitende Funktion haben soll.

Für Egon Becker war das SB, „abstrakt gesagt, ein politischer Versuch, mit der Paradoxie einer Organisation von Selbstorganisation aktiv und produktiv umzugehen. Mit dem Konzept der Arbeitsfelder wurde versucht, die Paradoxie in eine bearbeitbare Form zu bringen".[40] Becker beschreibt das „Organisationsparadoxon" des SB wie folgt:

> Produktiv konnte das SB sein Organisationsparadoxon solange bearbeiten, wie es für die Basisinitiativen in seinen verschiedenen Arbeitsfeldern (Betrieb und Gewerkschaft, Schule, Sozialarbeit, Gesundheitswesen) eine überregionale Kommunikationsplattform und einen allgemeinen Rahmen für politisch-theoretische Reflexion, Kontroversen und Konsensbildung bildete. Hierfür waren die Arbeitsmaterialien und die regelmäßig erscheinenden Informationsdienste wichtige Elemente. So konnte Selbstorganisation dezentral gestärkt und es konnten zugleich Erfahrungen verallgemeinert und zentral reflektiert werden. Die hunderte vom Verlag 2000 veröffentlichten Rundbriefe, Broschüren, Reihen und Bücher dokumentieren auf eindrucksvolle Weise die Arbeit und Ideen in den verschiedenen Arbeitsfeldern. Im Zentrum des Arbeitsfeldansatzes standen dabei die Interessen, Bedürfnisse und Erfahrungen der Menschen, deren öffentliche Artikulation, praktische Koordination und theoretische Reflexion.[41]

Das theoretische Konzept des Arbeitsfeldansatzes des SB wird maßgeblich von Oskar Negt formuliert, vor allem in *Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!* (1973) und *Erfahrung, Emanzipation und*

[40] Egon Becker, Das Sozialistische Büro – Ein unvollendetes Projekt?, in: Barbara Klaus / Jürgen Feldhoff (Hg.), Politische Autonomie und wissenschaftliche Reflexion. Beiträge zum Lebenswerk von Arno Klönne, Köln 2017, S. 161–182, hier: S. 173.

[41] Becker, Das Sozialistische Büro (wie Anm. 40), S. 174.

Organisation (1975), beide Aufsätze erscheinen in der *links*.[42] Rückblickend schreibt Negt über den Arbeitsfeldansatz des SB:

> Ende der sechziger Jahre gegründet, erlangt es innerhalb weniger Jahre eine zentrale Bedeutung im weiten Spektrum der Linken. Einer der Gründe für diese spektakuläre Entwicklung des Sozialistischen Büros besteht darin, dass Politik hier nicht mehr verstanden wird als eine Kalkulation im vordergründigen Rahmen von Machtfragen, sondern als eigentümlicher Produktions- und Kommunikationsprozess. Das Büro ist so aufgegliedert, daß die jeweiligen Arbeitsfelder ihre eigenen Zugänge, Arbeitsmittel, Ziele und Voraussetzungen solcher Umgestaltungsprozesse entwickeln können: Die Arbeitsfeldkonzeption ist die Basis dieser Organisationsidee, die zentrale Koordination und dezentrale Praxis miteinander zu verknüpfen sucht. […] Der Zentrale obliegt es, vorhandene politische Arbeitsprozesse zu koordinieren und […] mit Entwicklungsperspektiven der Gesamtgesellschaft und geschichtlichen Zusammenhängen zu verbinden.[43]

Der Arbeitsfeldansatz und damit auch Negt sind bei Prien einerseits zentraler Bezugspunkt und positive politische und theoretische Perspektive. Andererseits formuliert er seine schärfste Kritik an der Umsetzung des Arbeitsfeldansatzes durch das SB sowie an der Haltung von Negt in ebendiesem Zusammenhang. Wir verfolgen hier zunächst diese Auseinandersetzung.

Der ‚zentristische Opportunismus' des SB

Der Arbeitsfeldansatz des SB erscheint als Modell einer historisch adäquaten Organisationsform der Linken. Kritisiert wird einzig die Form, in der der Arbeitsfeldansatz im SB umgesetzt wurde:

[42] Negt, Nicht nach Köpfen (wie Anm. 20); Oskar Negt, Erfahrung, Emanzipation und Organisation, in: links, 68/1975. „Im Oktober 1972 hält Oskar Negt auf einer SB-Tagung vor 200 Zuhörern sein berühmtes Referat ‚Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren', das […] das weitere organisatorische Selbstverständnis des SB prägen sollte", Oy, Spurensuche (wie Anm. 7), S. 49. Siehe zu den Überlegungen Negts auch das Interview: „Spielt nicht mit der Legalität!". Professor Oskar Negt über die Reorganisation der Linken, in: Der Spiegel, 25/1972.

[43] Oskar Negt, Achtundsechzig (wie Anm. 31), S. 158.

> Die interne Geschichte des Sozialistischen Büros war stets gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen dem Arbeitsfeldansatz und einem zentristischen Opportunismus, der die konsequente Verwirklichung des Ansatzes sabotierte, sei es in den Debatten über die Einführung eines ‚Delegiertenrates', die Gründung einer linkssozialistischen Partei oder das Verhältnis zu den Bürgerinitiativen und den ersten Grünen.[44]

Als Hauptvertreter des „zentristischen Opportunismus" erscheint Negt.[45] Die Sabotage des Arbeitsfeldansatzes besteht für Prien darin, diesen und damit das SB nicht zu einer politischen Partei entwickelt zu haben. Die Kritik trifft den Versuch des SB, dem oft beschriebenen Dilemma von bürokratischer Organisation einerseits und „‚reiner' Spontaneität"[46] andererseits eine Form zu geben, den Widerspruch von institutionalisierten Organisationsstrukturen und Selbstorganisation nach Interessen auszuhalten, ihn nicht zugunsten einer Seite hin aufzulösen. Das SB drückt damit eine zumindest skeptische Distanz zur parteipolitischen Sphäre der repräsentativen Demokratie aus. Es ist gerade jene Distanz zur politischen Organisationsform Partei, die in vielen Beschreibungen des SB immer wieder hervorgehoben wird; sie scheint ein wesentliches Element des SB darzustellen.

Der Begriff ‚zentristischer Opportunismus' könnte verwirren: Zentrismus steht in der linken Debatte vor allem für die Ausrichtung innerparteilicher Politik auf den Zusammenhalt der parlamentarischen Partei als Organisation. Hierfür steht exemplarisch Kautsky und die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Prien bezeichnet damit jedoch eine politische Haltung, welche die Nicht-Parteiförmigkeit des SB erhalten will. In seiner Perspektive werden damit der eigentliche Gehalt und die Möglichkeiten des Arbeitsfeldansatzes verraten. Diese Politik wird darüber hinaus als Opportunismus gegenüber dem politischen Status quo

---

[44] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 17f.

[45] „Der z. B. von trotzkistischer Seite erhobene Vorwurf des ‚Offenbacher Zentrismus' übersieht allerdings, dass unser Ansatz von Anfang an nicht auf Vereinheitlichung und nicht auf Vereinnahmung, sondern auf einen politischen Produktionsprozess angelegt war, der die Vielfalt von Erfahrungen basispolitischer Aktivität hoch veranschlagt.", Vack, Versuch (wie Anm. 13), S. 200.

[46] Editorial, in: links, 0/1969, S. 2.

gekennzeichnet, die Verweigerung, das SB zu einer wirklich revolutionären Organisation zu machen, zu einer *Partei neuen Typs*, wie Dutschke es formulierte. Zentrismus sei, so Prien, „‚Integrationsideologie', die die Funktion hat, in der Theorie Gegensätze miteinander zu versöhnen, die in ihren organisatorischen Konsequenzen unvereinbar sind".[47] Gemeint ist damit offenbar, dass der Versuch scheitern müsse, den organisatorischen Zusammenhang der Arbeitsfelder quasi spontaneistisch offenzuhalten und nicht in Richtung Partei zu vereindeutigen. Die theoretische Rechtfertigung dieses Versuchs wird als Ideologie angesehen, die widerstrebende, eigentlich unvereinbare Positionen zusammenhalten soll.

Die Umsetzung des Arbeitsfeldansatzes durch das SB wird als „Inbegriff projektemacherischer Netzwerkelei" gekennzeichnet, die „in einer hoffnungslos desorganisierten Linken statt für eine Not mittlerweile als Tugend" gelte. Das SB habe sich in dem Dilemma von Organisation und Spontanität „häuslich eingerichtet". In dieser „Zwischenstellung" müsse das SB „unausweichlich zum Spielball der Interessen von SPD und DKP" werden. „In ihr rieb sich seine politische Substanz auf und korrumpierte sich seine politische Moral". Es sei gerade die „zentristische[..] Deutung" des Arbeitsfeldansatzes durch Teile des SB, die aus dessen „dialektische[m] Widerspruch, […] die Selbstorganisation zu organisieren […] notgedrungen ein unlösbares Paradoxon" mache.[48]

Der Versuch des SB, die Nicht-Organisation zu organisieren, einen verbindlichen Zusammenhang zu schaffen sowie inhaltlich zu entfalten und sich zugleich nicht auf die Ebene traditionalistischer (Partei-)Organisationsformen der Arbeiter*innenbewegung zu begeben, dies erscheint als politisches Manko. Diese Einschätzung wird nicht nur in dem Buch *Rätepartei* vertreten, sondern ist auch historisch in den Auseinandersetzungen innerhalb des SB präsent.

[47] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 105.
[48] Ebd., S. 18f.

Die Partei, die Partei

Aus dem Paradoxon heraus und damit hin zu der historisch gebotenen Weiterentwicklung des Arbeitsfeldansatzes – sozusagen zu einer ‚dialektischen Auflösung des Widerspruchs' – führt nach Prien nur ein Weg: „Einzig die Gründung einer eigenen Partei hätte in der damaligen Konstellation die äußeren Bedingungen für die Entwicklung auch der inneren Anlagen des Sozialistischen Büros schaffen können."[49] Um diese Position zu stützen, wird Manfred Scharrer zitiert, der in der Zeitschrift *Langer Marsch* gegen eine politisch lähmende „Position der reinen Basisdemokratie" argumentiert: „Eine Wahlbeteiligung könnte in diesem Sinne einen institutionellen Zwang erzeugen, den die Linke offensichtlich braucht, um wieder handlungsfähig zu werden."[50] Dagegen steht jedoch die Position des SB-Arbeitsausschusses: „Eine Wahlbeteiligung als erster Schritt muss den formalen Wahlakt derart in den Vordergrund rücken, dass alle Stellvertreter-Mechanismen voll zum Greifen kommen."[51] In der *links* argumentiert unter anderem Ursula Schmiederer gegen das „Parteigründungs-Kuckucksei, das man […] uns, bildlich gesprochen, ins Nest zu legen versucht".[52]

Aus der parteipolitischen Perspektive erscheint die Verweigerung der Gründung einer parlamentarischen Partei als eine Entscheidung für die Beibehaltung des gesellschaftlichen Status quo. Offenbar kann so keine politische Wirkmacht entfaltet werden. Der „Zentrismus" des SB erscheint somit als Richtungslosigkeit, als politische Indifferenz:

---

[49] Ebd., S. 19.

[50] Manfred Scharrer, Für eine Wahlbeteiligung, in: Langer Marsch – Zeitung für eine neue Linke, 36/1978, S. 4–5, zitiert bei Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 21. Es ist die Zeit der grünen und alternativen Listen, die sich in der Bundesrepublik zu verschiedenen Wahlen aufstellen, die Phase vor der Gründung der Grünen als Bundespartei.

[51] Rundbrief des SB, zitiert bei Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 21. Das Zitat und der Rundbrief des SB konnten nicht ermittelt werden.

[52] Ursula Schmiederer, Jetzt gründen sie wieder, in: links, 75/1976, S. 1–3, hier: S. 2. Das Zitat von Schmiederer ist bei Prien stark zusammengezogen, ohne dass dies gekennzeichnet wird, siehe: Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 28. Priens Gegner*innen sind jedoch nicht nur die ‚Zentristen' innerhalb des SB, sondern auch Linke wie Peter Brückner, der als „Vertreter einer organisationsfeindlichen hedonistischen Linken" gilt, Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 26.

> Das Ausweichen davor, zu SPD und DKP parlamentarisch in Konkurrenz zu treten, die politische Indifferenz des Zentrismus im Allgemeinen waren eine stillschweigende Entscheidung für den gesellschaftlichen und politischen Status quo. Ihr entsprach eine Theoriegestalt des Arbeitsfeldansatzes, die wie hinter einer Nebelwand in unbestimmbarer Mehrdeutigkeit verschwamm.[53]

Das SB verharre in einer „Zwischenstellung" – im Dilemma von Organisation und Spontanität –, die das „opportunistische Bedürfnis" zur Folge habe, „politische Verbindlichkeiten weitestgehend zu vermeiden". Dies führe zur „Gesinnungslumperei".[54] Zentrismus bedeute, eine „prinzipienlose Einheit der Organisation dadurch zu wahren, dass […] eine in Worten revolutionäre Theorie mit einer tatsächlich reformistischen Praxis" verbunden werde.[55] Darin besteht wohl die oben angesprochene Korruption politischer Moral des SB. Jene Prinzipienlosigkeit, die fehlende „Verbindlichkeit einer allgemeinen Theorie und Strategie", für die die Begriffe Zentrismus und Opportunismus hier stehen, erfülle darüber hinaus eine „liquidatorische Funktion".[56] Sie untergräbt beziehungsweise verhindert offenbar politische Handlungsfähigkeit und das Weiterbestehen der Organisation SB überhaupt. Politische Handlungsfähigkeit, Strategie, Prinzipien, Verbindlichkeit, das alles wird an die Parteiform geknüpft. Es offenbart sich ein sehr fixierter und eingeschränkter Begriff von Politik.

[53] Ebd., S. 21. Die Interpretation des Arbeitsfeldansatzes sei durch ein „opportunistisches Kalkül" im SB verdorben worden, ebd., S. 42.

[54] Ebd., S. 22. Den ‚Opportunismus' Negts führt Prien auf dessen Adaption von Charles Wright Mills' ‚The Sociological Imagination' zurück, vgl. Ebd., S. 105. Diese Adaption wird durchaus zutreffend beschrieben. Negt übernimmt seine ‚soziologische Phantasie' vom nicht-marxistischen linken Soziologen und „hemmungslosen Eklektiker" Mills: Stephan Lessenich, Soziologische Phantasie, gestern und heute. Vorwort zur deutschsprachigen Neuausgabe, in: Charles Wright Mills, Kritik der soziologischen Phantasie, Wiesbaden 2016, S. 7–22, hier: S. 10. Unklar bleibt, warum eine kritische Haltung Negts gegenüber Mills' Soziologie zu einer Befürwortung des Parteikonzeptes führen sollte.

[55] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 22. Prien verortet den Zentrismus institutionell und personell vor allem „in der Redaktion der ‚links' und im geschäftsführenden ‚Arbeitsausschuss' des SB", ebd.

[56] Ebd., vgl. S. 35f.

Nach einer zeitgenössischen Kritik des *AK Rote Zellen* (1975) am SB verbiete das Büro durch diese Ausrichtung „organisierte Politik und Agitation“, mit der Begründung, dass sie „hinderlich für die ‚Autonomie‘ der Arbeiter“ sei.[57] Dem „entspricht die Vorstellung, eine aus anderswo bereits vorhandenen Einsichten gewonnene Überzeugung tue ihrem Träger Gewalt an! Die Funktion der Thesenmacher in diesem Büro besteht dann wohl darin, in Arbeitssitzungen den Arbeitern zu erklären, sie sollten sich ja von niemandem etwas erklären lassen“.[58] Das „Liquidatorentum des SB-Zentrismus“ habe hier seinen theoretischen Ursprung, hinter seiner „heuchlerischen Bescheidenheit“ stehe „überkommener intellektueller Standesdünkel und elitäre Überheblichkeit“.[59]

In der Tat wird hier ein problematischer Punkt auch des Arbeitsfeldansatzes aufgegriffen, der jedoch die Organisationsfrage insgesamt berührt. In einer traditionellen Lesart des Politischen, in der Individuen gemeinsam politisch handeln und dabei durch Theorie angeleitet werden, ergibt sich das Problem, herauszufinden, wer die richtige Theorie besitzt und wie diese sich ausweist. Eine unmittelbare Basisorientierung entbehrt zunächst jeglichen Inhalts. Wie ist der Graben zwischen jenem Standpunkt der ‚richtigen‘ Theorie und der daraus folgenden Taktik einerseits und der unmittelbaren Artikulation von Bedürfnissen, der spontanen Aktion andererseits in nicht-autoritärer Weise zu überbrücken? Wie ist dem antiautoritären Paradoxon, zu erklären, sich nichts erklären zu lassen, zu entkommen?[60]

In der Kritik am SB wird die „Mystifikation der unmittelbaren Erfahrung und Spontaneität des Proletariats“ als der „theoretische Hauptfehler der zentristischen Interpretation des Arbeitsfeldansatzes“ ausgewiesen (Prien verweist hier auf Negt):[61] „Produkt dieser Mystifikation ist

[57] AK Rote Zellen, zitiert bei Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 66.

[58] AK Rote Zellen, zitiert ebd., S. 67.

[59] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 67. Die ‚elitäre Überheblichkeit‘ besteht hier dann aber auch darin, sich einer Avantgardeposition zu verweigern.

[60] Die Lösung der Frage liegt auch hier in der Kritik der Frage selbst.

[61] Oskar Negt, Erfahrungsspuren. Eine autobiographische Denkreise, Göttingen 2019, S. 139.

das Ideal einer ‚autonomen Klassenbewegung' des Proletariats". Dies wiederum sei ein „geradezu lächerlich absurde[r] Selbstwiderspruch!"[62]

Die *Partei neuen Typs*

Dutschkes Fixierung auf eine Parteigründung und seine Ausführungen dazu werden zu einer Partei-Theorie stilisiert.[63] In deren Zentrum steht die *Partei neuen Typs*, die – im Zusammenhang mit dem Arbeitsfeldansatz – grundsätzlich alle problematischen Entwicklungen einer Partei-Organisation auszuschließen scheint. Dutschke verdeutlicht seine Position als, wie er sagt, Mitglied des SB in einer Rede von 1976:

> Ich meine, wenn das SB eine werdende politische Kraft sein will, dann muss auch die Frage der sozialistischen Perspektive gestellt werden und damit die Frage der sozialistischen Partei, die meiner Meinung nach untrennbar mit der Sozialismusfrage verbunden ist.[64]

Fragen nach der „sozialistischen Orientierung" und der „sozialistischen Organisation", nach „sozialistische[r] Politik", dem „sozialistischen Standpunkt", der „sozialistischen Perspektive", die „Sozialismusfrage", all das löst Dutschke auf in die „Frage der sozialistischen Partei", die zu ignorieren „historische Ignoranz" sei.[65] Prien spitzt in seiner Darstellung die Argumentation Dutschkes auf diesen Punkt hin nochmals zu. Dutschke gelte als „prononciertester Fürsprecher der Parteigründung

[62] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 66. Immer wieder erscheint Negt als jene Figur, an der sich Prien abarbeitet: „Oskar Negt ist unbestreitbar der Theoretiker des Arbeitsfeldansatzes, zugleich ist er Hauptvertreter des Zentrismus" und damit zugleich „Theoretiker des Opportunismus innerhalb des SB", ebd., S. 105, vgl. S. 35. An einigen Stellen erscheint darüber hinaus Dutschke als Stichwortgeber für den Arbeitsfeldansatz, sodass dieser als dessen eigentlicher Urheber gelten könnte. Es werde deutlich, „wie sehr Dutschkes Theorie eines ‚Langen Marsches durch die Institutionen' die Grundlage für den später von Oskar Negt für das Sozialistische Büro formulierten Arbeitsfeldansatzes bildet", ebd., S. 87.

[63] Prien meint, hierbei auf Georg Lukács rekurrieren zu können, siehe: ebd., S. 23; vgl. Georg Lukács, Methodisches zur Organisationsfrage, in: ders., Geschichte und Klassenbewußtsein, Darmstadt 1968, S. 452–513, hier: S. 453f.

[64] Rudi Dutschke, Rede auf der Veranstaltung der Jusos „Perspektive der Linken" am 7.12.1977 (überarbeitet), in: Radikal. Sozialistische Zeitung für Westberlin, 31/1977. Wieder abgedruckt in: Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 149–158, hier: S. 155.

[65] Ebd.

[…] in der Organisationsgeschichte des SB“. Er sei damit „der eigentliche Gegenspieler zum zentristischen Opportunismus“:[66]

> In immer neuen Wendungen versuchte Rudi Dutschke, diese Quadratur des Kreises zu lösen. Er träumte von einem neuen revolutionären Typus von Arbeiterpartei, der nicht dem russisch-leninistischen Modell von oben nach unten, sondern einem ‚Typus dezentralisierter Struktur, Kritik und Kontrolle des abwählbaren Zentrums von unten‘ folgte.[67]

Dass die Auseinandersetzung um die Organisations- und Parteifrage im SB immer virulent war, zeigt unter anderem auch der Streit über die Einführung eines Delegiertenrates. Eine Beschreibung dieser Auseinandersetzung findet sich bei Vack:

> Am 12./13. April 1975 konstituiert sich der Delegiertenrat des SB. Im Vorfeld hatte es über die Schaffung eines solchen Gremiums Kontroversen gegeben. In diesen spiegelten sich die nun fast durchgängig auftretenden politisch-organisatorischen Vorstellungen ‚zweier Linien‘ wider. Etwas vereinfacht ging es zum einen um das Konzept eines ‚starken‘ Arbeitsausschusses und die Umwandlung der Arbeitsgruppe des SB, an der alle Mitglieder teilnehmen können, in eine Delegiertenkonferenz.[68]

Damit hätte sich das SB sehr einer Partei-Organisation angenähert, mit organisatorisch gestärkter Zentrale und Repräsentationsprinzip statt Basisversammlung.

> Die andere Position plädierte für die Beibehaltung der Arbeitsgruppentagung als ‚Thing‘ des SB und wollte mit dem Delegiertenrat ein Gremium, das sowohl regionale Zusammenhänge als auch überregionale Arbeitsfelder und Projekte integriert. Der Arbeitsausschuss sollte danach durchaus mit Entscheidungskompetenzen versehen sein, aber doch nicht zum dominierenden Gremium des SB werden.[69]

---

[66] Ebd., S. 34.

[67] Manfred Scharrer, Auf der Suche nach der revolutionären Arbeiterpartei. Eine Momentaufnahme, in: Ästhetik & Kommunikation, 140/141 (2008), S. 24, siehe [www.manfred-scharrer.de/Manfred_Scharrer/Downloads_files/1968.pdf]. Scharrer zitiert R. Bald [Pseudonym Rudi Dutschkes] in: Der Lange Marsch, 5/1973, S. 6.

[68] Vack, Versuch (wie Anm. 9), S. 219f.

[69] Ebd.; vgl.: Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 28.

Bereits im November 1973 hatte sich laut Vack eine „heftige Diskussion“ über die Organisation des SB entzündet.[70] Es ging dabei um die Frage der Abschaffung der korporativen Gruppenmitgliedschaft im SB, sodass nur noch Einzelmitgliedschaften möglich sein sollten. Dies hätte die Strukturen des SB an die einer Partei angeglichen. Diejenigen, die die ausschließliche Einzelmitgliedschaft befürworteten, argumentierten mit einem dadurch gewährleisteten Mehr an „politische[r] Verbindlichkeit“. In der Darstellung Vacks erscheint es so, als habe nur das entschiedene Auftreten von Vack selbst – trotz vorheriger Abstimmungsniederlage – eine Änderung der Organisationsstruktur verhindert.[71]

Der spätere, aber ähnlich gelagerte Streit um den Delegiertenrat des SB kann durchaus als Streit zweier Linien interpretiert werden. Bei Prien handelt es sich dabei zum einen um eine „revolutionäre Linie“, die für „einen konsequenten inneren Räteaufbau des Sozialistischen Büros“ stehe. Dabei sollen, Dutschke gemäß, die „Autonomie-Strukturen“ der Arbeitsfelder über „Delegiertenschlüssel aufrechterhalten werden“.[72] Zweitens die sogenannte zentristische Linie, für die „ein konsequenter Räteaufbau notwendig zu Erstarrung und Verbürokratisierung“ führe.[73] Damit ist es die „revolutionäre Linie“, die wiederum auf die Umwandlung des SB in eine Rätepartei verweist, in der die Arbeitsfelder als Basisorganisationen über einen Delegiertenschlüssel repräsentiert werden sollen.

Für Prien enthält der Arbeitsfeldansatz schon an sich eine Verbindung von Arbeitsfeldern und Parteiorganisation nach dem Räteprinzip, die es zu entfalten gelte. Dadurch könne eine *Partei neuen Typs* geschaffen werden:

> Die ‚Verankerung des Räteprinzips schon in der revolutionären Parteiorganisation‘, die Dutschke forderte, ist vom Arbeitsfeldansatz nicht zu trennen. Erst die ‚revolutionäre Berufspraxis‘ des Arbeitsfeldansatzes ist

[70] Vack, Versuch (wie Anm. 9) S. 212.

[71] Ebd.

[72] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 30, vgl.: Rudi Dutschke, Aufrecht gehen. Eine Fragmentarische Autobiographie, Berlin 1981, S. 115.

[73] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 30.

> im Stande, jene innerorganisatorische Anforderung zu erfüllen, die Georg Lukács an die ‚Partei neuen Typs' stellte.[74]

Eine solche „konsequente Verwirklichung des Arbeitsfeldansatzes" schließe dann „Dogmatismus und Politikastertum im Vorhinein aus".[75] Die *Partei neuen Typs* charakterisiert Prien mit Bezugnahme auf Dutschke wie folgt:

> In Wahrheit sah Dutschke das Verhältnis von Partei und Räten dialektisch, die ‚Partei neuen Typs' sollte das ‚Proletariat zur Aktion erziehen', so ‚wie die Partei von den Arbeiterräten erzogen werden soll, um nicht von den Arbeiterbedürfnissen der Klasse abzuweichen'.[76]

Die *Partei neuen Typs* ist eine Organisation wechselseitiger Erziehung. Kritik an einer Partei-Orientierung, wie sie innerhalb des SB formuliert wird, und die damaligen Warnungen vor einem „Ultrazentralismus" sind in dieser Perspektive lediglich ein „Schreckgespenst", „um einer demokratischen Entmachtung der ‚informellen Kader' vorzubeugen". Es habe diesbezüglich eine „hysterische Stimmung" geherrscht. Hinter der „Bühnendekoration und den Phrasen von ‚Basisdemokratie'" habe sich dagegen der „Ultrazentralismus der Zentristen" verborgen.[77]

Mag sein, dass ‚informelle Kader' innerhalb des SB tatsächlich um ihre Position fürchteten und sich (auch) deshalb einer Parteigründung ver-

---

[74] Ebd.

[75] Ebd., S. 31.

[76] Ebd., S. 68, vgl. Rudi Dutschke, Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale, Berlin 1974, S. 243. Dieses Zitat findet sich bei Dutschke nicht! An dieser Stelle führt Dutschke (mit Zitaten von Lukács) folgendes aus: „Daß die KPD ‚in Zukunft mit Hilfe der Arbeiterräte das deutsche Proletariat für die Aktion erziehen' wird, nimmt Lukács an; wie die *Partei* aber von den *Arbeiterräten* erzogen werden soll, um nicht von den Arbeiterbedürfnissen der *Klasse* abzuweichen, wird nicht als Problem gesehen. Diese entscheidende Wechselwirkung verbleibt der ‚Mission' der Partei, – womit sie nicht durchschaubar wird.", ebd. Dutschke beschreibt hier das Problem der Organisationsfrage in kritischer Absetzung von Lukács. Die Frage, die sich in *dieser* politischen Perspektive stellt, wie die Partei von den Arbeiterräten erzogen werden solle, wird in der Prienschen Parteiapologetik jedoch auch nicht gelöst, ja ebensowenig gestellt. Sie gilt, bezogen auf das SB, als unmittelbar lösbar durch die organisatorische Verbindung von Arbeitsfeldern und Partei. Aus der Wechselwirkung bei Dutschke wird bei Prien Dialektik – bezeichnend.

[77] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 31.

sperrten. Prien macht sich jedoch nicht die Mühe, die inhaltlichen Argumente in der Organisationsdebatte, die gegen eine Parteigründung sprachen, ernsthaft zu würdigen. Er diffamiert diese Position sogleich als opportunistisch, prinzipienlos etc. Er bezichtigt die Gegner*innen der Partei-Konzeption eines Opportunismus, der für die reformistische Integration der Linken und die Beibehaltung des herrschenden Status quo stehe. Aus einer Position heraus, die ein kritischeres Verhältnis zur Parteipolitik vertritt, könnte gerade umgekehrt argumentiert werden, dass die Gründung einer Partei, das Einlassen auf das System der repräsentativen Demokratie, die damit einhergehenden organisatorischen Zwänge etc. viel eher als reformistische Integration und Anerkennung des herrschenden Status quo angesehen werden können.

Scheitern des SB

Dutschke beweist sein Gespür für den politischen Zeitgeist. Er setzt politisch zunehmend nicht mehr auf das SB, sondern auf die Partei *Die Grünen*. Dies zeigt sich in der Auseinandersetzung zwischen Dutschke und Negt, der Distanz zu den Grünen wahrt.[78] Negt bleibt, wie sich zeigen wird, der deutschen Sozialdemokratie verpflichtet. Die Grünen, so erscheint Dutschkes Position, sind zumindest eine Partei mit Basisbewegung, den Bürgerinitiativen, wenn auch (noch) keine sozialistische Partei.

Dass mit der Gründung der Grünen auch jener *Partei neuen Typs* keinen Schritt nähergekommen wurde, fällt dabei unter den Tisch, von der weiteren Entwicklung ganz zu schweigen. Offenbar fehlte hier die Lichtgestalt Dutschke, die der Partei-Organisation eine andere Wende hätte geben können. Das Schicksal des SB scheint mit seiner Umorientierung besiegelt: „Mit dem Scheitern von Dutschkes Versuchen, das SB auf eine ‚höhere politisch-organisatorische Ebene' zu heben, hat sich das Sozialistische Büro selbst überlebt."[79]

[78] Ebd., S. 33f.
[79] Ebd., S. 39, vgl. S. 101.

Die „zentristische Führung“ hatte „über ein Jahrzehnt lang eine Parteigründung der Neuen Linken, und damit die Verwirklichung seines eigenen Arbeitsfeldansatzes sabotiert“. Grüne und Alternativbewegung rückten dagegen, so Prien mit den Worten Wolfgang Kraushaars, „‚die Priorität des Interessens- und Erfahrungszusammenhanges‘“ tatsächlich ins Zentrum.[80]

Das SB habe sich überlebt, weil die Chance, eine ‚wirklich‘ revolutionäre *Partei neuen Typs* zu gründen, vertan war. Der geschichtliche Kairos wurde also vom zentristischen Flügel des SB verraten und verpasst. Der Zentrismus im SB habe die *Partei neuen Typs* „nicht als eine unabgegoltene historische Aufgabe angesehen und ihr Fehlen nicht auf eine geschichtlich genau bestimmbare Fehlentwicklung zurückgeführt“.[81] Genau dies ist aber die Perspektive bei Prien:

> Der frühzeitige Bruch mit dem zentristischen Opportunismus und der Aufbau einer eigenen Partei […] wäre hingegen unbedingt notwendig gewesen, um die Massen auf die bevorstehende Revolution vorzubereiten und zur Selbsttätigkeit erziehen zu können.[82]

Das berührt Fragen der Geschichtsphilosophie. Mit dem Arbeitsfeldansatz scheint ein historischer Moment eingetreten, der eine bestimmte Entwicklung notwendig erfordert hätte. Der Arbeitsfeldansatz sei „auf jenem historisch-logischem Entwicklungsniveau anzusiedeln, auf dem eine ‚Partei neuen Typs‘ aus der bestimmten Negation der opportunistischen Massenpartei hätte hervorgehen müssen“.[83] Negt dagegen habe lediglich eine „geschichtslos unbestimmte[.] Negation der Leninschen Partei“ vertreten.[84]

---

[80] Ebd., S. 101.

[81] Ebd., S. 68.

[82] Ebd., S. 74. Prien verweist an dieser Stelle auf Johann Knief und die Bremer Linksradikalen. Er verweist auch auf eine „Kontinuität, die auf Rosa Luxemburg und den deutschen Linkskommunismus zurückreicht“ und die sich im Arbeitsfeldansatz „objektiv fortsetzte“, ebd., S. 42. Die Kontinuität zu den Rätekommunist*innen ist nicht schwer zu diagnostizieren, werden doch offen rätedemokratische Element und Überlegungen in die Programmatik des SB übernommen.

[83] Ebd., S. 42.

[84] Ebd., S. 68.

In Priens Buch folgt entsprechend, nach der Schilderung der Tragödie des SB, eine kurze Weltanschauungsgeschichte, von der Naturgeschichte über die ursprünglichen Gemeinwesen bis zum Kapitalismus.[85]

> Die Dialektik der Geschichte gleicht einer Matroschka. In der Naturgeschichte steckt die Geschichte der gesellschaftlichen Grundformationen, darin die historische Dialektik des Kapitals und in ihr wiederum steckt die Organisationsgeschichte des Proletariats. Dennoch ist es stets der gleiche Prozess einer sich ausdifferenzierenden Totalität.[86]

Die Partei als Katalysator der Revolution

Die Partei erscheint als eine Art Katalysator in der Organisationsgeschichte des Proletariats und damit als Teil jener sich ausdifferenzierende Totalität.

> Die ‚Partei neuen Typs' nun ist diese manifest gewordene Totalität innerhalb der Totalität bürgerlicher Gesellschaft, durch die, über die und in der sich die gesellschaftliche Umwälzung vollzieht.[87]

Die „historische Aufgabe" dieser sei „die fortschreitende Selbstaufhebung des abstrakt Allgemeinen hin zu einer unmittelbaren Identität des Einzelnen und Allgemeinen im Besonderen".[88] Im Selbstverständnis des SB seien alle wesentlichen Elemente zur Lösung der historischen Aufgabe vorhanden gewesen: „die Organisation der Vertrauensleute, die Strategie der Sozialisierung und die Taktik der Arbeiterkontrolle".[89] Die *Partei neuen Typs* erscheint als die ideale Form des Zusammenwirkens dieser Elemente. Sie sei

> die Einheit der revolutionären Obleute auf Grundlage ihres gemeinsamen theoretischen Bewusstseins, wie es sich in der Anerkennung des revolutionären Parteiprogramms manifestiert. Die durchgehende Reflexion der spezifischen Betriebserfahrungen durch die Partei führt fortschreitend

[85] Ebd., S. 43ff.
[86] Ebd., S. 43.
[87] Ebd., S. 58.
[88] Ebd.
[89] Ebd.

> zu einer Vertiefung und Konkretisierung des Abbildes der gesellschaftlichen Totalität unter dem Aspekt ihrer Aufhebbarkeit im gemeinsamen Bewusstsein der Parteimitglieder und, durch diese vermittelt, in den Massen.[90]

Die Partei werde so „zumindest tendenziell zum vollkommenen Spiegel des ‚gesellschaftlichen Gesamtarbeiters'".[91]

Schlüsseln wir diese Konstruktion ein wenig auf. Ausgangspunkt ist das gemeinsame theoretische Bewusstsein der Obleute der Partei (der Avantgarde), das sich in ihrer Anerkennung des Parteiprogramms ausdrückt (Disziplin). Die Erfahrungen aus den Betrieben werden von der Partei aufgenommen und verarbeitet (genauer: abgespiegelt). Dadurch verbessert sich das Abbild der Gesellschaft – in revolutionärer Perspektive –, das die Parteimitglieder besitzen, was diese wiederum in die ‚Massen' vermitteln. In Konstruktionen wie dieser kommt eine Hierarchie zum Ausdruck, die auch Prien wahrnimmt:

> Durch diesen qua Repräsentationsdichte höheren Grad der Deutlichkeit in der Widerspiegelung der gesellschaftlichen Totalität ‚beherrscht' nun die Zentrale tatsächlich die einzelnen Arbeitsfelder, ebenso, wie die Vertrauensleute in den Betrieben und anderen Arbeitsfeldern die Massen ‚beherrschen'.[92]

Um dem Problem von Hierarchie, der Top-Down-Struktur dieser Konstruktion zu entgehen, greift Prien auf die Philosophie zurück. Das ‚Beherrschen' sei „im Sinne der Leibnizschen Monadenlehre" zu verstehen:

> ‚Zentrale' wie die ‚Vertrauensleute' haben die Funktion von ‚Zentralmonaden' inne. Sie drücken die Erfahrungen und Bedürfnisse der sie umgebenden Masse in einer einheitlichen, mit der Totalität des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses übereinstimmenden Form aus. Sie organisieren auf diese Weise die Selbstorganisation der Masse, zu der sie selbst gehören.[93]

---

[90] Ebd., S. 58f.
[91] Ebd., S. 116, zitiert wird MEW 23, S. 531.
[92] Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 116.
[93] Ebd.

Die Lösung ist das immer schon unterstellte, quasi osmotische wechselseitige Einverständnis. Argumentiert wird, es gebe hier kein ‚Beherrschen', da die Elemente wie Leibnizsche Monaden funktionierten. Unterstellt ist damit als ein durch die Organisation gegebenes Faktum, was allenfalls als ein Sollen formuliert werden dürfte: Avantgarde und ‚Masse' *sind* verschmolzen. Leibniz liefert dabei lediglich die Terminologie für eine Analogie, die nichts begründen kann. In dieser naiven Form der Lösung wird die Problematik jedoch umso deutlicher. Am Ende ist bewiesen, was zu beweisen war:

> Die Artikulation der ‚durch den kapitalistischen Produktionsprozeß unterdrückten Bedürfnisse und Triebe der unterdrückten Klasse' in einer die Masse zur Selbsttätigkeit befähigenden Form, das ist die Aufgabe der Rätepartei.[94]

Das Ideal einer Übereinstimmung von proletarischer ‚Masse', dem unmittelbaren Bewusstsein dieser ‚Masse', spontaner Bewegung, Politik (Taktik) und Partei (Organisation) im Sinne der ‚richtigen' Theorie wird letztlich durch das Wissen um die ‚richtige' Theorie verbürgt. Ein Wissen, das im Besitz der revolutionären Avantgarde, aber an sich bereits auch in der ‚Masse' angelegt zu sein scheint. Es ergibt sich als Denkmodell: Die Avantgarde steht in Wechselwirkung mit der Basis, dem Proletariat, einem Austausch, der in Form einer idealen Kommunikation gedacht ist. Die Spiegelung der Gesellschaft und damit das Wissen um ihre Revolutionierung verbessert sich in einem wechselseitig befruchtenden Prozess stetig. Die unmittelbaren Bedürfnisse und Einsichten des Proletariats als unmittelbarem Teil der Totalität[95] werden durch die Avantgarde theoretisch verarbeitet, eingebaut in die durch sie zu ent-

[94] Ebd. Zitiert wird laut Prien: Kritik der KPD/AO (Rudi Dutschke / Manfred Scharrer, ohne namentliche Zeichnung), in: Politikon, 36/1971.

[95] József Révai „lehrt", so Prien: „Der Gegenstand als Totalität kann nur begriffen und umgewälzt werden durch ein Subjekt, das ebenfalls eine Totalität ist; und das ist in der kapitalistischen Gesellschaft das sich zur Klasse konstituierende Proletariat", Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 58, vgl. József Révai, Rezension [von Geschichte und Klassenbewusstsein], in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 11 (1925), wieder abgedruckt in: Geschichte und Klassenbewußtsein heute (2), Frankfurt 1977, S. 181–191, hier: S. 190.

werfende politische Taktik. Zugleich werden die ‚Massen', deren Bewusstsein noch ‚verdinglicht' ist (wie Lukács sagt), durch die Partei-Avantgarde erzogen.

Wie nahe diese Überlegungen dem Weber-Leninisten Lukács – und eben nicht an Rosa Luxemburg – sind, wird bei einem Blick in Lukács' Schrift zur Organisationsfrage deutlich. Dies auszuführen sprengt jedoch den Rahmen dieser Auseinandersetzung.

Das Menetekel der Organisationsfrage

Wenn die Organisationsfrage der Linken anhand der Geschichte des SB gestellt und diskutiert wird und die Auseinandersetzung um diese wiederauflebt, mutet das vielleicht auf den ersten Blick überholt an, ist es jedoch keineswegs. Die Organisationsfrage und die Debatte um sie wird die Linke durch die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft begleiten. Die Probleme des Klassenkampfes sind immer noch virulent, und es sind nicht einfach nur die des ML-Marxismus. Eine kritische Rekonstruktion der Debatte bleibt lohnend.[96]

Die Organisationsfrage erscheint wie ein Menetekel in der Geschichte linker sozialer Bewegungen, insbesondere der Arbeiter*innenbewegung. Sie wird in einer bestimmten Entwicklungsphase sozialer Bewegung gestellt und deutet allzu oft auf ihre autoritäre Umwandlung oder ihren Zerfall. Das politische Denken in der Linken orientierte sich dabei über lange Zeiten und bis heute überwiegend an der Organisation der Klasse innerhalb der politischen Funktionsbedingungen bürgerlicher Gesellschaft, das heißt der repräsentativen Demokratie. Gewerkschaften als Interessenvertretung der Klasse und Parteien als politisch-parlamentarische Repräsentationsorgane galten dabei als die wichtigsten Ergebnisse der Organisationsversuche. Gerade die deutschen Gewerkschaften entpolitisierten sich in einer Arbeitsteilung, in der das Politi-

[96] Zu bedauern ist, dass die Gruppe Antifa Kritik und Klassenkampf (AKK) recht unkritisch gegenüber Priens Auslassungen bleibt (siehe: diskus, 55 (2016), 216, S. 58f.) bzw. apologetisch dessen Einschätzung des SB übernimmt (siehe Glossar, ebd., S. 52).

sche dann weitgehend in der Form der parlamentarischen Partei verortet wurde.

Die Sinnhaftigkeit, bisweilen auch die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses von Einzelnen im Klassenkampf (Internationale Arbeiterassoziation) auf der einen Seite verengt sich andererseits auf die Vorstellung, dass gesellschaftsverändernde revolutionäre Aktion zielführend nur als Produkt jener als parlamentarische Partei institutionalisierten Organisationen zu denken ist.

Die Geschichte der Sozialdemokratie zeigt, wie diese ihre zunächst noch programmatisch formulierte revolutionierende Orientierung unter spezifischen historischen – und das heißt eben auch organisatorischen – Bedingungen verliert. Im Entstehungsprozess der bürgerlichen Republiken war oft gerade sie die eigentliche Partei der Bürger*innenrechte und die Sachwalterin des Staatsbürgertums im bürgerlichen Staat. Die Sozialdemokratie verliert ihren revolutionären Charakter aber auch im Zuge ihrer politischen Taktik, sich auf die Form bürgerlicher Politik und deren Strukturen positiv einzulassen. Die soziale Bewegung wird dabei instrumentalisiert, und die Partei wird repräsentierend beziehungsweise stellvertretend zum eigentlichen revolutionären Subjekt. Dies ist vor allem auch in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie nachzuverfolgen. Die Politik Lenins, mit ihrer Trennung von Avantgarde und Masse, Führung und Gefolgschaft, von überlegenem revolutionären und defizitärem, nur trade-unionistischem Bewusstsein sowie mit ihrer Praxis einer Modernisierungsdiktatur, ist letztlich nur die konsequente Fortsetzung der Sozialdemokratie unter anderen politischen und historischen Bedingungen. Mit ihr werden Rekrutierung, Schulung und Erziehung zumindest der Parteikader, aber darüber hinaus auch der Massen zur einheitsstiftenden (inkludierenden) Aufgabe der Partei. Spätestens hier zeigt sich die damit manifestierte Vorstellung von Politik als eine zutiefst bürgerliche. Der *mündige Bürger*, die Vernünftigkeit aller wird einerseits vorausgesetzt (Ideal), muss aber andererseits gleichzeitig offenbar immer wieder empirisch hergestellt werden (Erziehung).

Mit dem institutionellen Auseinandertreten von Bewegung und Organisation manifestiert sich darüber hinaus immer wieder ein hierarchisches Verhältnis, anstatt Klassenkampf als einen gemeinsamen solidarischen Prozess der Erfahrung zu begreifen, der sich vielfältiger Formen von Aktion und Organisierung bedienen kann. Was sich hierin manifestieren könnte, ist nicht einfach ein spontanes, sondern ein im Sozialen verankertes, reflektiertes politisches Bewusstsein.

Die parlamentarische Partei dagegen erzeugt den Schein der Repräsentation der Arbeiter*innenbewegung inklusive auch ihrer revolutionären Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft. Umgekehrt wird jedoch die Partei selbst zum Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft.[97] Die Partei der Arbeiter*innenbewegung nimmt nun die Rolle einer bewussten oder unbewussten Kapitalfraktion ein, für deren Interessenausgleich das parlamentarische System etabliert ist.

Dort, wo eine antiautoritäre Linke einerseits die autoritären Strukturen der Organisation kritisiert und für sich ablehnt, andererseits aber nach einem institutionalisierten, wenn auch basisdemokratischen Vermittlungsmechanismus zwischen sozialer Bewegung und Partei sucht (Doppelstrategie, Standbein-Spielbein-Metapher), verlässt sie die Paradigmen bürgerlicher Politik nicht. Mit den oft penetranten Versuchen, soziale Bewegung in organisatorische Bahnen zu lenken, Bündnisse zu institutionalisieren oder aus Institutionen heraus auszurufen (Sammlungsbewegung), verdeutlicht sich das Verhaftetsein in den Formen bürgerlicher Politik. Soziale Bewegung erscheint so als defizitär, passiv, tendenziell politisch handlungsunfähig, bedeutungslos, soweit sie einer Führung durch Organisation entbehrt. Die Vermittlung von Bewegung und Bewusstsein bedarf scheinbar immer der Organisation als eines dritten. Politik erscheint in der Trinität von Bewegung, Organisation und Geist (Bewusstsein). Das Problem der Vermittlung stellt sich jedoch nur, wenn eine Trennung bereits vorausgesetzt ist. Es könnte als

[97] Agnoli argumentiert, dass in der repräsentativen Demokratie der Staat, nicht der Bürger repräsentiert werde: „Das Parlament vertritt gegenüber dem gemeinen Staatsbürger den Staat; der Volksvertreter verwandelt sich in einen ‚Staatsrepräsentanten'", Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg 1990, S. 78.

Organisations-Fetisch bezeichnet werden, wenn die Lösung des Problems der Vermittlung immer auf die Institution der Organisation projiziert wird.

Aber nicht nur die Orientierung auf Partei und das Denken in Kategorien der Partei-Politik sind bis heute virulent und kennzeichnen ein Dilemma der Linken. Die Linke sammelt sich in Vereinen, die, wenn nicht selbst mit Ambitionen verbunden, Partei zu sein, als Vorfeldorganisationen agieren (wie etwa das *Institut Solidarische Moderne*) und sich auf die Rolle des Thinktanks, des Stichwortgebers, der Einflussnahme auf die Partei (oder die Gewerkschaft), gerne auch zumindest auf einen linken Flügel, verstehen. Der politisch bürgerlichen Organisationslogik kann sie damit nicht entkommen.

Bisweilen sucht die Linke eine die bürgerliche Gesellschaft transformierende, also revolutionäre Wirksamkeit des Politischen. Sie verortet dieses Politische im Funktionsparadigma bürgerlicher Organisationsformen, postuliert jedoch, darüber die revolutionäre Perspektive nicht zu verlieren. Es gehört zum Markenkern der Sozialdemokratie, sich als Bewegungsform dieses Widerspruchs anzudienen. Für die sozialdemokratische Linke soll die von ihr angestrebte gesellschaftliche Hegemonie basisdemokratisch sein, also Vorherrschaft ohne Herrschaft. Gesucht wird die „Hegemonie ohne Hegemon“.[98]

Rosa Luxemburg hatte hinsichtlich der Frage der Partei die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Zu lange hielt sie an jener Partei fest, die ihren Tod tragischerweise schlussendlich auf dem Gewissen hat.[99] Luxemburg suchte mit ihrer Kritik an der russischen Sozialdemokratie immer wieder auch die eigene Partei zu treffen. Als beiden wesentlich zeigte sich jedoch ein spezifisches Politikverständnis, das die russische Sozialdemokratie unter anderen politischen und geschichtlichen Vorzeichen

[98] Die Formel von der „Hegemonie ohne Hegemon“ findet sich bei Wolfgang Fritz Haug ebenso wie im Strategiepapier der Widersprüche-Redaktion: dies., Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich! Ein Strategiepapier, in: Widersprüche, 11/1984, S. 120–136, [https://www.widerspruechezeitschrift.de/article202.html].

[99] Siehe: Klaus Gietinger, Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Hamburg 2009.

frühsozialistisch radikalisierte. Lukács hingegen bleibt in seiner Kritik an Luxemburgs Lenin-Kritik dem Stalinismus verhaftet. Sein Vorwurf an Luxemburg, sie überschätze die spontane Aktion der Masse, legitimiert die Führungsrolle der Partei.[100]

Um eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage der Organisation kommt eine kapitalismuskritische Linke nicht herum. Der Streit um das Verständnis und die jeweiligen Rollen von Bewegung und Organisation begleitet sie. Das SB bildet hier keine Ausnahme.

Im SB wurde versucht, eine konkrete Antwort auf die Frage des problematischen Zusammenhangs von sozialer Erfahrung, politischer Intervention und (Selbst-)Aufklärung zu geben. Zur politischen und theoretischen (Selbst-)Aufklärung ebenso wie zur praktischen Unterstützung in den Arbeitsfeldern initiierte das SB unter anderem eine breite Palette an Veröffentlichungen. Die sozialen Erfahrungen sollten, ebenso wie die professionellen und politischen Probleme im Arbeitsfeld, den Hintergrund abgeben für koordinierte politische Aktionen. Diese Vorstellung ging durchaus über die der Kampagnenpolitik hinaus. Es war die spezifische gesellschaftliche Form der Arbeit und die daraus resultierenden Interessen, ebenso wie die mit ihr verbundenen Widersprüche, die hier thematisch wurden. Dies geht über das politische Denken in Regierungserklärungen oder die utopistischen Entwürfe, wie etwas sein müsste, die ja auch in der Linken präsent sind, hinaus. Es geht dabei nicht zuletzt um die Klassenfrage.

[100] Zu Luxemburg siehe: Diethard Behrens, Gesellschaftspolitik. Anmerkungen zu Rosa Luxemburg, Reihe Philosophische Gespräche, Bd. 56, Berlin 2019.

Michael Becker / Gottfried Oy / Christoph Schneider

Die Welle als Muster. Sechs Thesen zur anhaltenden Bedeutung der „antisemitischen Welle“ 1959/1960*

Am Weihnachtsabend 1959 pinselten zwei junge Männer die Worte „Deutsche fordern Juden raus“ an die Tür der Synagoge in Köln. Diese war wenige Monate zuvor in Anwesenheit von Bundeskanzler Adenauer eingeweiht worden, um auszudrücken, dass Deutsche dergleichen nicht mehr fordern. Die beiden Täter, ein Bäckergeselle und ein kaufmännischer Angestellter, beide 25 Jahre alt, übergossen zudem die Inschrift eines in der Nähe befindlichen Mahnmals für Opfer der Gestapo mit schwarzer Farbe. Beide gehörten der Deutschen Reichspartei (DRP) an, einem Sammelbecken alter und junger Nazis. Sie wurden schon am nächsten Tag festgenommen und Anfang Februar 1960 zu einem Jahr und zwei Monaten bzw. zu zehn Monaten Haft verurteilt.[1]

Die sofort einsetzende öffentliche Empörung über die Kölner Tat konterkarierend, rollte Anfang 1960 eine Welle von antisemitischen Manifestationen über Stadt und Land. Sie ist bis heute als „antisemitische Schmierwelle“ bekannt. Die Bezeichnung korrespondiert mit der Lesart, es habe sich um Taten ungezogener „Lümmel“[2] gehandelt, die die

* Der Beitrag geht zurück auf eine Veranstaltung der Autoren, die unter dem Titel „60 Jahre ‚antisemitische Schmierwelle‘ – nicht nur ein Jahrestag“ am 6. Februar 2020 im Autonomen Zentrum im ehemaligen Polizeigefängnis Klapperfeld in Frankfurt am Main stattgefunden hat.

[1] Überblicke finden sich bei Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt / New York 1997, sowie Shida Kiani, Zum politischen Umgang mit Antisemitismus in der Bundesrepublik. Die Schmierwelle im Winter 1959/1960, in: Stephan Alexander Glienke / Volker Paulmann / Joachim Perels (Hg.), Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 115–145. Zum Urteil gegen die Täter siehe FAZ vom 8. Februar 1960.

[2] Erklärung von Bundeskanzler Dr. Adenauer über den deutschen Rundfunk und das Deutsche Fernsehen am 16. Januar 1960, in: Bundesregierung (Hrsg.), Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung, Bonn 1960, S. 62–63, hier: S. 63.

Wände vollschmierten. 833 Taten zählte die Bundesregierung bis zum 15. Februar 1960, zu Jahresbeginn waren es zeitweise über vierzig pro Tag.[3] Mehr als zehn Prozent davon waren unmittelbar gegen Jüd*innen sowie jüdische Organisationen gerichtet.[4] Diese manifesten Bedrohungen werden mit der Bezeichnung „Schmierwelle" verharmlost.

Sechzig Jahre später war der Jahrestag der initialen Tat lediglich einige mediale Rückblicke wert. Fokussiert wurde dabei zumeist nur das Ereignis selbst, die ungewöhnliche Häufung keineswegs ungewöhnlicher Taten in kurzer Zeit.[5] Die Politik, so das gängige Fazit, habe schnell Konsequenzen gezogen: Durch die Stärkung der politischen Bildung oder die Einführung des Gemeinschaftskundeunterrichts sowie strafrechtlich durch das Gesetz gegen Volksverhetzung. Aber diese vermeintlichen Konsequenzen, darauf hat die Forschungsliteratur hingewiesen, waren nur der Vollzug ohnehin geplanter (wenngleich bis zur „Welle" bisweilen dilatorisch behandelter) Vorhaben.[6]

Aus unserer Sicht war die „antisemitische Welle" ein Kristallisationspunkt sich verändernder Kräfteverhältnisse und Konfliktlinien in der postnazistischen Gesellschaft.

Die offizielle Absage an den Antisemitismus und ein formelles Schuldbekenntnis bei voller Integration nazistischer Funktionsträger in die Republik hatte eine erhebliche Spannung zwischen der Oberfläche

---

[3] Bundesregierung (Hg.), Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung, Bonn 1960; Zur Situation in Baden-Württemberg siehe [https://www.leo-bw.de/themen/landesgeschichte/baden-wurttemberg-und-die-welle-antisemitischer-straftaten-1959/1960].

[4] Bundesregierung, Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle (wie Anm. 3), S. 43.

[5] Wolfgang Stenke, Schändung der Kölner Synagoge vor 60 Jahren. Beginn einer Welle antisemitischer Vorfälle, Deutschlandfunk, 24. Dezember 2019, siehe [https://www.deutschlandfunk.de/schaendung-der-koelner-synagoge-vor-60-jahren-beginn-einer.871.de.html?dram:article_id=466539]; Andreas Otto, Schändung der Kölner Synagoge vor 60 Jahren, Jüdische Allgemeine vom 24. Dezember 2019, [https://www.juedische-allgemeine.de/politik/schaendung-der-koelner-synagoge-vor-60-jahren/]. Eine Ausnahme stellte eine u. a. vom apabiz und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand e. V. organisierte Diskussionsveranstaltung am 7. Januar 2020 in Berlin dar, auf der der Blick, ausgehend von der „Welle", auch auf die gegenwärtige Auseinandersetzung mit Neonazismus und Antisemitismus gerichtet wurde.

[6] Bergmann, Antisemitismus (wie Anm. 1), S. 254–255 und S. 263; Kiani, Zum politischen Umgang (wie Anm. 1), S. 140.

(Anerkennung jüdischen Lebens in Deutschland) und dem, was darunter lag, erzeugt. Diesen Grundwiderspruch der Bundesrepublik brachte die „Welle" erstmals in voller Wucht zur Geltung. Zwei antagonistische Versuche seiner Auflösung lassen sich ausmachen. Der eine waren die Taten selbst, ein konformistischer Protest gegen die Anerkennung jüdischen Lebens. Der andere war die Reaktion einer Koalition gesellschaftskritischer Akteur*innen der ‚Neuen Linken', die eine Auseinandersetzung mit der „unbewältigten Gegenwart"[7] einforderte. Hier lag der Ausgangspunkt einer noch gegenwärtig bedeutsamen Gesellschaftskritik im Medium der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Antisemitismus. Gleichwohl: Die Spannung blieb unaufgelöst, sie ist eingelassen in die politische Kultur der Bundesrepublik.

Die „Welle" diente zur Einübung bis heute erkennbarer Umgangsweisen diesem Widerspruch gegenüber: Antisemitische Manifestationen wurden zurückgedrängt – die zwei Männer wurden rasch und verhältnismäßig hart bestraft –, Antisemitismus aber zugleich zum Randphänomen erklärt. Verantwortlich gemacht wurden wahlweise „Halbstarke" oder kommunistische Provokateur*innen aus dem „Ostblock". So mussten das antisemitische Wollen und die Genese antisemitischer Einstellungen nicht thematisiert werden. Während die Externalisierung noch politischen Mehrwert im Kampf der Systeme brachte, musste für die „Halbstarken" das Bildungssystem bemüht werden. So sprach die Republik zwar wochenlang über den Antisemitismus, aber hinter dem Skandal des Exzeptionellen geriet der Skandal der Normalität aus dem Blick. In dieser Konstellation finden sich Muster einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, die noch heute prägend sind. Ihnen wollen wir in den folgenden Thesen nachspüren.

*

[7] Gerhard Schönberner, Das Menetekel von Köln. Die unbewältigte Gegenwart, in: Das Argument, 16 (1960), S. 40–46.

Wir waren in der Christmette im Dom. Wir sind dann auf dem Heimweg an der Synagoge an dem jüdischen Gemeindezentrum vorbeigekommen und haben dort eine Schmiererei in weißer Farbe auf der Außenwand entdeckt. Deutsche fordern: Juden raus. Der erste Gedanke war, das abzuwaschen, damit kein Skandal daraus wurde, und dann sind wir direkt in unsere Wohnung gegangen […] und haben die Polizei benachrichtigt. (Klaus Rath, in der Weihnacht 1959 – Deutschlandfunk vom 24. Dezember 2019)[8]

Am zweiten Weihnachtsfeiertag wurde gegen die beiden Festgenommenen Haftbefehl erlassen. Als sie nach dem Haftprüfungstermin das Gerichtsgebäude verließen, entbot Schönen den „Deutschen Gruß" und rief den wartenden Fotografen zu: „Friede für alle Völker." […] Wie der Kölner Polizeipräsident am Sonntagnachmittag mitteilte, hat Strunk bestritten, Antisemit zu sein und die Verbrechen der Nazis zu billigen. Strunk habe vielmehr das Denkmal und die Synagoge beschmiert, weil er dagegen habe protestieren wollen, „daß Juden in führende Stellungen der Bundesrepublik eindringen, da er sich davon nichts Gutes für das deutsche Volk verspreche". (FAZ vom 28. Dezember 1959)

Wir glauben allerdings nicht, daß es in Deutschland Kreise und Gruppen von nennenswerter Stärke oder irgendwelchem Einfluß gibt, die heute noch dem Antisemitismus anhingen. Trotzdem und wohl auch gerade deshalb haben die Kölner Vorgänge überall in Deutschland Bestürzung und Zorn hervorgerufen. (FAZ-Kommentar vom 28. Dezember 1959)

1. Die „antisemitische Welle" als Ausdruck eines postnazistischen Widerspruchs

Die historische Bedeutung der Vorgänge zur Jahreswende 1959/1960 resultiert nicht aus der besonderen Qualität der initialen Tat, dem Anbringen dieser gleichsam anachronistischen vier Worte „Deutsche fordern Juden raus". Die europäischen Jüd*innen ein zweites Mal „raus" zu schaffen, vermochte 15 Jahre danach auch der eifrigste Antisemit nicht. Die Zitation des alten Schlachtrufs in Verbindung mit dem parallelen

[8] Wolfgang Stenke, Schändung der Kölner Synagoge vor 60 Jahren (wie Anm. 5).

Angriff auf den Gedenkstein – einer von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1951 aufgestellten Steinplatte zu Ehren von sieben Gestapo-Opfern aus dem nahegelegenen Gefängnis Klingelpütz – macht deutlich, was es nun zu zerstören galt: das Recht und die Möglichkeit der Anklage wie auch der Klage.

Das, wofür sich der eigenartige, sexuell aufgeladene Begriff der „Schändung" durchgesetzt hat, hatte es auch zuvor gegeben.[9] Wenige Monate zuvor, in der Nacht zum 17. Januar 1959, wurde die Düsseldorfer Synagoge beschmiert. Vor allem aber unterhalb der Sichtbarkeit symbolgeladener Gebäude und Situationen brach sich das antisemitische Alltagsbewusstsein Bahn. In Köppern/Ts. etwa führte 1958 Kurt Sumpf, aus Frankfurt am Main stammend, ein Café. Er war 1936 nach Palästina geflohen und 1956 aus Israel zurückgekehrt. Sein Café wurde fortgesetzt von einer Clique belagert. Er wurde antisemitisch beleidigt, beschimpft und schließlich massiv bedroht. Das eingeleitete Verfahren zog sich über Jahre hin. Stumpf gab das Café auf und siedelte mit seiner Familie nach Frankfurt am Main um. Niemand kennt heute diese Geschichte.[10] Nur im Archiv findet sich die Spur ebenso wie in der kleinen Broschüre der VVN von Anfang 1959 mit dem Titel „Antisemitismus heute".

Zurück zu den Ereignissen in Köln. Dort waren zwei Dinge zusammengekommen. Der Wiederaufbau der Synagoge sollte als Signal auch an das Ausland verstanden werden: Dieses Deutschland hat mit dem früheren nichts gemein. Was genau das frühere ausmachte, war nur sehr pauschal geläufig und sollte nicht weiter ausgeführt werden. Jedenfalls waren die Verhältnisse wieder gut gemacht: Jüd*innen gehen über deut-

[9] Von einer „antisemitischen Skandalwelle" zwischen 1957 und 1960 ist in der Literatur die Rede; vgl. Thomas Herz / Heiko Boumann, Der „Fall Globke". Entstehung und Wandlung eines NS-Konflikts, in: Thomas Herz / Michael Schwab-Trapp, Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945, Opladen 1997, S. 57–107, hier S. 74. So versendete der Hamburger Holzkaufmann Nieland im Bundestagswahljahr 1957 eine antisemitische Broschüre und wurde 1959 von einem Richter freigesprochen, der während des Nationalsozialismus selbst antisemitische Artikel verfasst hat. Vgl. ebd. Noch die Ausdehnung der Welle auf drei Jahre dürfte mit dem empirischen Vorkommen antisemitischer Manifestationen nach dem Krieg nicht zur Deckung kommen.

[10] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 24. Juli sowie vom 9., 10., 11. und 26. Oktober des Jahres 1959.

sche Straßen in ihre Synagoge. Um das zu bekräftigen, war Kanzler Adenauer bei der Einweihung des Hauses wenige Wochen zuvor, am 20. September, in Köln anwesend. Bedeutsam zum anderen ist das Datum: Der Weihnachtsabend steht für den Quellpunkt der frohen Botschaft des Christentums – „Friede auf Erden". Diese beiden versöhnlichen Momente konterkarierte die Attacke, und so ging von ihr eine symbolische Wucht aus, gegen die sich unisono noch während der Weihnachtsfeiertage der Bundespräsident, der Bundeskanzler und der Bundesinnenminister stemmten. Öffentlich brachten sie ihre Empörung zum Ausdruck gegen die leicht zu verstehende Botschaft: Feiertag und Pogrom gehören zusammen, so war es und so soll es bleiben. Nicht das Ausmaß oder die Qualität der Kölner Tat, sondern die Symbolik von Zeit und Ort in Verbindung mit der staatsöffentlichen Reaktion setzten eine Dynamik in Gang und rührten die Verhältnisse auf.

Ist diese bestimmte Konstellation – Farbanschlag auf die Synagoge in der „heiligen Nacht" und öffentliche Verurteilung durch höchste staatliche Repräsentanten – als Auslöser bestimmt, bleibt die Frage: Was genau wurde aus seiner Fixierung gelöst? An welchen Widerspruch rührte das? Die Taten richteten sich gegen die offizielle Politik der Anerkennung jüdischen Lebens in Deutschland. Begleitet wurde diese Politik mitunter von einem demonstrativen Philosemitismus, ihre entscheidende Bedingung war jedoch die Verurteilung der „Judenvernichtung" (das war die Bezeichnung – einen Begriff, der Erkenntnisanstrengungen voraussetzt, gab es nicht). Diesbezüglich hegten die Westalliierten Erwartungen gegenüber der Bundesrepublik. Gefordert war die öffentliche Ablehnung des Nationalsozialismus und das Fernhalten offen nazistischer Parteien von der Macht. Wie allgemein bekannt, wurde diese offizielle Position untermalt davon, dass zahllose Nazitäter*innen strafrechtlich nie zur Verantwortung gezogen beziehungsweise Ende der 1950er Jahre längst wieder amnestiert worden waren. Auf Basis entsprechender rechtlicher Grundlagen, wie dem Paragraph 131 des Grundge-

setzes,[11] waren sie Teil der prosperierenden Nachkriegsgesellschaft; ihre beruflichen Stellungen gaben ihnen erheblichen Einfluss in Wirtschaft, Politik und Medien. Veteranen aller Couleur bis hin zu Waffen-SS-Verbänden trafen sich in den großen Sälen der mittelgroßen Städte und brüsteten sich ihrer Heldentaten. Auflagenstarke Literatur erfüllte den Wunsch, darüber mehr zu erfahren.[12] Der Antikommunismus als ideologischer Konsens der Nachkriegszeit und Essential der Westbindung knüpfte in Deutschland unverhohlen am Antibolschewismus an, und das war auch als ideologisches Integrationsangebot zu verstehen.

Daraus resultierte eine Spannung, sie war groß und konstitutiv für die postnazistische Bundesrepublik. Alltagssprachlich waren positive Bezugnahmen auf „Adolf" und seine Autobahnen problemlos möglich, staatsoffiziell aber wurden Synagogen eingeweiht. Hier die offizielle Absage an den Antisemitismus, gepaart mit der Verurteilung des Nationalsozialismus als verbrecherisch, dort die Alltagsordnung, die faktisch und praktisch permanent das Gegenteil sagte: Wir haben uns nichts zuschulden kommen lassen, allenfalls Verstrickungen, der Mensch ist fehlbar, nicht alles war schlecht. Der Widerspruch spiegelte sich auch in formelhaften Schuldbekenntnissen, wie etwa im Text des erwähnten Gedenksteins, der von den beiden Aktivisten der DRP in der Weihnachtsnacht als zweites Angriffsziel auserkoren wurde: Hier ist die Rede von

[11] Artikel 131 des Grundgesetzes gab dem Bundesgesetzgeber auf, die Rechtsverhältnisse von Personen, die vor dem 8. Mai 1945 im Beamtenverhältnis standen und danach ausscheiden mussten, so zu regeln, dass sie ihre Versorgungsansprüche nicht verloren. Das entsprechende Bundesgesetz von 1951 gewährte diesem Personenkreis, ungeachtet des jeweiligen persönlichen Verhaltens, weitgehende Rechtsansprüche gegen den demokratischen Staat. Sie mussten wieder in einem Dienstverhältnis untergebracht werden, das der Position am Tag des Kriegsendes entsprach. Die von den alliierten Behörden 1945 aus den Stellungen entfernten Nazi-Beamten erhielten so das Recht auf Wiedereinstellung mit entsprechenden Bezügen.

[12] Man darf vermuten, dass „in privaten Zusammenhängen, in Vereinen, unter Freunden und Vertrauten, also überall dort, wo man unter sich war, viele Geschichten aus den vergangenen zwölf Jahren erzählt wurden. Hier noch mehr als in der Öffentlichkeit der Landserberichte und Wochenmagazine konnten die Parteigänger und Täter, die Offiziere und einfachen Soldaten der Wehrmacht das berechtigte Gefühl haben, auf Wohlwollen und Verständnis zu stoßen." Helmut König, Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2003, S. 26.

„Deutschlands schandvollste[r] Zeit“.[13] Wurde also tatsächlich einmal öffentlich erinnert, wie in diesem Fall an Gestapo-Opfer, ging es zugleich um das gedemütigte, gekränkte, herabgewürdigte Deutschland.

In dieser Spannung agierten die verhältnismäßig jungen Tatbeteiligten der nächsten Generation im Rahmen der „Welle“. Der sich in den Taten manifestierende soziale Verstoß zielte auf die Bekenntnisse zu Versöhnung und Ausgleich, die tatsächlich mitunter etwas Angestrengtes, Bußfertiges hatten. Zugleich war dieser Protest konformistisch gegenüber der halb-öffentlichen Meinung, besser gesagt: dem breiten Strom konservierter antisemitischer und autoritärer Einstellungen, der das Schweigen über die Taten und die Bereitschaft zum Mittun auf Seiten der Älteren einschloss.

In diesem Zusammenhang ist die Phänomenologie der Welle von einiger Bedeutung. Die sich steigernde Deliktzahl kündete, medial vervielfältigt, von einer sich ausbreitenden Bereitschaft zum Bekenntnis, und für die, die sich beteiligten, nahm sie Züge einer Vergemeinschaftung an: auch ein Hakenkreuz anbringen, auch einen Juden oder eine Jüdin bedrohen, sich auch wieder etwas trauen. Aus der Latenz hervor trat, gespeist aus einer Vielzahl unterschiedlicher und auch unterschiedlich aggressiver performativer Akte, die eine Haltung. Insofern ist die häufig zu unterstellende Spontaneität der Akteur*innen nicht Ausweis weitgehender Harmlosigkeit (keine „ideologisch gefestigten Täter“), es erinnert vielmehr an die Mobilisierung der NS-Bewegung in ihrer frühen Zeit: Teilhabe an einem kollektiven Akt der Identitätsstiftung, bei dem es auf das Gegenüber nur insofern ankommt, als es „jüdisch“ sein muss; in der eben entfalteten zeitdiagnostischen Perspektive: Teilhabe an der kollektiven Richtigstellung einer heuchlerischen Anpassung an alliierte Vorgaben, die mit der Anerkennung des „Jüdischen“ von deutscher Schuld handeln.

---

[13] Vgl. Bundesregierung, Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle (wie Anm. 3), S. 29. Anderen Quellen zufolge handelte der Text von „Deutschlands schmachvollster Zeit“, was die Sache nicht besser macht.

Eine Lesart, die stärker auf die Bedeutung einer erneuten jüdischen Präsenz in der deutschen Gesellschaft abhebt, entwickelt Jan Lohl.[14] Der „Zusammenbruch" – so der geläufige zeitgenössische Ausdruck für die Kriegsniederlage – sei eine kollektive narzisstische Schädigung. In den Folgejahren wurde geleugnet und verkleinert, was ihr zugrunde lag – der Angriffskrieg, die Shoah, das notwendige Bündnis der Alliierten gegen Hitler-Deutschland –, um an der nationalen Identifikation festhalten zu können. Die sich in der feierlichen Einweihung der Kölner Synagoge manifestierende symbolische Rückkehr der Juden und Jüdinnen bedrohte das Gelingen dieses ohnehin fragilen Manövers. Die Rückkehr erschien dabei doppelt bedrohlich: Jüd*innen erstanden gleichsam als Untote, die ihre Ermordung überlebt hatten, und zugleich als mögliche Fragesteller*innen an das Beschwiegene, als Ankläger*innen des Ungesühnten.

So oder so ist von einem tief in die Verhältnisse dieser Zeit eingelassenen Widerspruch auszugehen. Er wurde aber keineswegs nur in Form der Schmierwelle manifest. Es gab gesellschaftliche Aktivitäten, die ihn nach der anderen Seite hin aufzulösen trachteten. Die Einrichtung der „Zentralen Stelle" der Landesjustizverwaltungen im Dezember 1958 mit Sitz in Ludwigsburg, die Tatzusammenhänge von NS-Verbrechen ermitteln sollte,[15] gehört dazu, ebenso wie die studentische Initiative, die die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" auf den Weg brachte.[16] Arnold

[14] Jan Lohl, „Deutsche fordern: Juden raus!". Antisemitismus nach Auschwitz im Alltagsdiskurs der 1950er Jahre, in: Charlotte Busch / Martin Gehrlein / Tom David Uhlig (Hg.), Schiefheilungen. Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus, Wiesbaden 2015, S. 131–153.

[15] Die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen" war selbst ein Kind der Widersprüche: Ursprünglich geschaffen, um bis zum Verjährungszeitpunkt Mai 1960 noch ein paar ungesühnten NS-Verbrechen abzuarbeiten, hatte sie nur das Recht zu Vorermittlungen. Durchaus zum Erstaunen der Gremien, die sie eingesetzt hatten, verselbständigten sich die geschaffenen Strukturen in den folgenden Jahren. Auch wenn der Gründungsakt voller Halbheiten war, war die „Zentrale Stelle" doch das erste hoheitliche Signal der Bundesrepublik, dass NS-Täter*innen grundsätzlich mit Strafverfolgung zu rechnen haben.

[16] So der Name einer im November 1959 gezeigten Ausstellung, die eine dokumentengestützte Aufklärung von Justizverbrechen mit der Nennung beteiligter Jurist*innen verband; vgl. Gottfried Oy / Christoph Schneider, Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie, zweite korrigierte Auflage, Münster 2014.

Strunk und Paul Schönen in der Kölner Weihnachtsnacht, wie auch jene, die es ihnen bald darauf gleichtaten, lösten den Widerspruch nach der einen Seite auf und fochten gegen die demonstrative Anerkennung jüdischen Lebens in der Bundesrepublik.

*

Einem Offenbacher Bürger wurde in der Nacht zum 25. Dezember die Garage aufgebrochen und der neue Personenwagen mit Hakenkreuzen und dem Wort „Jude“ verkratzt. Die Polizei gab diese antisemitische Ausschreitung auf Wunsch des Geschädigten erst am Mittwoch bekannt. Die neue Offenbacher Synagoge, an der vor einigen Monaten das Wort „Vergasen“ angeschrieben worden war, wird zur Zeit ständig von der Polizei beobachtet. (FAZ vom 31. Dezember 1959)

In Offenbach wurde – wie die Agenturen ergänzend melden – auf einem Zettel einem Halbjuden, dessen Auto bereits vor einigen Tagen mit Hakenkreuzen und dem Wort „Jude“ verkratzt worden war, gedroht, er werde bis Ende dieses Jahres liquidiert werden. Die Offenbacher Stadtverwaltung hat für die Ermittlung des Briefschreibers eintausend Mark Belohnung ausgesetzt. (FAZ vom 4. Januar 1960)

Die Schändung der Synagoge in Köln am Heiligen Abend hat zu einer Reihe von weiteren antisemitischen Aktionen in der Bundesrepublik geführt. […] In Scheinfeld (Mittelfranken) wurde das Amtsgerichtsgebäude und das Haus eines jüdischen Kaufmanns aus Ansbach mit Hakenkreuzen sowie den Aufschriften „Nieder mit den Juden“ und „Drecksjude“ beschmiert. In Allersberg, ebenfalls in Mittelfranken, waren die katholische Pfarrkirche, das Rathaus und mehrere Anwesen von jüdischen Bürgern das Ziel antisemitischer Schmieraktionen. (FAZ vom 2. Januar 1960)

2. Die politischen und juristischen Reaktionen auf die „antisemitische Welle" sind Ausdruck eines autoritären Umgangs mit gesellschaftlichen Konflikten

Die öffentliche Verurteilung der antisemitischen Taten fiel schnell und einhellig aus, auch von höchster Stelle: Bundespräsident Heinrich Lübke, Bundeskanzler Konrad Adenauer, zahlreiche Kabinettsmitglieder ebenso wie Oppositionspolitiker distanzierten sich deutlich und forderten eine Bestrafung der Täter.[17] Die Gerichte folgten dem. Der Umgang nicht nur mit den Tätern von Köln, sondern auch denen der nachfolgenden Delikte war hart und konsequent. Einige Beispiele mögen das illustrieren: Der 23 Jahre alte arbeitslose Angestellte Wollny, der in Berlin-Charlottenburg Hakenkreuze und Parolen an Haustüren und einem Schaufenster angebracht hatte, wurde bereits 24 Stunden nach der Tat zu zehn Monaten Gefängnis wegen Beleidigung verurteilt.[18] Der 49 Jahre alte Stadtinspektor Staats, ebenfalls aus Berlin, wurde vom Amtsgericht Tiergarten zu einem Jahr und fünf Monaten Haft wegen nationalsozialistischer Agitation verurteilt. Er hatte Gäste in einem Lokal mit „Heil Hitler" begrüßt.[19] Ein 42jähriger Kellner aus Dortmund wurde zu vier Monaten Haft verurteilt, weil er in einer Gastwirtschaft „abfällig über das Judentum gesprochen" hatte.[20] Der Justizminister von Nordrhein-Westfalen wies gar alle Staatsanwälte an, „bei antisemitischen Ausschreitungen oder nazistischen Betätigungen" die Verurteilung vor einem Schnellgericht zu beantragen, um wirksam abzuschrecken.[21] Gegen auffällig viele Täter wurden Haftstrafen wegen verhältnismäßig geringfügiger Delikte verhängt.

[17] Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, 103. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 18. Februar 1960, [https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/03/03103.pdf]. Aus dem Weißbuch geht leider nicht hervor, ob die Täter ausschließlich Männer waren – für die dort näher beschriebenen Fälle sowie die hier benannten ist dies der Fall, darüber hinaus erscheint diese Annahme aber unwahrscheinlich.

[18] FAZ vom 6. Januar 1960.

[19] Ebd.

[20] FAZ vom 9. Januar 1960.

[21] Ebd.

Mit diesen Urteilen, so könnte man feststellen, wurden die Taten schnell geahndet und die öffentliche Norm des Anti-Antisemitismus wiederhergestellt. Eine vorbildliche Reaktion der deutschen Justiz also? Bei näherem Hinsehen können doch Zweifel aufkommen. Die Schnelligkeit und Härte der Urteile stehen nämlich in einem bemerkenswerten Kontrast zur Untätigkeit der Justiz gegenüber NS-Verbrecher*innen beziehungsweise den milden Urteilen gegen viele, die doch vor Gericht zur Rechenschaft gezogen wurden. Unter der geltenden Gehilfenrechtsprechung[22] konnte es durchaus vorkommen, für die Teilhabe an einem NS-Gewaltverbrechen milder davonzukommen als für eine Kneipenbeleidigung oder ein an die Wand gemaltes Hakenkreuz. Auch der Fall Köppern ist ein interessanter Vergleich: Der Hauptangeklagte aus der antisemitischen Clique, die den Gastwirt Kurt Sumpf über Monate drangsaliert und schließlich aus dem Ort gemobbt hatte, wurde wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Beleidigung zu vier Monaten Haft und 150 DM Geldstrafe verurteilt. Die anderen Angeklagten kamen mit Geldstrafen davon. Wohlgemerkt, das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main im Revisionsprozess fiel 1961, nach den Urteilen zur „Welle".[23]

Diese Urteilspraxis der Gerichte landauf, landab steht auch im Kontrast zu der Inferiorisierung der Täter*innen. Das Kölner Gericht etwa verbog sich fast in seiner Urteilsbegründung: Die Täter seien zwar Psychopathen, dennoch voll schuldfähig, sie seien „politische Dilettanten und Wirrköpfe", hätten aber „mit einem Hochmaß von ehrloser Gesinnung gehandelt".[24] Der Widerspruch war unvermeidbar, angelegt im Bild

[22] Dafür war die Auslegung des Tatbestands der „Beihilfe" in NS-Prozessen verantwortlich. Laut Bundesgerichtshof war für die Beurteilung einer Tat der Wille der Tatbeteiligten entscheidend. Routinemäßig verwiesen unter Berufung auf diesen Grundsatz die Gerichte in NS-Prozessen auf die „Haupttäter" Hitler, Himmler und Heydrich und erklärten die Angeklagten zu Gehilfen, die die Tat nicht selbst gewollt, sondern nur auf Befehl ausgeführt hätten. Vgl. Christian Dirks, Selekteure als Lebensretter. Die Verteidigungsstrategie des Rechtsanwalts Dr. Hans Laternser, in: Irmtrud Wojak (Hg.), „Gerichtstag halten über uns selbst…". Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Frankfurt 2001, S. 163–192, hier: S. 172f.

[23] Frankfurter Rundschau vom 30. August 1961.

[24] FAZ vom 8. Februar 1960.

der unpolitischen Dummköpfe, denen gleichwohl mehr zur Last gelegt wurde als eine „Flegelei"; das Unterlaufen der zentralen Norm der postnazistischen Gesellschaft nämlich, den Antisemitismus nicht mehr öffentlich auszuagieren – denn das war die Voraussetzung, über den Nationalsozialismus nicht mehr sprechen zu müssen.

Setzt man die Urteile also ins Verhältnis zum justiziellen Umgang mit den NS-Verbrechen, aber auch mit anderen neonazistischen und antisemitischen Taten, so kann die Vermutung aufkommen, dass es hier weniger um den Gehalt der Taten selbst ging. Es ging maßgeblich darum, der in- und ausländischen Öffentlichkeit in einem Moment großer Aufmerksamkeit ein Signal der Ablehnung des Antisemitismus zu senden, bevor der in den Taten aufscheinende Widerspruch – siehe die erste These – in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit geraten konnte. Darüber hinaus ist die Härte der Urteile auch ein Widerschein des Autoritarismus in der postnazistischen Republik. Der zutage tretende gesellschaftliche Widerspruch wurde mit Strafe und Abschreckung bearbeitet – paradox angesichts einer Justiz, deren Kontinuität zum Nationalsozialismus gerade erst zum Gegenstand der Aufarbeitung wurde.[25] Eine solche Deutung korrespondiert jedenfalls mit Konrad Adenauers Aufforderung, den „Lümmeln" eine „Tracht Prügel" zu verabreichen. Adenauers patriarchal-paternalistische Attitüde wies aber zugleich über die rechtsstaatliche Problembearbeitung hinaus: Wo die öffentlich behauptete Norm nicht zu halten war, rief Adenauer kurzerhand zur Maßnahme auf.

*

In einer vom Bundespresseamt am Wochenende veröffentlichten Erklärung heißt es, es lägen Anzeichen dafür vor, „daß diese Frevel, die fast zur gleichen Zeit in verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik verübt wurden, Teile einer geplanten Aktion sind, die die Bundesrepublik in den Augen der Weltöffentlichkeit diffamieren sollen". Die Stellungnahme der Bundesregierung gibt keinen Hinweis darauf, in welcher Richtung die Drahtzieher der antisemitischen Ausschreitungen zu suchen

[25] Vgl. Oy / Schneider, Die Schärfe der Konkretion (wie Anm. 16).

seien. […] „Mit großer Empörung“ habe die Bundesregierung und mit ihr das ganze deutsche Volk die Nachrichten von der Schändung von Kultstätten und der Besudelung von öffentlichen Gebäuden und Häusern mit Zeichen und Parolen des Nationalsozialismus vernommen. Die Bundesregierung versichert der Weltöffentlichkeit, daß nirgendwo die Empörung über die Freveltaten so intensiv und so allgemein sei wie gerade in der Bundesrepublik. (FAZ vom 4. Januar 1960)

3. Das Bild inferiorer Täter

Neben einer sehr kleinen Minderheit rechtsextremer Täter*innen wurde seitens der Politik und der Medien eine große Gruppe als Akteur*innen identifiziert: unpolitische Gassenjungen, Lümmel, unreife junge Männer beziehungsweise Kinder. Politisch wirkmächtig wurden plötzlich Rowdys und ihre Flegeleien, Irre und ihre Sudeleien. Zu fragen ist, was mit diesen Bezeichnungen noch gesagt ist. Was impliziert diese Redeweise?

Die Personen, die sich anheischig machten, im Schutz der Dunkelheit ans Licht der Öffentlichkeit zu treten, sind – diesem Vokabular zufolge – moralisch und/oder geistig inferior. Sie sind vermutlich schlecht erzogen. Dem immerhin kann man, mit Adenauer, abhelfen: Eins hinter die Ohren. Aber diese Personen haben – obgleich sie sich antisemitisch äußern – keine antisemitischen Einstellungen.[26] Sie sind zu dumm für solche Einstellungen. Sie kennen vermutlich nicht einmal den Kanon der Texte, ihrem Ressentiment mangelt es an ideologischer Festigkeit. Das bedeutet zugleich, sie sind (re)integrierbar, für Tadel und Ermahnung noch zu erreichen: Man muss ihnen die Leviten lesen.

Offenkundig wurden handlungsleitende Einstellungen individualisiert, zu einem Bildungsproblem erklärt, ja, annähernd pathologisiert. Damit wurden zugleich Antisemitismus und antidemokratische Gefahr

[26] Eine fast überzeitliche Wahrheit: Die Mutter von Stephan Balliet, der 2019 die „Überlegenheit der weißen Rasse“ in der Halleschen Synagoge durchzusetzen wünschte, um es schließlich in einem Dönerimbiss zu tun, betonte: „Er [ihr Sohn] hat nichts gegen Juden in dem Sinne. Er hat was gegen die Leute, die hinter der finanziellen Macht stehen – wer hat das nicht?“, Der Spiegel vom 12. Oktober 2019, S. 16.

bagatellisiert. Antisemitismus ist somit per definitionem ein Randphänomen.[27] Vor allem aber steckt in den Invektiven der Dünkel des Bürgers gegen den Proleten beziehungsweise gegen das Subproletariat. Von den „Gassenjungen" ist seit jeher nichts beziehungsweise alles Schlechte zu erwarten. Entsprechend haben sie auch die historische Lektion nicht gelernt. Nämlich, dass man die Affekte kontrolliert, begriffliche Auswege sucht und nicht so obszön offen Judenhass ausstellt.

Auch das Gericht konnte bei den Kölner Tätern als Motiv keinen „echten Antisemitismus" erkennen. Im Urteil wurde die Auffassung wiedergegeben, die Täter „seien von primitiver geistiger Veranlagung. Sie hätten keine Vorstellung darüber, was eine Verfassung, was Grundrechte und Demokratie bedeuteten. Sie seien verführt, zumindest ‚beeinflußt durch den Ungeist einer Gruppe von Menschen, mit denen sie zu tun hatten und deren Schriften sie gelesen hatten'".[28] Unverhohlen wird ein Manipulationsnarrativ mobilisiert: Einige wirkliche Akteur*innen, mutmaßlich aus dem Kreis der wenigen „echten" Antisemit*innen, beeinflussen jene, die zu ungebildet sind, um Demokratie und Menschenrechte zu kapieren. Nicht nur bleibt gänzlich unerhellt, wieso es nahe liegt, gegen Jüd*innen vorzugehen, wenn das Funktionieren des liberalen Rechtsstaats unverständlich erscheint, vor allem wird besinnungslos jene Exkulpationsfigur hervorgeholt, die wenige Jahre zuvor auch dem Bildungsbürgertum nicht zu schade war, das eifrige Mittun zu erklären: die Verführung. Antisemitismus ist etwas, auf das heute der Plebs, die ungebildeten Schichten hereinfallen, aber gestern noch auch fast alle anderen.

Antisemitismus scheint ein billiger ideologischer Trick zu sein, den manche nicht zu durchschauen vermögen. Verschiebt man die Semantik nur ein wenig – Antisemitismus dient der Manipulation der unaufgeklärten Massen – tritt das alte linke Deutungsmuster hervor, dass ebenfalls die „dummen Kerls" als besonders gefährdet sieht. Seltene Einigkeit: Antisemitismus ist – war man in der Schule beziehungsweise in

[27] Weswegen jede nächste Tat „entsetzlich, unbegreiflich, unvorhersehbar" ist.

[28] Bundesregierung, Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle (wie Anm. 3), S. 35.

der Schulung ein wenig aufmerksam – nicht schwer zu durchschauen und könnte vermieden werden. Diese Auffassung speist sich sicherlich auch aus der Vulgarität der nazistischen antijüdischen Propaganda, die wiederum die Ausarbeitung tatsächlich nicht sehr feinsinniger Parolen wie „Die Juden sind unser Unglück“ war. Sie ist aber primär eine Abwehr, den Antisemitismus als konstitutives Element der bürgerlichen Gesellschaft zu bestimmen.

Denn stellt man sich die Frage, warum ausufernde und in sich widersprüchliche Verschwörungstheorien so viel attraktiver zu sein scheinen, soviel näher liegen als die materialistische Gesellschaftstheorie (als Synonym für den Gebrauch des Verstandes nach der Aufklärung), steht man vor der Genese und Wirkmächtigkeit des Antisemitismus. Bekanntlich wurde der vorbürgerlich-religiöse Judenhass in der bürgerlichen Gesellschaft an die zentralen ökonomischen Mechanismen Eigentum und Tausch gekoppelt. Der tragende Satz dieses analytischen Zusammenhangs lautet: Der Jude als Instanz der Personifizierung abstrakter ökonomischer Verhältnisse.[29] Das Problem bei der Personifizierung versachlichter Verhältnisse liegt epochenübergreifend darin, dass es einen fast unstillbaren Bedarf danach gibt. Antisemitische Denk- und Deutungsfiguren eröffnen Auswege aus tatsächlichen Dilemmata, denn die (Herrschafts-)Verhältnisse im entfalteten Kapitalismus sind tatsächlich schwer zu durchschauen, und die sich hinter dem Rücken der Akteur*innen vollziehenden Logiken sind als Ursachen für zahllose Zumutungen tatsächlich schwer zu ertragen.

So falsch der Antisemitismus, so klischeehaft die Figuration, die die Projektionstätigkeit hervorbringt, so dringlich ist der Bedarf an der Personalisierung versachlichter Verhältnisse, so dringlich sind Orientierungsgewinn und Komplexitätsreduktion, so dringlich die Rationalisierung erlebter Ambivalenzen, die emotionale Stabilisierung mittels einer sozial akzeptierten Projektion. Der Hochmut, der Antisemitismus für etwas hält, dem die Doofen anhängen, übersieht möglicherweise die

[29] Zum Beispiel Detlev Claussen, Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1987.

eigene Affinität, ignoriert vor allem aber, wie fragil das bürgerliche Subjekt in der Welt des Warentauschs steht.

Neben den „Lümmeln“ und „Gassenjungen“ taucht in der Deutung des Geschehens eine weitere, verwandte Kategorie auf. Sie wurde für wert befunden, in die Tortengrafik der „Tatmotive“ im Weißbuch der Bundesrepublik aufgenommen zu werden, wo sie das größte Stück darstellt: „Unpolitische Rowdy- und Rauschtaten“.[30] Auch hier wird sprachlich das Gefälle zu den Akteur*nnen fixiert. Darüber hinaus liegt in dieser Charakterisierung der Taten eine ziemlich unverhohlene Drohung. In den Alltagskulturen derer, die sich hier deutungsmächtig geben, ist das Rowdytum die abgespaltene Seite ihrer Sittsamkeit. Wer jedoch jemals sein Fahrzeug auf eine Autobahn gelenkt hat oder sich überhaupt in der anonymisierten Interaktion des Straßenverkehrs bewegt, weiß, dass auch jene, die aus den besten Familien kommen, unvermittelt die gewöhnlichen Umgangsformen abstreifen können. Dies liegt heute klarer noch als damals zu Tage, hat sich doch ganz zwanglos dem Bürger der Wutbürger an die Seite gesellt. Der vermag sich in kürzester Zeit der Etikette, der sprachlichen Vermittlung und all dem, was ihn vom Rowdy unterscheidet, zu entledigen, um mit Inbrunst vulgär zu sein. Recht deutlich also ist die Affinität des ordnungsliebend-nüchternen Citoyen (dieses Staatsbürgers, der aktiv und eigenverantwortlich das Gemeinwesen mitgestaltet) zum Kontrollverlust: Die allgegenwärtigen Volksfeste, Vereinsfeiern und Faschingsexzesse zeigen, dass man die Gesittetheit doch nur begrenzte Zeit und mit großer Kraftanstrengung durchhält, bis endlich der nächste – nun ja, Rausch ansteht. Ist also die antijüdische „Schmiererei“ ein natürlicher Ausfluss der Enthemmung im Rausch, dann ist die Rubrizierung der Taten als „Rausch- und Rowdytaten“ auch als kleine Warnung zu verstehen: Würden wir uns nicht derart zusammennehmen, könnten wir alle ruckzuck ganz anders. Eben

[30] Bundesregierung, Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle (wie Anm. 3), S. 49. Daneben gibt es noch die Kategorie „Affekt- und Rauschtaten aus unterschwellig antisemitischen, nazistischen und antidemokratischen Motiven“.

genau so, wie jene, die bedauerlicherweise über eine geringe Selbstkontrolle verfügen.

*

Wieder sind in der Nacht zum Mittwoch – nach Agenturberichten – Hakenkreuze und antisemitische Parolen auch in anderen Ländern an Hauswände, auf Straßen und Denkmäler geschmiert worden. Die Polizei meldet solche Sudeleien aus Rom und Turin, Venedig und Treviso, Toulouse und Bordeaux, Kapstadt und Montreal, Tel Aviv und Saloniki, Brüssel und Oslo, Genf und Mexiko.
(FAZ vom 7. Januar 1960)

Einige weitere Londoner Gebäude sind mit Hakenkreuzen und der Aufschrift in deutscher Sprache „Juden heraus" besudelt worden. […] Von Scotland Yard werden die Vorfälle als strafbare Vergehen bezeichnet, bei denen man sich jedoch nicht im klaren sei, ob sie von Straßenlümmeln oder von Agenten ausgeführt worden seien. In einem anonymen Telefongespräch war […] mitgeteilt worden, daß es sich um das Werk der „britischen Nazibewegung" handele […]. (FAZ vom 5. Januar 1960)

4. Pädagogik zwischen Autonomie und Heteronomie

„Der Schwerpunkt dessen, was zu tun ist, liegt am stärksten auf dem Gebiet staatsbürgerlicher Erziehung und politischer Bildung", so Innenminister Schröder in Bezug auf die „Welle" vor dem Bundestag.[31] Damit brachte der Minister einen Konsens auf den Begriff, der die politische Reaktion auf die „Welle" prägte: Die Anrufung der Pädagogik als entscheidender Instanz, ebenso wichtig wie die Härte demonstrierende Justiz. Nicht historische Bildung allein wurde freilich vom Innenmi-

[31] Ausführungen des Bundesministers des Innern Dr. Gerhard Schröder in der Bundestagsdebatte über das Weißbuch der Bundesregierung „Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle" am 18. Februar 1960, in: Bundesregierung, Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle (wie Anm. 3), S. 5–24, hier: S. 18.

nister avisiert, ihr müsse die moralische und religiöse Erziehung sich beigesellen.[32]

Solche Pädagogisierung war die logische Konsequenz der öffentlichen Diskussion: Begreift man Antisemitismus als oberflächliche Verirrung, die mit den Kernüberzeugungen einer Person und mit ihrer psychologischen Disposition nichts zu tun hat, vielmehr Folge unzureichender Kenntnisse der demokratischen Spielregeln oder einfach schlechter Erziehung ist, müssen die Bildungsanstrengungen vergrößert werden. Jenen, die sich antisemitisch äußern, muss erklärt werden – ja, was eigentlich?

Dass es Minderheitenrechte gibt, dass es ein Toleranzgebot gibt gegen Andersgläubige, dass die Juden und Jüdinnen im Allgemeinen nicht unser Unglück sind? Noch bevor die Pädagogik hinsichtlich ihres Lehrauftrags scheitert, hat sie die Basis des Verstehens von Antisemitismus und seiner Genese bereits zerstört. Mag es auch angehen, etwas über Jüd*innen, das Judentum und die diesbezügliche europäische Geschichte zu erfahren, wird der Antisemitismus dennoch von vorneherein verfehlt. Denn ausgeklammert aus solcher Pädagogik wird die Subjektwerdung, die der privaten Bildungsbiografie vorausgeht. Ist sie aber der Ort, an dem das antisemitische Ressentiment aufgeprägt wird, muss solcherlei Bildung äußerlich und unwirksam bleiben. Die jahrzehntelange Konjunktur der Pädagogisierung (im Anschluss an die „Welle") ist insofern wenig verwunderlich, helfen die Programme und Bildungsangebote doch, etwas zu unternehmen, ohne allzu weitgehende Fragen aufzuwerfen. Wie sehr der Versuch, den Konflikt auf diese Weise zu befrieden, zurückschlagen kann, lässt sich auf gegenwärtigen Demonstrationen an jenen studieren, die mit gelben Sternen sich selbst als vermeintlich Unterdrückte im Kampf gegen sinistre Mächte kennzeichnen. Auch das ist ein Erfolg politischer Bildung: Man hat gelernt, welche Symbolik dem (ganz beliebigen) Zweck dienen kann.

Aber die Pädagogik ist selbst umkämpftes Terrain. Theodor W. Adornos „Erziehung nach Auschwitz" steht für ein anderes Modell:

[32] Ausführungen des Bundesministers (wie Anm. 31), S. 15.

Der heteronomen Bindung an Normen (die den widersprüchlichen Status quo ante bloß erneuern will) setzte Adorno das Prinzip der Autonomie entgegen, „die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“.[33] Dieses Modell wird Antrieb einer pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Autoritarismus. Auch Adorno sieht sich im Versuch, der Wiederkehr des Nazismus entgegenzuarbeiten, auf das Subjekt zurückgeworfen. Man kann einwenden, dass dies bereits das Scheitern gesellschaftlicher Veränderungen belegt, dass die Erziehung eine bloße Ausweichbewegung sein kann. Aber Adorno gibt die Möglichkeit der objektiven Überwindung der gesellschaftlichen Voraussetzungen des Antisemitismus nicht preis: Vielmehr liegt die Hoffnung darin, dass die Subjekte der Pädagogik sich deren Grenzen bewusst werden. Eine Pädagogik, die sich in zu Ende gedachter Aufklärung selbst als Teil des Problems entlarvt, führt zurück zu den objektiven Bedingungen, in deren Überwindung allein die Subjekte autonom werden können.

5. Im Konflikt um die „antisemitische Welle“ findet eine Dethematisierung des Antisemitismus statt

In der Debatte um die „Welle“ stellte sich – ob gewollt oder ungewollt – ein paradoxer Effekt ein: Es wurde wochenlang öffentlich über Antisemitismus gesprochen, ohne tatsächlich über Antisemitismus zu sprechen. Dazu trug zum einen die Fixierung auf die Täter*innen bei. Der Versuch, sie psychopathologisch zu diagnostizieren, führte auch von der Analyse der Taten weg. Denn die Motive und die Psyche der Täter*innen sind nur als Momente der gesellschaftlichen Formation zu verstehen, die dem Antisemitismus seine zeitgenössische Form aufprägt. Hier gibt Peter Schönbachs Begriff des „Sekundärantisemitismus“ Hinweise: Damit deutet er die Taten als Protest von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegen die Herabsetzung ihrer Eltern im Wege der

[33] Theodor W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, in: ders., Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmuth Becker 1959–1969, Frankfurt am Main 1970, S. 92–109, hier: S. 97.

staatsoffiziellen Ablehnung der „nationalsozialistischen Diktatur“ als „dunkelster Stunde“.[34] Für einen erheblichen Teil der jungen Deutschen war nicht einzusehen, warum diese Epoche und mit ihr die Lebensleistung der Elterngeneration pauschal abgewertet wird. Sekundär ist dieses antisemitische Handeln, weil es eine Antwort ist auf die dem Vater/der Mutter verweigerte vollständige Anerkennung.[35]

Die Fragilität der Subjekte im Postnazismus bestand dieser Lesart zufolge nicht nur in ihrer immer gleichen Austauschbarkeit im Kapitalismus, sondern zeitspezifisch auch darin, dass ihr Prestige durch die Abwertung der NS-Vergangenheit bedroht ist. Schönbach liefert damit einen Ausgangspunkt für eine materialistische Deutung der intergenerationellen Übertragung. Die Gefühlserbschaft wird hier nicht allein als psychischer Mechanismus verstanden, sondern an die gesellschaftliche Position von Überträger*in und Empfänger*in zurückgebunden.

Zum anderen trug die Externalisierung der Taten zur Dethematisierung bei. Die Bundesregierung versuchte von Anfang an – auch wenn sie damit die Medien und die Öffentlichkeit nicht immer überzeugen konnte –, das Problem zu externalisieren: Geraunt wurde über kommunistische Drahtzieher und Provokateure aus dem Osten. Das Problem kam also von außen, es kam über die Deutschen wie Hitler und seine Clique, denn: „In dem deutschen Volke hat der Nationalsozialismus, hat die Diktatur keine Wurzel“.[36] So wird auch heute über „importierten Antisemitismus“ gesprochen, angeblich mitgebracht von Muslim*innen und Geflüchteten. Die konkrete Form der Externalisierung unterscheidet sich dabei: Damals die Totalitarismustheorie, heute die Ethnisierung beziehungsweise Kulturalisierung – aber die Botschaft, der zum Ausdruck kommende Wunsch ist der gleiche: Antisemitisch sind „die anderen“. Ist diese Botschaft erst verbreitet, sind die Kriti-

[34] Peter Schönbach, Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960, Frankfurt am Main 1961.

[35] Auf dieses Motiv wurde auch im Weißbuch der Bundesregierung Bezug genommen. Vgl. Bundesregierung, Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle (wie Anm. 3), S. 16.

[36] Ansprache des Bundeskanzlers Dr. Adenauer (wie Anm. 2), S. 63.

ker*innen dieser Strategie vorerst damit beschäftigt, der Evidenz des Gegenteils zu ihrem Recht zu verhelfen.

Zuletzt ist es die Skandalisierung, die den Antisemitismus zu etwas Exzeptionellem macht, ihn zu einer Grenzüberschreitung erklärt, die ihn der Auseinandersetzung entzieht. Die Abwehr zielt darauf, die Verbindung von Skandal und diesen hervorbringender Normalität unsichtbar zu machen. Ungleich schwerer ist es dagegen, die Normalität selbst zu skandalisieren – die gesellschaftlichen Strukturen und Widersprüche, die in den Taten zum Ausdruck kamen und die sich weder bagatellisieren noch externalisieren ließen. Vor diesem Problem stand die Protestbewegung gegen die NS-Kontinuitäten 1960, die sich maßgeblich infolge der „Welle" konstituierte, vor dieser Herausforderung steht eine gesellschaftskritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus auch in der Gegenwart.

*

> Nach vierzehn Tagen hatte die Ansteckung ihren Höhepunkt erreicht, die Symptome der Geistesverwirrung verschwanden, und, obschon von insgesamt rund 500 Fällen nur die Hälfte bis jetzt geprüft werden konnten, ist das Fazit wohl gültig: Zwei Drittel davon haben keine politische Krankheitsursachen, sie zeugen höchstens von einer Anfälligkeit für Symbole, die Kinder, Rowdies, Irre als Sensation empfinden und nicht als die Schande, die sie uns bedeuten müssen.
> (Benno Reifenberg, FAZ vom 20. Februar 1960)

6. Der Protest gegen die „antisemitische Welle" wird zu einer entscheidenden Zäsur in der BRD-Protestgeschichte

Meinungsumfragen in den 1950er Jahren zeigten: Eine deutliche Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung spricht sich für einen „Schlussstrich" unter die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die

Verfolgung von NS-Täter*innen aus. Eine erstaunliche Wahrnehmung liegt dem zugrunde, hat sich doch die Adenauer-Regierung seit Gründung der BRD für Amnestien und eben diesen „Schlussstrich" eingesetzt. Die Strafverfolgungsbemühungen der Alliierten wurden nicht in der Intensität der späten 1940er Jahre fortgeführt, es kann sogar von einem Erliegen der juristischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus in den frühen 1950er Jahren gesprochen werden.

Und dennoch, so eine Einschätzung in der Literatur über den gesellschaftlichen Wandel Ende der 1950er Jahre, konnte diese breite Schlussstrich-Position in Regierung und Bevölkerung keine „wirksame Bremsfunktion"[37] mehr ausüben. Das hatte auch zur Folge, dass Analysen und Recherchen, die zum Nationalsozialismus und dem Fortwirken vieler seiner Protagonist*innen in der jungen Bundesrepublik existierten aber weitestgehend ignoriert wurden, nun einen neuen „Resonanzboden" in einer jungen Generation fanden: „Die wenig problematisierte Selbstlegitimation einer gesellschaftlichen Mehrheit gegenüber unbequemen Mahnern wurde damit ergänzt und überlagert durch eine neue Konstellation der Auseinandersetzung zwischen den Generationen."[38]

Wenn es auch diesen Resonanzboden in kleinen, nonkonformistischen Kreisen gegeben haben mag, so darf dies nicht als Beginn einer vermeintlichen Erfolgsgeschichte in Sachen NS-Aufarbeitung missverstanden werden. Der durchaus mit Anstrengungen verbundene Durchsetzung des Redens über den Nationalsozialismus und dessen Fortwirken in der jungen Bundesrepublik stand weiterhin eine institutionelle Folgenlosigkeit gegenüber.

Am Beginn dieser Auseinandersetzung stand aber noch nicht die heute damit in Verbindung gebrachte Konstellation der schweigenden Nazieltern und ihrer aufarbeitungswilligen Kinder, sondern eine Enttäuschung über die junge Generation. Denn im Selbstbild der jungen

[37] Axel Schildt, „Schlafende Höllenhunde". Reaktionen auf die antisemitische Schmierwelle 1959/60, in: Andreas Brämer / Stefanie Schüler-Springorum / Michael Studemund-Halévy, Aus den Quellen. Beträge zur deutsch-jüdischen Geschichte. Festschrift für Ina Lorenz zum 65. Geburtstag, München / Hamburg 2005, S. 320.

[38] Schildt, „Schlafende Höllenhunde" (wie Anm. 37), S. 313f.

Bundesrepublik war die Generationenfolge etwas auf natürlichem Wege Entlastendes: Die junge (wenn auch noch nicht nachgeborene) Generation wurde als frei von den Belastungen des Nationalsozialismus vorgestellt, sie stand dafür, dass die Vergangenheit vergeht. In der „Welle“ wird dieses Bild infrage gestellt, denn die Täter*innen sind überwiegend Jugendliche und junge Erwachsene.

Die jungen Männer mit rechtsextremem Parteibuch oder zumindest einer Nähe zu dieser Ideologie machen keinen Hehl aus ihrer Judenfeindschaft und wählen zudem noch die expressive Form des Anbringens von Parolen und NS-Symbolen im öffentlichen Raum. Die Altvorderen der Deutschen Reichspartei, gestandene Nationalsozialisten, fürchten indes um ihre Legitimation und schließen die Kölner Täter aus ihrer Partei aus. So äußerte sich der Generationenkonflikt zunächst im organisierten Rechtsextremismus.

Erst auf der anderen Seite, im Protest gegen die antisemitische Schmierwelle, bildet sich die heute als epochenspezifisch angenommene Konstellation heraus. Jugendliche gehen auf die Straße, um gegen Antisemitismus zu protestieren. Sie treffen in ihrem Protest auf eine offizielle Ächtung des Antisemitismus, stoßen aber schnell auf die Widersprüche der Staatsdoktrin: Die von Adenauer angestrebte Aussöhnung mit Israel und die damit verbundene Reintegration der Bundesrepublik in die Staatengemeinschaft stand einer Integration von Nationalsozialisten in die junge Demokratie gegenüber. Beispielhaft war hier sicher Hans Globke, Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger „Rassegesetze“ und von 1953 bis 1963 Chef des Bundeskanzleramtes und wichtigster Berater von Kanzler Adenauer.

Zwei Aktionen aus dem Januar 1960 können exemplarisch für den Wandel vom regierungskonformen Mahnen hin zum Protest gegen den BRD-Nachkriegskonsens gegenüber gestellt werden: eine Kundgebung in Frankfurt am Main am 13. Januar 1960 angesichts der ersten Frankfurter Hakenkreuz-Schmierereien wenige Tage zuvor und eine Demonstration in Westberlin nur wenige Tage später, am 18. Januar 1960.

Jugendorganisationen und Politiker der großen Volksparteien sprechen zunächst die gleiche Sprache – zum Beispiel in Frankfurt am Main. Die Jugendverbände der Stadt rufen zu einer Protestkundgebung auf. Es reden Oberbürgermeister Werner Bockelmann (SPD) und Franz Böhm (CDU), Juraprofessor an der Frankfurter Goethe-Universität, Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und Delegationsleiter der Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel. Die Jugendlichen versammeln sich am Ort der ehemaligen Ostend-Synagoge in Frankfurt am Main. Den Politikern wird zugehört, die Jugendverbände stellen keine eigenen Redner*innen. An einer Gedenkplatte werden Blumen abgelegt.

Der Widerspruch brach dann bei einer Demonstration in Westberlin wenige Tage später auf: Auch auf dieser Veranstaltung reden zunächst Politiker wie Innensenator Joachim Lipschitz (SPD), Demonstrant*innen halten dann allerdings überraschenderweise Schilder mit Namen hoch: Globke, Oberländer, Reinefarth, Schröder – alles Nationalsozialisten, die hohe politische Ämter in der BRD bekleideten. Die Aufregung ist groß, die Polizei greift rabiat ein, will die Schilderträger ergreifen und verhaftet schließlich die falschen Demonstrierenden, Studierende der Deutsch-Israelischen Studiengruppe. Die tatsächlichen Schilderträger*innen konnten nicht ermittelt werden, was die Spekulationen über eine vermeintliche Steuerung des Protestes aus der DDR nur noch lauter werden lässt. In den Medien wurde das Ereignis schnell zu „roten Tumulten“ – so der damalige Sprachduktus – hochstilisiert. Im Kalten Krieg waren der bundesdeutschen Öffentlichkeit nur vom „Osten“ ferngesteuerte Proteste vorstellbar – mit dem Ziel, die BRD zu diskreditieren.[39]

Getragen von einer neuen Generation von zumeist Studierenden formiert sich eine eigenständige soziale Bewegung. Diese benennt den Widerspruch zwischen offizieller Staatsdoktrin, faktischer Integration

[39] Zur Darstellung der Berliner Ereignisse vgl. Gerd Kühling, Die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ in Berlin. Ereignis, Presse und Protest, in: Mitgliederrundbrief des Aktiven Museums Nr. 80, Januar 2019, S. 4–11.

von Nationalsozialisten statt einer Aufarbeitung ihrer Verbrechen sowie einer Bevölkerung, die sich weitgehend in Schuldabwehr übt und einen Schlussstrich ziehen will. Das passt nicht in das Bild der Zeit. Es entsteht zum Jahrzehntwechsel 1959/60 eine wachsende Bereitschaft, wenn auch in zunächst überschaubaren, oppositionellen Kreisen, NS-Verbrechen zu thematisieren. Eine Thematisierung, der aber weiterhin eine weitgehende institutionelle Folgenlosigkeit gegenübersteht. Kein Richter, kein Arzt, kein Politiker wurde vor 1959 suspendiert – von mehr oder weniger freiwilligen Rücktritten einmal abgesehen – oder wegen seiner NS-Verbrechen angeklagt.

Mit Blick auf die 1950er Jahre lässt sich eine Linie von den Anti-Harlan-Protesten[40] über die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" und die Proteste gegen die „antisemitische Schmierwelle" bis zur Aktion „Braune Universität"[41] nachverfolgen – um nur die bekanntesten Kampagnen zu nennen, die alle weit vor 1968 stattfanden. In diesen Kampagnen fand sich eine neue Koalition von linken undogmatischen Gruppen zusammen, die in Abgrenzung zur Sozialdemokratie auf der einen und dem Parteikommunismus auf der anderen Seite zur Neuen Linken werden sollte. Verbindendes Moment und eines der Kernthemen dieser Zusammenschlüsse war das Fortleben des Nationalsozialismus in der BRD, waren die Karrieren von Nationalsozialisten in Politik, Justiz, Wissenschaft und Kultur sowie die Analyse von Antisemitismus als Strukturelement der bürgerlichen Gesellschaft. Es ging also sowohl um personelle als auch um inhaltliche Kontinuitäten zwischen dem Nationalsozialismus und der BRD – und das Ganze gut ein Jahrzehnt vor 1968.

---

[40] Als Anti-Harlan-Bewegung werden die Proteste gegen den „Jud Süß"-Regisseur Veit Harlan bezeichnet, der sich in den 1950er Jahren für seine Rehabilitierung einsetzte und nach kurzer Pause wieder als Regisseur tätig wurde. Vgl. Oy / Schneider, Die Schärfe der Konkretion (wie Anm. 16), S. 129–133.

[41] Unter dem Slogan „Braune Universität" thematisierten Studierende ab 1963 an verschiedenen westdeutschen Universitäten die NS-Vergangenheit von Professoren verschiedenster Fakultäten. In einer gleichnamigen Buchreihe des Münchner Publizisten Rudolf Seeliger wurden von 1964 bis 1968 insgesamt 85 westdeutsche Hochschullehrer mit ihren NS-Vitae, nationalsozialistischen Publikationen und Äußerungen konfrontiert. Vgl. Oy / Schneider, Die Schärfe der Konkretion (wie Anm. 16), S. 137–144.

In Berlin folgte den Protesten die akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus: Im Februar 1960 organisieren der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), die deutsch-israelische Studiengruppe (DIS), die Studentengruppe gegen Atomrüstung und der Argument Club den Kongress „Überwindung des Antisemitismus", auf dem erstmals Analysen und Strategien gegen das Fortwirken des Nationalsozialismus in einer breiteren studentischen Öffentlichkeit diskutiert werden. Im universitären Betrieb schlagen sich diese Initiativen unter anderem in den Seminaren von Margherita von Brentano und Peter Furth nieder; so etwa im Seminar „Antisemitismus und Gesellschaft" im Wintersemester 1960/1961. Viele der späteren Akteur*innen der Revolte von 1968 rekurrieren auf Erkenntnisse, Diskussionen und Kontakte aus dieser Zeit.

In Frankfurt am Main war mit dem Institut für Sozialforschung schon direkt während der antisemitischen Welle eine akademische Institution damit befasst, die Reaktionen der Bevölkerung auf die Ereignisse aufzuarbeiten. Sehr schnell begann eine Forscher*innengruppe um Peter Schönbach mit einer „raschen Umfrage-Untersuchung"[42] zum Thema wenige Tage nach den ersten antisemitischen Aktionen in Frankfurt im Januar 1960. Die Einstellung der Bevölkerung sollte erfragt werden, noch bevor durch Medien und Politik der Meinungsbildungsprozess entscheidend geprägt werden konnte.

Die so entstandene Studie „Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960" bringt den Begriff des „Sekundärantisemitismus" erstmals in die Debatte um das Fortleben des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik ein.[43] Die Studie geht von der Hypothese aus, dass Antisemiten einerseits der Schmierwelle positiv gegenüber stehen müssten, sie andererseits aber auch bagatellisieren würden, weil in ihr der Antisemitismus offen zu Tage tritt – was nach dem Ende Nationalsozialismus nicht mehr sein darf. Die Ergebnisse der Studie bestätigen letztlich diese Hypothese: Auch die Mehrheit einer aufgrund ihrer ab-

[42] Schönbach, Reaktionen auf die antisemitische Welle (wie Anm. 34), S. 7.
[43] Ebd., S. 80.

gefragten politischen Einstellung als antisemitisch Eingestuften lehnte die Aktionen ab. Schönbach interpretiert das zunächst einmal als positiv, die Staatsdoktrin hält die Antisemit*innen sozusagen in Schach. Allerdings zeige sich ebenso deutlich ein Fortleben des Antisemitismus, wie Schönbach in einer Art Genealogie zusammenfasst:

> Der Familienvater, der sich nicht eingestehen will, dass er zur den Verführten gehört, und der in der Öffentlichkeit ‚zum Schweigen verurteilt ist', unternimmt es aus jenem Unbehagen heraus wahrscheinlich immer wieder, sich und seine Vorstellungen im privaten Kreis, vor allem vor seiner Familie, zu rechtfertigen. Der Sohn, dem der Gedanke unerträglich ist, dass sein Vater ein Verblendeter oder Schlimmeres gewesen sein soll, kann sich das Bild seines Vaters gleichsam rein erhalten, indem er dessen Vorurteile übernimmt.[44]

Diesem Fortleben sich entgegenzustellen, war eines der Ziele der undogmatischen und nonkonformistischen Gruppierungen, die sich zum Jahrzehntwechsel 1959/1960 anschickten, den Konflikt zu politisieren. Sie wurden damit zu einem wichtigen Organisationskern, der die Vorgeschichte der späteren Revolte von 1968 mitprägen sollte.

[44] Ebd.

John Holloway

A Cascade of Angers. My Covid 19 Fantasy

The doors open. You can feel the pent-up energy even before the faces appear. The lockdown is over. A dam is burst. Out pours a torrent of angers, anxieties, frustrations, dreams, hopes, fears. It is as if we cannot breathe.

We[1] have all been locked in. Cut off physically from the outside world, we have been trying to understand what is happening. A strange virus has changed our lives, but where did it come from? It first appeared in Wuhan, China, but the more we read, we realise that it could have been anywhere. Experts have been warning for years of the likelihood of a pandemic, even if they did not understand how quickly it might spread. It is not that it comes from any particular place, it comes rather from the destruction of our relationship with the natural environment. From the industrialisation of agriculture, the destruction of the peasantry in all the world, the growth of cities, the destruction of the habitats of wild animals, the commercialisation of these animals for profit. And we learn from the experts that if there is not a radical change in our relation to other forms of life, then it is quite likely that more pandemics will follow. It is a warning: get rid of capitalism or advance on the road to extinction. Get rid of capitalism: a fantasy indeed. And there grows in us a fear and an anger and maybe even a hope that there might be some way we could do it.

And as the lockdown proceeds, our attention shifts, moves beyond the illness to what we are told are the economic consequences. We are moving into the worst economic crisis since at least the 1930s, the worst

[1] "We" is always a question. We just do not know how people are emerging from the enclosure. The size of the BLM movement in all the world has surprised us. The riots in Stuttgart on 21 June 2020 have surprised us. More than ever, "we" is a question, an openness to being surprised in a world we do not know.

for 300 years in Britain, they say. Over a hundred million people will be tipped into extreme poverty, the World Bank tells us.[2] Another lost decade for Latin America. Millions and millions of people unemployed in all the world. People starving, people begging, more crime, more violence, hopes broken, dreams shattered. There will be no fast recovery, any recovery is likely to be fragile and weak. And we think: all this because we had to stay at home for a couple of months? And we know it cannot be so. Of course we will be a bit poorer if people stop working for a couple of months, but millions and millions unemployed, people dying of starvation? Surely not. A break for a couple of months cannot have that effect. Just the contrary, we should go back refreshed and full of energy to do all the things that need to be done. And we think a bit more and we realise that of course the economic crisis is not the consequence of the virus, though it may well have been triggered by it. In the same way as the pandemic was predicted, the economic crisis was predicted even more clearly. For thirty years or more, the capitalist economy has literally been living on borrowed money: its expansion has been based on credit. A house of cards ready to collapse. It almost collapsed, with the most awful effects, in 2008, but a renewed and enormous expansion of credit propped it up again. The economic commentators knew it could not last. "God gave Noah the rainbow sign, no more water, the fire next time": the financial crisis of 2008 was the flood, but the next time, which would not be long delayed, it would be fire.[3] This is what we are living: the fire of capitalist crisis. So much misery, hunger, shattered hopes, not because of a virus, but in order to restore capital to profitability.

And what if we just got rid of the system based on profit? What if we just went out with our renewed energy and did what needs to be done without worrying about profit: clean the streets, build hospitals, make bicycles, write books, plant vegetables, play music, whatever. No unem-

[2] World Bank, 2020. Global Economic Prospects, June 2020. Washington, DC: World Bank. © World Bank, [https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/33748], License: CC BY 3.0 IGO.

[3] See the last chapter of Martin Wolf's *The Shifts and the Shocks*, Penguin Press, New York, 2014: "Conclusion: Fire Next Time".

ployment, no starvation, no broken dreams. And the capitalists? Either hang them from the nearest lamppost (always a temptation) or just forget about them. Better just forget about them. Another fantasy, but more than a fantasy: an urgent necessity. And our fears and our angers and our hopes grow inside us.[4]

And there is more, much much more, to feed our angers in the lockdown. The pandemic has been a huge unmasking of capitalism. It stands exposed as rarely before. In so many ways. The enormous difference in the experience of lockdown, to start with, depending on how much space you have, whether you have a garden, whether you have a second home that you can retreat to. Related to this, the hugely different impact of the virus on rich and poor, something that has become clearer and clearer with the advance of the disease. Connected to that, the great difference in the rates of infection and death among whites and blacks. And the appalling inadequacy of medical services after thirty years of underfunding. And the terrible incompetence of so many states. And the glaring expansion of surveillance and police and military powers in nearly all countries. And the discrimination in educational provision between those who have access to internet and those who do not. And the exposure of so many women to situations of terrible violence. All this, and much more, at the same time as the owners of Amazon and Zoom and so many other technological companies reap amazing profits and the stock market, buoyed by the action of the central banks, continue with the barefaced transfer of wealth from poor to rich. And our angers grow and our fears and our desperation and our determination that it must not be so, that we MUST NOT LET THIS NIGHTMARE COME TRUE.

And then the doors are opened and the dam is burst. Our angers and hopes burst out on the streets. We hear of George Floyd, we hear his

[4] I am not suggesting that we should hang capitalists from lampposts. But there is an enormous and frightening anger in the world, not surprisingly so. Our thoughts and our fantasies have to claim this anger as ours, our justified anger against the system that is destroying us and against those who profit from and intensify that destruction.

last words, "I cannot breathe". The words go round and round in our heads. We do not have the knee of a murdering policeman on our neck, but we too cannot breathe. We cannot breathe because capitalism is killing us. We feel vialence, vialence burstin out of us.[5] But that is not our way, it is theirs. Yet our angers-hopes, hopes-rages have to breathe, have to breathe. And they do, in the massive demonstrations against police brutality and racism in all the world, in the throwing of the statue of the slave trader, Edward Colston, into the river in Bristol, in the creation of the Capital Hill Autonomous Zone in Seattle, in the burning of the police precinct in Minneapolis, in so many fists raised to the sky.

And the torrent of angers-hopes-fears-hungers-dreams-frustrations goes cascading onwards, from one anger to another, living each anger, respecting each anger and overflowing on to the next. The angers burning inside us are not just against police brutality, not just against racism, not just against the slavery that created the basis for capitalism, but also against the violence against women and all forms of sexism, and so the enormous marches of 8M surge again singing. The Chileans come out on the streets again and continue their revolution. And the people of Kurdistan push back the states that cannot tolerate the idea of a stateless society. And the people of Hong Kong inspire all the Chinese in their repudiation of the mockery of communism: no more communism, they cry, let's communize. Communism is not a noun to be imposed but a verb to be created and recreated. And the Zapatistas create the world of many worlds. And as the peasants leave their slums and go back to the land and start to heal the relationship with other forms of life, so do urban dwellers set out to start growing urban seeds, to have the beekeepers harvest honey and to create an urban space worth living for all, breaking down the city-countryside divide. And the bats and wild animals go back to their habitats. And the capitalists crawl back to

[5] See Linton Kwesi Johnson, "Time Come": "now yu si fire burning in mi eye / smell badness pan mi breat / feel vialence, vialence, / burstin outta mi; / look out!". *Dread Beat and Blood*, Bogle-L'Ouverture Publications, London, 1975.

their natural habitats, under the stairs. And labor, capitalist labor, that awful machine that generates richness and poverty and destroys our lives, comes to an end and we start to do what we want to do, we start to create a different world based on the mutual recognition of dignities. And then there will be no lost decade and no unemployed and no hundreds of millions pushed into extreme poverty and no one starving. And then, yes, then we can breathe.

Dies ist eine Veröffentlichung der ***Sozial.Geschichte Online***
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

John Holloway

Eine Kaskade des Zorns. Meine COVID-19-Fantasie

Die Türen öffnen sich. Noch bevor die Gesichter erscheinen, ist die aufgestaute Energie zu fühlen. Der Shutdown ist vorbei. Ein Damm ist gebrochen. Es ergießt sich ein Schwall an Zorn, Frustrationen, Träumen, Hoffnungen, Ängsten. Es ist, als kriegten *wir*[1] keine Luft.

Wir waren alle im Shutdown. Physisch von der Außenwelt getrennt haben wir das Geschehen zu verstehen versucht. Ein merkwürdiges Virus hat unsere Leben verändert, aber woher kam es? Es tauchte zuerst in Wuhan, China, auf, aber je mehr wir lesen, desto mehr merken wir, dass es von irgendwo hätte kommen können. Seit Jahren haben Expert*innen gewarnt, dass es wahrscheinlich zu einer Pandemie kommen würde, obgleich sie nicht sagen konnten, wie schnell sich diese verbreiten würde. Ihr besonderer Ursprungsort ist nicht entscheidend, vielmehr entstand sie durch die Zerstörung unseres Verhältnisses mit der natürlichen Umwelt. Durch die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Zerstörung der bäuerlichen Lebensweise auf der ganzen Welt, das Wachstum der Städte, die Zerstörung des Lebensraums von Wildtieren, die Kommerzialisierung dieser Tiere zu Profitzwecken. Und die Expert*innen sagen uns, dass es wahrscheinlich zu weiteren Pandemien kommt, sofern wir unser Verhältnis zu anderen Formen des Lebens nicht radikal ändern. Es ist eine Warnung: Schafft den Kapitalismus ab oder bewegt euch weiterhin auf der Straße in Richtung Aussterben. Den Kapitalismus abschaffen: wirklich eine Fantasie. Und in uns wachsen die Angst und der Zorn und vielleicht auch die Hoffnung, dass es doch einen Weg geben könnte, dies zu tun.

[1] „Wir" ist immer eine Frage. Wir wissen einfach nicht, in welchem Zustand die Menschen den Shutdown verlassen. Das Ausmaß der „Black Lives Matter"-Bewegung in der ganzen Welt hat uns überrascht. Die Aufstände in Stuttgart am 21. Juni 2020 haben uns überrascht. Mehr denn je ist „wir" eine Frage, eine Offenheit, sich überraschen zu lassen, in einer Welt, die wir nicht kennen.

Und mit fortschreitendem Shutdown verlagert sich unsere Aufmerksamkeit, weg von der Krankheit, hin zu den wirtschaftlichen Folgen, die uns ausgemalt werden. Wir erleben die schlimmste Wirtschaftskrise seit mindestens den 1930ern, die schlimmste Krise Großbritanniens seit dreihundert Jahren, so heißt es. Über einhundert Millionen Menschen werden in extreme Armut fallen, sagt uns die Weltbank.[2] Ein weiteres verlorenes Jahrzehnt für Lateinamerika. Millionen und Abermillionen Erwerbsloser auf der ganzen Welt. Menschen, die hungern, Menschen, die betteln, steigende Kriminalität, zunehmende Gewalt, enttäuschte Hoffnungen, geplatzte Träume. Es wird keine schnelle Erholung geben, jegliche Erholung ist voraussichtlich zerbrechlich und schwach. Und wir denken: all dies nur, weil wir ein paar Monate zu Hause bleiben mussten? Und wir wissen, dass das nicht sein kann. Natürlich werden wir ein wenig ärmer sein, wenn die Menschen einige Monate lang nicht arbeiten, aber Millionen und Abermillionen erwerbslos, Menschen, die vor Hunger sterben? Sicher nicht. Eine mehrmonatige Unterbrechung kann nicht zu solchen Auswirkungen führen. Ganz im Gegenteil, wir sollten erholt und voller Tatendrang zurückkehren, um all die Dinge zu tun, die getan werden müssen.

Und wir denken weiter und stellen fest, dass die Wirtschaftskrise selbstverständlich nicht Ergebnis des Virus ist, auch wenn diese sehr wohl dadurch ausgelöst worden sein kann. Genau so, wie die Pandemie vorhergesagt wurde, wurde noch deutlicher die Wirtschaftskrise vorhergesagt. Seit dreißig Jahren, oder noch länger, hat die kapitalistische Ökonomie im wahrsten Sinne des Wortes von geliehenem Geld gelebt: Ihre Ausweitung basierte auf Kredit. Ein vor dem Einsturz stehendes Kartenhaus. Im Jahr 2008 stürzte es mit furchtbarsten Auswirkungen fast ein, aber eine erneute und erweiterte Ausweitung des Kredits stützte es einmal mehr ab. Die Wirtschaftskommentator*innen wussten, dass es nicht von Dauer sein konnte. „Gott wies Noah das Zeichen des Re-

[2] World Bank, 2020. Global Economic Prospects, June 2020. Washington, DC: World Bank. © World Bank, [https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/33748], License: CC BY 3.0 IGO.

genbogens, nach der Flut das Feuer“: Die Finanzkrise von 2008 war die Flut, aber beim nächsten Mal, das nicht lange auf sich warten lassen würde, würde das Feuer kommen.[3] Wir durchleben es gerade: das Feuer der kapitalistischen Krise. So viel Elend, Hunger, enttäuschte Hoffnungen, nicht aufgrund eines Virus, sondern um die Profitabilität des Kapitals wiederherzustellen. Und was wäre, wenn wir einfach das auf Profit basierende System abschafften? Was wäre, wenn wir mit unserer frischen Tatkraft einfach rausgingen und das täten, was es zu tun gilt, ohne uns um den Profit zu sorgen: die Straßen reinigen, Krankenhäuser bauen, Fahrräder montieren, Bücher schreiben, Gemüse pflanzen, Musik machen, was auch immer. Keine Erwerbslosigkeit, kein Hunger, keine geplatzten Träume. Und die Kapitalist*innen? Entweder an die nächste Straßenlaterne hängen (eine immer bestehende Versuchung) oder sie einfach vergessen. Es ist sicher besser, sie einfach zu vergessen. Eine weitere Fantasie, aber mehr als eine Fantasie: eine dringliche Notwendigkeit. Und unsere Ängste und unser Zorn und unsere Hoffnungen wachsen in uns.[4]

Und es gibt noch mehr, noch sehr viel mehr, um unseren Zorn im Shutdown anzustacheln. Die Pandemie hat den Kapitalismus in riesigem Ausmaß demaskiert. Wie selten zuvor wurde er bloßgestellt. Auf so viele Arten und Weisen. Einmal ist da der riesige Unterschied in der Erfahrung mit dem Shutdown, abhängig von dem dir zur Verfügung stehenden Raum, ob du einen Garten hast, ob du ein Ferienhaus hast, in das du dich zurückziehen kannst. In enger Beziehung dazu steht dann der riesige Unterschied der Auswirkungen der Pandemie auf Reich und Arm, wie sich mit dem Fortschreiten des Virus gezeigt hat. Dazu gehört auch der große Unterschied der Infektions- und Sterberate von Weißen und Schwarzen. Und die entsetzlichen Mängel in der Krankenversor-

[3] Siehe das letzte Kapitel von Martin Wolfs The Shifts and the Shocks, Penguin Press, New York, 2014: „Conclusion: Fire Next Time“.

[4] Ich schlage nicht vor, Kapitalisten an Laternenpfählen aufzuhängen. Aber es gibt einen riesigen und besorgniserregenden Zorn in der Welt, der nicht überraschend ist. Unsere Gedanken und unsere Fantasien müssen diesen Zorn als unseren reklamieren, unseren gerechtfertigten Zorn gegen das System, das uns zerstört, und gegen jene, die von dieser Zerstörung profitieren und sie verstärken.

gung nach über dreißig Jahren Unterfinanzierung. Und die furchtbare Inkompetenz so vieler Staaten. Und die eklatante Ausweitung der Macht von Überwachungs-, Polizei- und Militärbehörden in fast allen Ländern. Und die Diskriminierung im Bildungsbereich zwischen denen, die Zugang zum Internet haben, und denen, die keinen haben. Und die Gefahr furchtbarer Gewalt, der so viele Frauen* ausgesetzt sind. All dies und noch viel mehr, während gleichzeitig die Eigentümer*innen von Amazon und Zoom und so viele andere Technikunternehmen beeindruckende Profite einfahren und der Aktienmarkt, angetrieben vom Vorgehen der Zentralbanken, den schamlosen Transfer des Reichtums von Arm zu Reich vorantreibt. Und unser Zorn wächst und unsere Ängste und unsere Verzweiflung und unsere Entschlossenheit, dass dies nicht so sein muss, dass wir DIESEN ALBTRAUM NICHT WAHR WERDEN LASSEN DÜRFEN.

Und dann öffneten sich die Türen und der Damm brach. Unser Zorn und unsere Hoffnungen brachen auf die Straßen hervor. Wir hören George Floyd, wir hören seine letzten Worte, „Ich kriege keine Luft". Die Worte drehen sich in unserem Kopf immer weiter. Wir haben nicht das Knie eines mordenden Polizisten in unserem Nacken, aber auch wir kriegen keine Luft. Wir kriegen keine Luft, denn der Kapitalismus tötet uns. Wir fühlen die Gewalt aus uns hervorbrechen.[5] Aber das ist nicht unser Weg, es ist ihrer. Dennoch unsere Zorn-Hoffnungen, unsere Hoffnungen-Wut müssen Luft kriegen, müssen Luft kriegen. Und sie kriegen sie, auf den riesigen Demonstrationen gegen Polizeibrutalität und Rassismus auf der ganzen Welt, indem das Denkmal des Sklavenhändlers Edward Colston in Bristol in den Fluss geschmissen wird, indem in Seattle die Autonome Zone des Capital Hill errichtet wird, indem das Polizeirevier in Minneapolis niederbrennt, indem so viele Fäuste gen Himmel gereckt werden.

[5] Siehe Linton Kwesi Johnson, „Time Come": „now yu si fire burning in mi eye/ smell badness pan mi breat/ feel vialence, vialence, /burstin outta mi;/ look out!", in: Dread Beat and Blood, Bogle-L'Ouverture Publications, London, 1975.

Und der Schwall an Zorn-Hoffnungen-Ängsten-Hunger-Träumen-Frustrationen bewegt sich kaskadierend fort, von einem Zorn zum anderen, jeden Zorn lebend, jeden Zorn respektierend, dabei überfließend auf den nächsten. Der in uns brennende Zorn richtet sich nicht nur gegen Polizeibrutalität, nicht nur gegen Rassismus, nicht nur gegen die Sklaverei, die die Grundlage für den Kapitalismus gebildet hatte, sondern auch gegen die Gewalt gegen Frauen* und alle Formen des Sexismus, und lässt so die riesigen Märsche des 8M[6] singend wieder anschwellen. Die Chilen*innen kommen wieder raus auf die Straße und setzen ihre Revolution fort. Und die Menschen in Kurdistan drängen die Staaten zurück, die die Vorstellung einer Gesellschaft ohne Staat nicht akzeptieren können. Und die Menschen in Hong Kong inspirieren alle Chines*innen zur Ablehnung der Verspottung des Kommunismus: kein Kommunismus, rufen sie, lasst uns kommunisieren. Der Kommunismus ist kein Nomen, das oktroyiert werden soll, sondern ein Verb, das zu erschaffen und wieder zu erschaffen ist. Und die Zapatist*innen erschaffen die Welt vieler Welten. Und so wie die landlosen Bauern und Landarbeiter*innen ihre Slums verlassen und auf das Land zurückgehen und mit der Heilung der Beziehung zu anderen Formen des Lebens beginnen, so machen sich die Stadtbewohner*innen daran, urbane Saaten zu kultivieren, die Imker*innen Honig ernten zu lassen und einen städtischen Lebensraum zu schaffen, der allen ein lebenswertes Leben ermöglicht, dabei die Trennung zwischen Stadt und Land niederreißend. Und die Fledermäuse und Wildtiere gehen zurück in ihre Lebensräume. Und die Kapitalist*innen krabbeln in ihre Lebensräume zurück, unter die Treppen. Und die Arbeit, kapitalistische Arbeit, die schreckliche Maschine, die Reichtum und Armut produziert und unsere Leben zerstört, gelangt an ihr Ende und wir beginnen, das zu tun, was wir wollen, wir beginnen, eine andere Welt zu erschaffen, begründet auf der gegenseitigen Anerkennung unserer Würden. Und dann wird dies kein verlorenes Jahrzehnt und es gibt keine Erwerbs-

[6] Bezug auf die riesigen Frauenmärsche am 8. März 2020, die insbesondere in Lateinamerika und in Spanien sehr viele Menschen mobilisierten, Anm. d. Ü.

losen und es gibt nicht Hunderte Millionen Menschen, die in die Armut gedrängt werden, und niemand wird hungern. Und dann, ja, dann kriegen wir Luft.

Übersetzung: Lars Stubbe, 23. Juni 2020

Katharina Karcher, Sisters in Arms. Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968

Hamburg / Berlin: Assoziation A 2018. 231 Seiten, € 19,80 [Originalausgabe: Sisters in Arms: Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968, New York / Oxford: Berghahn Books 2017. 163 Seiten, $ 135.00 / £ 99.00]

Katharina Karcher nimmt sich in ihrer 2013 an der Universität Warwick eingereichten Dissertation vor, eine bislang weitgehend ausgeblendete Dimension feministischer Politik in Westdeutschland nach 1968 zu beleuchten: einen „militanten Feminismus". Das 2017 bei Berghahn Books veröffentlichte Buch (in dem im Unterschied zur deutschen Ausgabe von „militant feminisms" im Plural die Rede ist) liegt seit 2018 auch in einer vom Verlag Assoziation A besorgten deutschen Übersetzung vor.

Karcher schreibt mit ihrem Buch vor allem gegen Deutungsmuster innerhalb der Geschichtsschreibung der Neuen Frauenbewegung an, die diese auf eine „gewaltfreie" und pazifistische Bewegung zu reduzieren suchen. Stattdessen weist sie mit Blick auf unterschiedliche Strömungen und Aktionsformen – von kämpferischen Walpurgisnacht-Demonstrationen über physische Angriffe auf Vergewaltiger bis hin zu Bombenanschlägen der „Roten Zora" – nach, dass es durchaus eine „militante" Seite des westdeutschen Feminismus gab. Dabei ist Karcher bewusst, dass es sich hierbei um „einen relativ kleinen Teil des feministischen Protests" in der Bundesrepublik handelte (S. 44).

Das Buch ist in fünf Kapitel gegliedert, wobei das erste eine Einführung in den historischen Kontext der Neuen Frauenbewegung bietet, das zweite die Bezüge von „Terrorismus, Feminismus und Repräsentationspolitik" in den Blick nimmt und die folgenden Kapitel drei bis fünf schließlich drei Fallstudien zu unterschiedlichen Aspekten militant-feministischer Politik liefern. Karcher leitet ihre Arbeit aber

zunächst mit einem Disclaimer ein: Sie weist auf die Zeitgebundenheit und Instrumentalisierung des „Terrorismus“-Begriffs hin. Indem sie stattdessen den Begriff der „Militanz“ verwendet, folgt sie der Wortwahl ihrer historischen Protagonistinnen, geht dabei aber von einer weit gefassten Definition aus, um ein „Kontinuum“ an Praktiken und Aktionsformen zu erfassen (S. 37f.). Gerade die Unschärfe des Begriffs trug, so Karcher in Anlehnung an Freia Anders, zu seiner Attraktivität für bestimmte politische Strömungen wie die Autonomen bei. Während diese sich mit Blick auf ihre Aktionsformen klaren Grenzziehungen verweigerten, war ein großer Teil der Neuen Frauenbewegung darum bemüht, ihre Aktivitäten von „Gewalt“ abzugrenzen – mit der Folge, dass auch in der Historiographie der Bewegung militante Strömungen weitgehend ausgeblendet wurden.

Die folgenden Abschnitte zum historischen Kontext bieten eine informierte Einführung in die Geschichte der Neuen Frauenbewegung und das Verhältnis von „Terrorismus“ und „Feminismus“ – mit rund 100 Seiten nehmen sie allerdings etwa die Hälfte des ganzen Buchs ein. Manche Passagen, etwa die ausführliche Schilderung der Baader-Befreiung (S. 79–84), richten sich dabei eher an ein Publikum, das über die Geschichte des westdeutschen „1968“ und der RAF kaum Vorkenntnisse hat. Karcher geht aber auch auf weniger bekannte Episoden ein, etwa die öffentliche Abgrenzung von Gewalt, die eine Frankfurter Frauengruppe auf dem Höhepunkt des „Deutschen Herbstes“ 1977 in der Zeitschrift *Courage* veröffentlichte (S. 67). Angesprochen werden hier und an anderen Stellen des Buches (etwa S. 70) ein spezifischer Diskurs und Debatten innerhalb der Neuen Frauenbewegung über das Verhältnis von „Frauen“ und „Gewalt“, die die Autorin aber nicht systematisch untersucht.

Ein Verdienst von Karchers Studie ist es, die Gruppe „Rote Zora“ erstmals in den Fokus einer zeithistorischen Untersuchung gerückt zu haben. Sie entstand 1977 zunächst als feministischer Teil der „Revolutionären Zellen“ (RZ), bevor sie sich 1984 von diesen abspaltete. Zuvor war seit Mitte der 1970er Jahre ein weiblicher Flügel der RZ un-

ter dem Namen „Frauen der Revolutionären Zellen“ mit Anschlägen in Erscheinung getreten – wobei Karcher drei unterschiedliche Positionen von RZ-Frauen zum Feminismus ausmacht (S. 104–107). Die „Rote Zora“, die sich dann als militanter Teil der Neuen Frauenbewegung verstand, übernahm bis 1988 die Verantwortung für insgesamt 45 Brand- und Bombenanschläge. Leider verwendet Karcher nur wenige Worte zur Reflexion des Forschungsstandes zur „Roten Zora“ oder ihres methodischen Vorgehens. Unklar bleibt so etwa, wie groß die Gruppe war, welche Hinweise auf die Identitäten und Hintergründe von Mitgliedern es gibt oder in welchen Regionen die Gruppe operierte. Ein Interview, das die Autorin offenbar 2012 mit „drei ehemaligen Mitgliedern der Roten Zora“ führte, wird in den Fußnoten immer wieder als Beleg herangezogen (etwa auf S. 107). Näheres zu den Interviewpartnerinnen, dem Zustandekommen des Interviews oder der Problematik entsprechender Recherchen erfährt man allerdings nicht.

Im Hauptteil des Buches untersucht Karcher ihr Thema anhand von Protesten gegen das Abtreibungsverbot, feministischen Reaktionen auf Gewalt gegen Frauen und Praxen der inter- oder transnationalen Solidarität. Im dritten Kapitel behandelt sie militante Aspekte der Proteste gegen § 218, von symbolischen Farbattacken auf kirchliche Institutionen und andere Sachbeschädigungen über illegale Busfahrten in Abtreibungskliniken jenseits der bundesdeutschen Grenze bis hin zu einem Bombenanschlag der RZ-Frauen auf das Bundesverfassungsgericht im März 1975. Der Anschlag, der durchgeführt wurde, nachdem das Gericht die Reform des Abtreibungsrechts für verfassungswidrig erklärt hatte, rief in den Medien wie in der Frauenbewegung nur ein geringes Echo hervor – was Karcher unter anderem mit der parallel stattfindenden Lorenz-Entführung erklärt, aber auch zum Anlass einer Reflexion des öffentlichen „Schweigens“ über Proteste von Frauen nimmt (S. 128f.). Sie betont in diesem Abschnitt die Politik der Subjektivität, die entsprechenden Aktionen zugrunde lag, sowie die ermächtigende und mit Emotionen wie einem „Gefühl der Befreiung“ (S. 135)

verbundene Wirkung gewaltsamer Mittel. Mit diesen vollzogen die Akteurinnen auch einen radikalen Bruch mit traditionellen Frauenbildern in der Gesellschaft.

Ähnliche Motivationen lagen den Attacken auf als frauenverachtend eingestufte Kinofilme und Sexshops sowie auf Männer zugrunde, die als Vergewaltiger ausgemacht wurden, wie Karcher im vierten Kapitel ausführt. Hinzu kamen Initiativen wie die Einrichtung von Kampfsporttrainings und Selbstverteidigungskursen, die es ermöglichen sollten, Vergewaltigern mit feministischer Gegengewalt zu begegnen. Als Ausdruck der kollektiven Selbstermächtigung fungierten die Walpurgisnacht-Demonstrationen, die seit 1977 in der Nacht zum 1. Mai stattfanden und von kreativen wie militanten Aktionen begleitet wurden. Dabei griff die Bewegung auf die historische Gestalt der „Hexe" zurück, die als Opfer patriarchaler Gewalt ebenso wie als eigensinnige und eigenmächtige Akteurin konstruiert wurde und in deren Tradition sich die Demonstrantinnen unter anderem mit entsprechenden Verkleidungen verorteten. Karcher interessieren allerdings weniger entsprechende Symbolpolitiken als vielmehr die Aktionsformen und „Taktiken", die in diesem Fall nicht per se gewalttätig, aber doch konfrontativ und mitunter grenzüberschreitend ausfielen. Konfrontativ fiel auch der Umgang mit dem linken Rechtsanwalt eines wegen Vergewaltigung angeklagten Mannes aus, den Berliner Feministinnen 1979 in seiner Kanzlei symbolisch als Geisel nahmen und hinter einem Schild „Befangener [sic] der Bewegung 12. Juni" ablichteten (S. 155f.). Die von Linken und Feministinnen geführte „hitzige Debatte" (S. 156) in der *taz*, die auf die Aktion folgte, die von Karcher nachgezeichnet wird, verweist auf vergleichbare Fälle und Konflikte der folgenden Jahre und Jahrzehnte, deren zeithistorische Untersuchung noch aussteht. Bewegungsinterne Konflikte lösten auch Proteste gegen Pornographie aus, die 1977 etwa in der symbolischen Einmauerung der *konkret*-Redaktion zum Ausdruck kamen. Karcher geht schließlich auch auf die – bis heute andauernde – Kontroverse innerhalb der feministischen Bewegung um das Verhältnis zur Pornographie ein, die in

den USA deutlich früher einsetzte als in Deutschland. Etwas irritierend wirkt dabei die umstandslose Übersetzung der in den USA als *sex wars* bezeichneten Debatte, die im Buch (ohne Anführungszeichen) als „die feministischen Sex-Kriege" bezeichnet werden (S. 170). Beim Lesen gestolpert ist der Rezensent auch über ein Zitat aus der *analyse & kritik*, die 1977 allerdings noch *Arbeiterkampf* hieß und nicht irgendein „linksgerichtetes Magazin" (S. 151) war, sondern das Organ des Kommunistischen Bundes.

In ihrer dritten Fallstudie in Kapitel fünf beleuchtet Karcher schließlich Aktionen der trans- bzw. internationalen feministischen Solidarität. Einleitend verdeutlicht sie dafür die transnationale Dimension der Neuen Frauenbewegung, die sich an diversen international besuchten Kongressen, an grenzüberschreitenden Austauschprozessen, aber auch der Entwicklung (und Anfechtung) spezifischer Deutungsmuster zeigte. Es folgen kurze Abschnitte zu eigenständigen Migrantinnen-Gruppen, die sich in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik formierten und zunehmend vernetzten, und zum Thema Frauenhandel und Zwangsprostitution, das in den 1980er Jahren zu einem Schwerpunkt feministischer Aktivitäten wurde – und u.a. von Anschlägen, etwa 1983 auf die philippinische Botschaft und einen Heiratsvermittler, begleitet wurde. Ausführlicher behandelt Karcher abschließend das Fallbeispiel westdeutscher Solidarität mit den Arbeiterinnen des in Südkorea produzierenden Textilkonzerns Adler im Zeitraum 1986 bis 1988. Dabei stand deren „sexistische und rassistische Ausbeutung" (S. 194) – auch ein Resultat globaler Umstrukturierungen und Standortverlagerungen von Produktionsstätten – im Fokus der Kritik. Deutlich wird das Spannungsfeld, in dem die unterschiedlichen Akteur*innen – von den Arbeiterinnen und ihren Gewerkschaftsvertreter*innen selbst, über die Koreanische Frauengruppe in West-Berlin und diverse Menschenrechtsorganisationen in der Bundesrepublik, bis hin zur „Roten Zora" – um ein Verhältnis zu den richtigen Aktionsformen und Taktiken rangen, mit denen das Unternehmen erfolgreich unter Druck gesetzt werden konnte. Während die

koreanischen Migrantinnen und Gruppen wie Terre des Femmes vor allem Kund*innen ansprechen, aufklären und aktivieren wollten, zielten die „Rote Zora“ und die „Amazonen“ mit mehreren Bombenanschlägen darauf, dem Unternehmen direkt zu schaden – was innerhalb der Solidaritätsbewegung eine kontroverse Debatte hervorrief.

Mit ihrem Fokus auf die „Rote Zora“, aber auch andere „militante“ Aktionsformen im Kontext feministischer Politik nach 1968 schlägt Karcher die Brücke zwischen der Erforschung sozialer Bewegungen und der des sogenannten Linksterrorismus – zwei Forschungsfelder, die in den letzten Jahren florierten, aber oftmals relativ separat voneinander bearbeitet wurden. Karchers Studie, aber auch der Blick auf Entwicklungen in anderen europäischen Ländern, in denen es fließende Grenzen zwischen dem klassischen Protestrepertoire sozialer Bewegungen und der kollektiven Anwendung physischer Gewalt gab (man denke etwa an die bewaffneten Demonstrationen in der italienischen Autonomia-Bewegung, aber auch an militante Proteste gegen Atomkraftwerke), stellen entsprechende Grenzziehungen seitens der wissenschaftlichen Forschung in Frage. Mit ihrer Studie leistet Karcher eine erste Annäherung an unterschiedliche Dimensionen militant-feministischer Politik in den 1970er und 1980er Jahren. Darin liegt, ungeachtet der genannten Kritikpunkte und auch wenn manche Aspekte in der Arbeit nur angerissen werden, ihr Verdienst. Weitere Forschungen könnten hier ansetzen, etwa zur Diskussion über Gewalt (und Geschlecht) in der Neuen Frauenbewegung, zu feministischen Strömungen innerhalb der marxistisch-leninistischen, autonomen oder antiimperialistischen Szenen und Organisationen oder zu den kontrovers verhandelten Umgangsweisen mit sexualisierter Gewalt oder Pornographie.

David Templin

Bernhard Nette, Ausplünderung: Bergedorfer Juden und das Finanzamt. Beispiele von NS-Verfolgung und „Wiedergutmachung“

VSA Verlag: Hamburg 2019. 168 Seiten, € 14,80

2015/16 zeigte das Museum für Bergedorf und die Vierlande in Hamburg eine Ausstellung mit dem Titel „Kriegsschauplatz Ostafrika. Ein Bergedorfer im Ersten Weltkrieg“. Sie thematisierte die deutsche Kolonialgeschichte in Afrika mit besonderem Augenmerk auf den bis 1948 tätigen Finanzbeamten Carl Lindemann. Lindemann war als Leiter des Bergedorfer Finanzamtes auch an der Enteignung jüdischer Menschen in den Jahren 1933 bis 1945 beteiligt. Der Verfasser der vorliegenden Studie, Bernhard Nette, bemängelt an der Ausstellung jedoch die fehlende Auseinandersetzung dieser mit der Bedeutung Lindemanns und des Bergedorfer Finanzamtes (S. 78). Entgegen neueren Forschungsergebnissen und somit mehr der Forschung aus den 1980er Jahren folgend, bezweifeln Dr. Schanett Riller, die für die Ausstellung verantwortliche Leiterin des Bergedorfer Museums, und Christian Römmer, der Leiter des Kultur- und Geschichtskontors Bergedorf, eine konkrete Schuld des leitenden Finanzbeamten Lindemann. Neuere Studien konnten dagegen eine ernstzunehmende Mitschuld der Finanzbeamt*innen am Raub jüdischen Eigentums während des NS-Regimes nachweisen. Nette kann somit beispielsweise an die Ergebnisse von Jaromír Balcas Sammelband *Raub von Amts wegen. Zur Rolle von Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit bei der Enteignung und Entschädigung der Juden in Bremen* aus dem Jahr 2014 anknüpfen. Balca verfasste ebenfalls das Vorwort des vorliegenden Buches, welches überblicksartig die nationalsozialistische Reichsfinanzverwaltung sowie die Finanzverwaltung nach 1945 insbesondere in Bergedorf beleuchtet; es dient somit als historische Einführung ins Thema.

In seiner lokalhistorischen, quellennahen Arbeit widmet sich Nette exemplarisch der Beraubung und „Wiedergutmachung“ vier jüdischer Familien in Bergedorf sowie der Rolle des Finanzamtes. Sie basiert auf den Akten des Oberfinanzpräsidenten Hamburg, des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht Hamburg sowie auf Entnazifizierungs- und Spruchkammerakten. Der Autor antwortet damit auch auf die öffentliche Diskussion in Bergedorf um das Finanzamt im Kontext der Frage nach Restitution der von Enteignung betroffenen Juden und Jüdinnen und deren Nachfahren (S. 13).

Das Buch ist in drei Teile gegliedert, in denen der Autor zunächst einzelne Biografien nachzeichnet und anschließend anhand von Akten die Enteignungsprozesse rekonstruiert. Diese exemplarischen Fälle werden dabei mit historischen Exkursen verknüpft.

Als erstes und detailliertestes Beispiel staatlicher Enteignung jüdischer Familien in Bergedorf untersucht Nette den Fall des jüdischen Ehepaares Kurt und Anna-Maria Lavy. Kurt Lavy war Teilinhaber einer Fabrik. In diesem Abschnitt kann der Autor die enge Zusammenarbeit des Hamburger Oberfinanzpräsidenten mit Devisenstelle und Finanzamt, Gestapo, Zollfahndungsstelle und NSDAP aufzeigen (S. 30–60). Aufgrund der Auswanderungsabsicht stellte man Lavy unter Generalverdacht und erleichterte damit die Ausplünderung. Das Finanzamt Bergedorf leistete hier Zuarbeit und beschaffte geforderte Informationen. So wandten sich Gestapo und Devisenstelle an den kommissarischen Chef des Finanzamts zur Prüfung von Fluchtabsichten und Steuerzahlungen. Auch die Devisenprüfung der Firma, an der das Finanzamt beteiligt war, fiel zu Ungunsten des Geschäftsführers Lavy aus. Weiter stellt Nette dar, wie dem Ehepaar während der Vorbereitung seiner Flucht jegliche Kontrolle über seine Firmenanteile entzogen wurde und es diese, wie auch seinen Grundbesitz, im Zuge der „Arisierung“ unter Wert verkaufen musste. Die Abgaben an die Deutsche Golddiskontbank im Zuge von Hermann Görings „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ am 12. November 1938 sowie die endgültige Sicherstellung der Vermögenswerte durch

die Gestapo machte das bereits im Ausland lebende Ehepaar nahezu mittellos. Nach 1945 folgte für Kurt Lavy ein langwieriger Prozess der „Wiedergutmachung". Die Verfahren zogen sich durch den hohen Grad der Bürokratisierung und die unkooperative Haltung der Beamt*innen häufig so in die Länge, dass er oftmals keine andere Möglichkeit sah, als auf Ansprüche zu verzichten oder Vergleichen zuzustimmen, um die psychisch belastenden Verfahren überhaupt zu einem Abschluss zu bringen (S. 64–74).

Im zweiten Teil der Untersuchung widmet sich Nette dem leitenden Finanzbeamten Carl Lindemann (S. 78–88). Anhand von Ausführungen zur antisemitischen Finanzpolitik und der Rolle der Finanzämter in der NS-Zeit stellt Nette deutlich die persönliche Schuld Lindemanns dar und warnt davor, ihn als unbelasteten Beamten anzusehen oder gar seiner Selbststilisierung als Opfer Glauben zu schenken. Denn Lindemann hat die Enteignung jüdischer Menschen beispielsweise durch die Anordnung von Finanzprüfungen und Informationsbeschaffung über Ausreisebestrebungen aktiv mitgetragen. Dabei handelte er allzu oft in vorauseilendem Gehorsam, obwohl er als kommissarischer Chef durchaus Handlungsspielraum hatte (S. 85).

Im Folgenden widmet sich Nette der Beraubung gleich dreier jüdischer Familien. Der Umfang der Untersuchung zu den Familien Frank, Rosendorff und Tichauer fällt deutlich geringer aus als jene zur Familie Lavy. Zunächst behandelt der Autor in einem Exkurs knapp die Geschichte jüdischen Leben in Bergedorf von etwa 1700 bis 1933 und geht hier insbesondere auf Verfolgung und Widerstand im Jahr 1933 ein (S. 91–97), um dann die Enteignungsprozesse der einzelnen Familien zu betrachten.

Im Jahr 1938 begann der Kaufhausbesitzer Berthold Frank, seine Flucht nach Panama vorzubereiten. Ebenso wie bei der Familie Lavy stellt Nette die „üblichen Ausplünderungsmaßnahmen" (S. 97) fest und verleiht somit der These der systematischen Ausbeutung Nachdruck. Darüber hinaus kann Nette in den Akten des Oberfinanzpräsidenten Hamburg eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen Hamburger Fi-

nanzämter nachweisen. So war das Finanzamt Lindemanns nach dem Umzug der Familie in einen anderen Stadtteil weiter in die Ausplünderung einbezogen. Auch hier gestaltete sich die „Wiedergutmachung“ nach 1945 als langwierig und endete nur durch die Zustimmung zu vielen Vergleichen durch die Witwe Frank. Der Autor konstatiert, dass die jüdischen Überlebenden und Angehörigen durch die „Wiedergutmachung“ weiter ausgeplündert wurden. So sollte Frau Frank nachträglich die Hypothek für das vom NS-Staat beschlagnahmte Haus, dessen Mieteinnahmen in die Staatskasse flossen, abbezahlen.

Das Ehepaar Rosendorff dagegen konnte nicht fliehen, da Uruguay ihm ein Visum verwehrte. Hugo und Hertha Rosendorff überlebten die nationalsozialistische Judenverfolgung nicht. Nette zeigt auf, dass die Familie durch die nationalsozialistische Finanzpolitik (zum Beispiel „Arisierung“ ihrer Drogerie, Verordnungen im Zuge des 9./10. Novembers 1938) bei der Planung der Ausreise bereits völlig verarmt war. In der Umsetzung dieser Politik auf Bergedorfer Ebene weist Nette immer wieder explizit auf die Person Lindemanns und das von ihm geleitete Finanzamt hin. Die Entschädigung der Kinder bewertet Nette als unverhältnismäßig gering und sogar die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnend.

Auch die Zahnärzt*innen Tichauer überlebten die Zeit des nationalsozialistischen Regimes nicht. Mit dem Rückgang der Patient*innenzahlen verlor die Familie Einnahmen. Bezogen auf den Umgang mit dem Vermögen der Tichauers urteilt Nette: „Es war das übliche Verfahren, es war die übliche Raubformel“ (S. 158). Auch die Ermordung des Ehepaares ins Minsk beschreibt der Autor lapidar als „normal“ (S. 161).

Nettes großer Verdienst ist es, dicht an Quellen aufzuzeigen, wie das Finanzamt Bergedorf an der Umsetzung der antisemitischen Finanzpolitik beteiligt war. So beweist er in akribischer Quellenarbeit, dass sich das Finanzamt der steuerlichen Diskriminierung, „Arisierung“ und scheinlegalen, staatlich organisierten Beraubung von jüdischen Einwohner*innen und Emigrant*innen schuldig gemacht hat. Es gelingt ihm auch, personelle Kontinuitäten sowie die Kontinuität der Diskriminie-

rung in den „Wiedergutmachungsverfahren“ herauszuarbeiten. Dabei vermag es der Autor, die Geschehnisse stets empathisch darzustellen. Trotz des höchst ausgeprägten Bürokratismus der Akten verliert er nicht den Blick für die individuellen Lebensrealitäten der Betroffenen.

Abschließend bleibt jedoch weitgehend unbeantwortet, welche konkrete Rolle das Finanzamt Bergedorf bei der „Wiedergutmachung“ der Fälle spielte. Auch inwiefern die Gewichtung der einzelnen Beispiele der Quellenlage geschuldet ist, bleibt unkommentiert. Durch kleine Veränderungen am Aufbau der Arbeit könnten Momente der Wiederholung vermieden werden. Es wäre etwa wünschenswert, vor der Darstellung der Beispiele von Ausplünderung und „Wiedergutmachung“ die Rahmenbedingungen zu beleuchten. Mit einer vorgezogenen, eingehenderen Betrachtung der Gesetze und Regelungen von Rückerstattung und Entschädigung hätte Nette auch seine Annahme einer schleppenden, bürokratisierten „Wiedergutmachung“ stützen können, die von Verfolgten oftmals als verspottend empfunden wurde (S. 154).

Trotzdem hat Bernhard Nette mit seiner detaillierten Studie ein Stück Bergedorfer Geschichte erhellt. An den Erkenntnissen der Studie kann auch die eingangs erwähnte, öffentliche Debatte über Schuld und Unschuld Bergedorfer Finanzbeamt*innen anknüpfen. Weitere Studien dieser Art mit neuen lokalen Bezügen sind wünschenswert.

Lara Raabe

Dies ist eine Veröffentlichung der ***Sozial.Geschichte Online***
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

Abstracts

Sylvia Wagner / Burkhard Wiebel, „Verschickungskinder“ – Einsatz sedierender Arzneimittel und Arzneimittelprüfungen. Ein Forschungsansatz

Until the 1990s, the “dispatching” of children to convalescent homes and sanatoriums was a mass phenomenon in the FRG. It is probable that several million people were affected. Numerous reports by those affected feature accounts of degrading treatment, violence and medical “immobilization.” Until recently, hardly anything was known about this in public. Historical research on this topic has only just begun. Doctors of the time demanded a multi-week stay at a health resort for every child living in a large city. Children with specific diseases such as tuberculosis or asthma were “dispatched” for a longer period of time. Children suffering from homesickness were given psychotropic drugs for sedation. Children with physical illnesses were not only treated with appropriate drugs, but drugs were also tested on them under certain circumstances. Some children died during these tests. For one trial, there is evidence that the parents had not given their consent. There are some parallels to drug trials on children in care homes in the FRG. The article provides an overview of what we know today and raises some questions about the economic and (health) policy background of this mass phenomenon.

Simon Schaupp, Jenseits der Austeritätsökologie. Einführung in eine Umweltpolitik von unten

Eco-politics takes place in a context of drastic social inequality. For the most part, the sustainability discourse systematically ignores this social inequality, though it cannot escape it. On the contrary, sustainability has

become an important component of current inequality relations: On the cultural level, sustainable lifestyles essentially fulfill the function of social capital for the middle class. On the political level, sustainability becomes the justification for new austerity policies that seek to save the environment simply by excluding poorer strata from access to it. Against this backdrop, the article sketches the alternative of an "eco-politics from below," consisting of three central elements that aim to combine workers' interests with an adequate response to the ecological crisis: first, a stark reduction in working hours (a short-term demand); second, economic democracy (a long-term demand); third, the political strike (as a powerful means to achieve those goals).

Herbert Obenland, Das Dieselauto. Eine Geschichte von Illusion und Betrug

In May 2020, the German Federal Court found Volkswagen guilty of fraud. Over many years, the car producer had manipulated diesel engines so they would pass emissions tests. Under real-life conditions, however, the NO_x emissions of these cars far surpassed the legal limit. And yet these diesel engines are still in use in Germany. In the USA, Volkswagen has had to buy back hundreds of thousands of cars. The article describes the history of the diesel car as one of illusion and deception – particularly with regard to the diesel car's ecological impact. From the mid-1970s onward, German car producers repeatedly tried to conquer the American market. From the 1990s onward, they succeeded, in Germany, in presenting their new TDI diesel engines as clean and economical. In the USA, Volkswagen's 2007 "clean diesel" campaign was only moderately successful. The complacency of Germany's Transport Ministry and the Federal Office for Motor Vehicles can help explain why no effective measures for emissions reduction have been implemented to this day.

Thomas Gehrig, Das Sozialistische Büro und die Wiederkehr der Organisationsdebatte

The question of organization is always virulent, especially within the left. Grassroots organization vs. party is a key dichotomy here. This question was approached theoretically and practically in the *Sozialistisches Büro* (SB). The SB's approach to the field of work is illustrative of this. On the occasion of the publication of Carsten Prien's book *Rätepartei*, the author presents Prien's criticism of the SB and discusses the idea of self-determination and organization in light of the history of the SB.

Michael Becker / Gottfried Oy / Christoph Schneider, Die Welle als Muster. Sechs Thesen zur anhaltenden Bedeutung der "antisemitischen Schmierwelle" 1959/60

On Christmas eve of 1959, the newly consecrated synagogue of Cologne was daubed with antisemitic slogans and swastikas. While this act was strongly denounced throughout the political spectrum, it triggered a wave of anti-Semitic incidents in Germany and beyond during the beginning of the following year. The article argues that the sociopolitical discussions on anti-Semitism conducted 60 years ago established patterns of debate that still shape present discussions. Fundamental contradictions of post-fascist society become visible within these patterns of debate. We outline six aspects: the contradiction between the legacy of National Socialism on the one hand and the acknowledgment of Jewish life within Germany on the other; the authoritarian handling of expressions of anti-Semitism; the inferiorization of the perpetrators; the pedagogization of societal contradictions; the dethematization of anti-Semitism; and protest against anti-Semitism as a medium for the critique of society.

John Holloway, Eine Kaskade des Zorns. Meine COVID-19-Fantasie

The pandemic gives rise to a cascade of angers. The pain of illness and bereavement, of economic suffering, of hunger, of being enclosed and separated from our friends, combine with a realisation that both the pandemic and the consequent suffering are a result of capitalism, the ridiculous social organisation within which we live. We pour out onto the streets and create different worlds, different ways of living. That is my fantasy.

Autorinnen und Autoren / Contributors

Michael Becker, graduate student at Friedrich Schiller University Jena and education consultant. Research interests: history of sociology, National Socialist concentration camps, anti-Semitism, racism, right-wing terrorism.

Thomas Gehrig, teaches social work and social policy at Rhein / Main University and was for many years active in the "Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung" (Work Group for the Promotion of Political Education, AFP), whose archive he still runs.

John Holloway, professor of sociology, Graduate Center of the Instituto de Ciencias Sociales y Humanidades at Benemérita Universidad Autónoma de Puebla, Mexico.

Herbert Obenland, active in the Bremen-based "Verein für kritische Arbeits-, Gesundheits- und Lebenswissenschaft" (Association for Critical Labour Studies, Health and Life sciences), worked for many years as head of ARGUK Umweltlabor GmbH, Oberursel.

Gottfried Oy, Dr. phil., member of the editorial staff of *Sozial.Geschichte Online*.

Simon Schaupp, Dr. des., Department of Social Sciences, University of Basel.

Christoph Schneider, freelance author and cultural scientist, Frankfurt on the Main, works on Nazi "euthanasia," media studies and the politics of memory and holds a teaching position at the Justus Liebig University in Gießen.

Sylvia Wagner, Dr., freelance pharmaceutical historian.

Burkhard Wiebel, Dr., neuropsychologist.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

ub universitäts bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/73590
URN: urn:nbn:de:hbz:464-20201215-152446-9

Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.